

POLITISCHE STUDIEN Themenheft 1/2010

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

20 Jahre Deutsche Einheit



Mit Beiträgen von

Jürgen **Aretz**
Lutz **Haarmann**
Helmut **Kohl**
Tilman **Mayer**
Klaus **Naumann**
Klaus **Schroeder**
Richard **Schröder**
Horst **Seehofer**
Horst **Teltschik**
Theo **Waigel**

POLITISCHE STUDIEN Themenheft 1/2010

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

20 Jahre Deutsche Einheit

Mit Beiträgen von

Jürgen **Aretz**
Lutz **Haarmann**
Helmut **Kohl**
Tilman **Mayer**
Klaus **Naumann**
Klaus **Schroeder**
Richard **Schröder**
Horst **Seehofer**
Horst **Teltschik**
Theo **Waigel**

**Herausgeber:**

© 2010, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. 089/1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a.D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur,
V. i. S. d. P.)
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

Bildnachweis: vario images, Bonn:
Mauerfall Berlin 10.11.1989

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Ver-
vielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung,
vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in

irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm
oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche
Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
reproduziert oder unter Verwendung elektroni-
scher Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder
verbreitet werden. Das Copyright für diese Publi-
kation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbe-
dingt die Meinung des Herausgebers wieder;
die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verant-
wortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte
werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rück-
porto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.
Jahresabonnement € 27,00.
Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage
einer gültigen Bescheinigung kostenlos.
Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als
Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus er-
scheinende Sonderausgaben sind im Abonnement
nicht enthalten. Abbestellungen und Einzelheft-
bestellungen über die Redaktion und den Buch-
handel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich
mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonne-
ments vorliegen, ansonsten verlängert sich der
Bezug um weitere 12 Monate.

Inhalt

Hans Zehetmair	Einführung	5
Helmut Kohl	Mauerfall und Wiedervereinigung – Gestaltung und Geschenk	8
Horst Seehofer	Die CSU und die Deutsche Einheit ..	18
Theo Waigel	Die deutsche Einheit und der Euro – Jahre der Entscheidung	30
Horst Teltschik	Die deutsche Einheit und Europa ..	35
Jürgen Aretz	Der Weg zur Einheit – Die Ver- handlungen des Jahres 1990	46
Tilman Mayer/ Lutz Haarmann	Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990	57
Richard Schröder	Der Beitrag der Kirchen zur fried- lichen Revolution in der DDR	67
Klaus Naumann	Die deutsche Einheit, die Streit- kräfte und die NATO	79
Klaus Schroeder	Das Zusammenwachsen Deutsch- lands und die Kosten der deutschen Einheit	88
Autorenverzeichnis	103

Einführung

Hans Zehetmair

Die Zeit ist schnell vergangen: Seit 20 Jahren leben wir wieder im geeinten Vaterland, ist Deutschland staatsrechtlich wieder vereint. Für die jüngeren Generationen ist dies schon eine lange Zeit, aber viele, die das geteilte Europa noch selbst bewusst erlebt haben, erinnern sich noch lebhaft an die Mauer, den Schießbefehl und Stacheldraht. Brachte uns das Jahr 2009 den Fall der Mauer und das Ende der kommunistischen Regime ins Gedächtnis, so können wir in diesem Jahr auf den Geburtstag des vereinten Deutschland zurückblicken. Am 3. Oktober 1990 war die DDR endgültig Geschichte; eine vereinte Bundesrepublik Deutschland trat auf die Bühne der Welt. Dieses Jubiläum war für uns Anlass, Bilanz zu ziehen. Heute ist für fast alle selbstverständlich, dass Deutschland in Frieden und im Einklang mit seinen Nachbarn in der Mitte Europas lebt. In den Jahrzehnten der Teilung Europas nach 1945 war aber lange nicht abzusehen,

wie sich dieser Teil der Welt und vor allem das geteilte Deutschland im Zentrum weiter entwickeln würden. Die Beiträge der Autoren dieses Heftes rufen uns in Erinnerung, welche Voraussetzungen die deutsche Einheit hatte. Nur so ist die Entwicklung der Jahre 1989/90, aber auch der folgenden Jahrzehnte zu verstehen.

Ganz bewusst wollten wir nicht nur Wissenschaftler und Publizisten, sondern auch an der Wiedervereinigung Deutschlands aktiv beteiligte Akteure zu Wort kommen lassen. Allen voran steht der Beitrag Helmut Kohls, der uns wieder bewusst macht, auf welchen Grundlagen dieser Prozess überhaupt in Gang kommen und so erfolgreich verlaufen konnte. Aber das ist nur ein Teil der Historie: Es braucht immer die herausragende Persönlichkeit, die (wie Kohl Bismarck zitiert) erkennt, wenn der Mantel Gottes durch die Geschichte weht und dann beherzt zugreift. Hel-

mut Kohl hat die historische Chance erkannt und gehandelt; deshalb ist er zu Recht als Kanzler der Einheit in die Geschichte eingegangen.

Die Wiedervereinigung konnte auf Fundamente aufbauen, die früher gelegt wurden und im Kern gegen alle Stürme des Zeitgeistes verteidigt werden konnten. Dies unterstreichen die Beiträge von Horst Seehofer und Theo Waigel. Ohne den festen Willen, am Anspruch nach Wiedervereinigung im Sinne des Grundgesetzes festhalten zu wollen, hätte die Entwicklung in den 1980er-Jahren völlig anders verlaufen können. Wäre dieser Anspruch gar offiziell aufgegeben worden, dann hätte es einen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht gegeben. Ob dann die Entwicklungen der Jahre 1989 und 1990 zu einer schnellen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit hätten führen können, kann bezweifelt werden. Es waren die Politiker der Union und an vorderster Front die CSU, die daran immer festgehalten haben und insbesondere durch die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Grundlagenvertrag Pflöcke eingeschlagen haben, an denen sich die Deutschlandpolitik auch bei ideologisiertem Gegenwind festhalten konnte.

Gegenwind kam nicht nur von innenpolitischen Gegnern der Union, sondern auch von manchen Nachbarn und Verbündeten. Letztlich konnte dies den Prozess aber nicht aufhalten. Wie Horst Teltschik und Jürgen Aretz darlegen, waren die Freunde und Verbündeten in Europa und den USA in diese Entwicklung intensiv eingebunden. Letztlich war den entscheidenden Akteuren klar, dass als Resultat des Zu-

sammenbruchs des kommunistischen Weltreichs das Selbstbestimmungsrecht für alle von Stalin unterjochten Völker gelten muss. Für Deutschland musste das bedeuten, dass realiter nur eine Wiedervereinigung in Frage kam. Die Ideologen und Träumer in Deutschland, aber auch manche zynischen Machtpolitiker in den Nachbarstaaten, die ihre Hoffnungen auf ein Fortbestehen einer entstalinisierten DDR richteten, wurden von dem massenhaften Ruf „Wir sind ein Volk!“ der Bürger dieses Landes bald eines Besseren belehrt. Die Deutschen haben ihre einmalige welthistorische Chance genutzt.

Dazu hat aber auch die deutsche Politik entscheidend beigetragen. Dies wird vor allem dadurch deutlich, wenn man sich – wie dies Tilman Mayer in seinem Beitrag unternimmt –, die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen von 1949 bis 1990 vor Augen hält. Auch dieser Überblick verdeutlicht das Verdienst vieler Politiker aus verschiedenen Parteien, den Gedanken an die Wiedervereinigung bis zuletzt zumindest „latent aktualisierbar“ zu erhalten. Daran hatten – mit unterschiedlichen Akzenten – auch die Kirchen ihren Anteil, woran uns Richard Schröder erinnert. Aber die Umsetzung der Wiedervereinigung in die politische Realität erforderte auch viel konkrete Arbeit in der nationalen und internationalen Politik: Die „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ waren für die Akteure alles andere als einfach; die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze war für manchen konservativen Mitbürger eine harte Nuss und die Verankerung des wiedervereinigten Deutschland in der NATO außenpolitisch ein heißes Eisen. Klaus Naumann erinnert in seinem Bei-

trag an ein besonders schweres Erbe des Kommunismus, nämlich die militärische Hinterlassenschaft der NVA und deren Integration in die Bundeswehr. Heute wird oft vergessen, dass neben den bewaffneten Organen der DDR noch bis 1994 mehrere hunderttausend Sowjetsoldaten im Osten Deutschlands stationiert waren, die allmählich in ihre Heimat zurückgeführt werden mussten. Dass all diese Prozesse friedlich abliefen, wird auch in vielen Jahrhunderten noch als vorbildlich gesehen werden. All dies hat enorme Kosten verursacht, wie uns Klaus Schroeder erläutert. Nicht alles konnte und kann mit materiellen Regelungen aufgefangen und geglättet werden. Trotz der friedlichen Entwicklung bleiben im wiedervereinigten Deutschland auch 20 Jahre nach diesen Ereignissen ökonomische Schieflagen und strukturelle Defizite, die sich nicht so entwickelt haben, wie viele es sich wünschten. Aber nicht zuletzt die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns gezeigt, dass Deutschland auch trotz mancher anhaltender Belastungen als Folge der Wiedervereinigung heute in Europa ein angesehener, wirtschaftlich starker und handlungsfähiger Akteur ist – jedenfalls deutlich stärker, als einige der europäischen Nachbarn, die keine Wiedervereinigung zu „verkräften“ haben. Dass Deutschland sich in die

europäische Gemeinschaftswährung eingebracht hat, ist durch die Wiedervereinigung beschleunigt worden. Die Einbindung Deutschlands in Europa war eine Voraussetzung für die Wiedervereinigung, die Wiedervereinigung hat aber ihrerseits Deutschlands Rolle in Europa gestärkt. Davon wird unser Vaterland ebenso wie Europa auch in Zukunft profitieren.

Ein Jubiläum ist eine Wegmarke zum Innehalten. Die Geschichte geht weiter – auch für Deutschland und Europa. Für uns sollte das Gedenken an die Zeit der friedlichen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes Anlass sein, darüber nachzudenken, wie wir Frieden und Freiheit auch in Zukunft erhalten wollen. Eine wichtige Lehre sollte für uns sein, dass wir immer danach streben müssen, die Werte der demokratischen Zivilisation nach innen wie nach außen aufrechtzuerhalten und offensiv zu verteidigen. Ein Kotau vor den Feinden der Freiheit wäre heute genauso falsch wie er es in den Jahrzehnten vor 1990 gewesen wäre. Das wiedervereinigte Deutschland kann vor dem Hintergrund seiner Entwicklung in den letzten 20 Jahren auch für andere Regionen der Welt als ermutigendes Vorbild dienen. Wenn ein Land weiß, wohin es will, kann es dieses Ziel in Frieden und Freiheit erreichen.

Mauerfall und Wiedervereinigung – Gestaltung und Geschenk*

Helmut Kohl

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer – über vier Jahrzehnte nach Beginn des Kalten Krieges, 28 Jahre nach ihrer Errichtung.

Die Mauer von Berlin hatte jahrzehntelang nicht nur – schlimm genug – Familien zerrissen, eine Stadt und ein Land faktisch in zwei Teile geteilt. Sie war auch das Symbol des Kalten Krieges. Sie stand für die Spaltung Berlins, unseres Landes, Europas und der Welt in einen freien und einen unfreien Teil.

Die Mauer fiel schließlich ganz friedlich, ohne einen Schuss, ohne Blutvergießen. Es war wie ein Wunder. Der friedliche Protest der Menschen in der DDR hatte sich über Monate langsam, aber stetig aufgebaut und war schließlich nicht mehr aufzuhalten. Das starrsinnige SED-Regime, das sich bis zuletzt grundlegenden Reformen verweigerte, scheiterte am Freiheitswillen der Menschen – so, wie es Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 40 Jahre zuvor vorausgesehen hatte.

Nach dem Mauerfall im November 1989 sollte nicht einmal ein Jahr vergehen, bis wir die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und mit Zustimmung unserer Partner und Verbündeten in der Welt erreichten. Am 3. Oktober 1990 konnten wir den Tag der deutschen Einheit feiern. Es war der Triumph der Freiheit.

So ist der 20. Jahrestag des Mauerfalls für uns Deutsche vor allem ein Tag großer Freude und Dankbarkeit. Zugleich ist er für uns auch ein gewichtiges Datum, uns im historischen Kontext bewusst zu machen, wie es zum Mauerfall und wie es anschließend zur deutschen Einheit kam. Denn weder Mauerfall noch Wiedervereinigung sind zwangsläufige Ereignisse der Geschichte, die sich einfach so ergeben haben.

Mauerfall und Wiedervereinigung sind vielmehr das Ergebnis eines seit 1945/49 andauernden, schwierigen und immer wieder auch höchst umstrittenen politischen Balanceaktes. Es war die stete Balance zwischen Abgren-

zung und Annäherung. Einerseits galt es, die deutsche Frage offenzuhalten. Andererseits galt es, so weit wie möglich und ohne Aufgabe der eigenen Grundpositionen «normale Beziehungen» zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aufzubauen, den Menschen im östlichen Teil unseres Landes Erleichterungen zu verschaffen und der Entfremdung zwischen den Deutschen in Ost und West entgegenzuwirken.

Dass die Mauer irgendwann fallen und Deutschland wieder vereint würde, daran hatte ich nie einen Zweifel. Aber wie und wann dies geschehen würde, war für mich immer eine offene Frage. Lange Zeit wusste ich nicht einmal, ob sich dies noch zu meinen Lebzeiten ergeben würde. Es war immer klar, dass dafür vieles zusammenkommen musste – so, wie es in den Jahren 1989 und 1990 dann auch geschah. Nicht allein der Freiheitswillen der Menschen in der DDR, nicht allein Glasnost und Perestroika, nicht allein die Entspannungspolitik zwischen Ost und West, nicht allein US-Präsident George Bush, nicht allein der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow, nicht allein der deutsche Bundeskanzler – niemand allein hätte ausgereicht, um die Mauer zu Fall und die Wiedervereinigung zustande zu bringen. Es bedurfte dazu vielmehr einer glücklichen, ich möchte sagen einer historischen Konstellation von Personen und Ereignissen.

Zum historischen Bewusstsein gehört auch die Erkenntnis: Mit dem Mauerfall war die Einheit noch nicht erreicht. Im Gegenteil, noch war nichts entschieden am 9. November 1989. Eine Tür hatte sich einen Spalt breit öff-

net, das ist wahr, aber entschieden war noch nichts an diesem Tag des Mauerfalls. Die Wiedervereinigung unseres Landes war vielmehr ein politischer Machtkampf um die europäische Statik und die Sicherheitsinteressen in Ost wie West. Sie war bis zuletzt ein Balanceakt im Spannungsfeld des Kalten Krieges.

Ich zitiere für die Situation, in der ich mich damals wiederfand, gerne Otto von Bismarck, denn es gibt kein besseres Bild: Wenn der Mantel Gottes durch die Geschichte wehe, müsse man zuspringen und ihn festhalten. Dafür müssen drei Voraussetzungen gegeben sein: Erstens muss man einen Blick dafür haben, dass es den Mantel Gottes gibt. Zweitens muss man ihn spüren, den historischen Moment, und drittens muss man springen und ihn festhalten (wollen). Dazu gehört nicht nur Mut. Es bedarf vielmehr einer Paarung von Mut und Klugheit. Denn Politik ist nicht wie «Zieten aus dem Busch». Dass der Reitergeneral Zieten Schlachten für Friedrich den Großen entschieden hat, indem er aus dem Wald hervorbrach und die Gegner in einem Überraschungsangriff überwältigte, ist kein Vorbild für die Politik.

Politik braucht Gespür für das Machbare, auch für das dem anderen Zumutbare. Dies galt in besonderer Weise für die deutsche Frage, und hier erst recht in der Zeit nach dem Mauerfall. Der politische Einigungsprozess war in höchstem Maße sensibel, denn wir Deutschen waren ja nicht allein auf der Welt. In dem Moment, als die Einheit greifbar nahe schien, wäre es für die Sache der Deutschen in hohem Maße schädlich gewesen, der deutschen Ein-

heit das Wort zu reden oder etwa deutschnationale Reden zu führen. Innerlich war ich, zumal nach dem Fall der Mauer, auf dem Weg der Einheit schon viel weiter, als ich aussprechen durfte.

Ein besonders eindringliches Beispiel dafür ist mein Zehn-Punkte-Programm, das ich zweieinhalb Wochen nach dem Mauerfall, am 28. November 1989, im Deutschen Bundestag im Alleingang, das heißt ohne jede innen- und außenpolitische Abstimmung, vorgelegt habe. Als Ziel nannte ich in Punkt zehn die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands beim Namen, verzichtete allerdings bewusst auf eine zeitliche Festlegung. Mit dem in Zehn Punkte gekleideten Fahrplan habe ich die Initiative auf dem Weg zur deutschen Einheit übernommen und die Richtung unzweideutig vorgegeben. Es war damals das Äußerste, das ich wagen durfte. Die Reaktionen verdeutlichten dies einmal mehr.

Ein anderes Beispiel für die gebotene Vorsicht ist meine Rede in Dresden wiederum drei Wochen später, am 19. Dezember 1989. Zahlreiche Journalisten aus dem In- und Ausland waren ange-reist. Auch hier, vor der gesamten Welt-öffentlichkeit, die auf uns schaute, durfte es nicht mein Thema sein, in der Frage der Einheit die Stimmung anzuzehnen, auch wenn die Menschen offenkundig auf eine klare Antwort von mir warteten. Und das machte die Rede, die ich gewissermaßen aus dem Stegreif hielt, so schwierig. Ich musste den rund 100 000 Menschen in einer aufgeheizten Stimmung ein Wort der Treue und der Besonnenheit sagen. Ich durfte zugleich aber keine Formulierung wählen, die im Ausland auch nur

den geringsten Anlass gegeben hätte, zu glauben, dass wir Deutschen einen unverständlichen Alleingang unternehmen würden.

Auf die Wiedervereinigung unseres Landes hatte ich immer hingearbeitet. Es entsprach meiner tiefsten Überzeugung, dass wir die deutsche Frage offenhalten mussten, bis der Moment kommen würde. Ich habe mich dabei immer in der Kontinuität Konrad Adenauers gesehen. Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat die entscheidenden Weichen in der deutschen Frage gestellt. Von Beginn an hatte Adenauer einen klaren Kompass. Er wollte Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in die Gemeinschaft der freien Völker zurückführen, er wollte ein freies und geeintes Europa mit einem freien und geeinten Deutschland. Er stand klar auf der Seite des freiheitlichen Westens, er war kein Wanderer zwischen West und Ost. Die Integration der Bundesrepublik in den freien Westen und die Bindung an die USA standen für ihn eindeutig vor der deutschen Wiedervereinigung, die er gleichwohl immer fest im Blick hatte.

So rief Konrad Adenauer am 5. Mai 1955, dem Tag, an dem die Westmächte die Bundesrepublik für souverän erklärten, an dem die Bundesrepublik der Westeuropäischen Union beitrug und an dem sie in die NATO aufgenommen wurde, den Landsleuten in der DDR zu: «Ihr gehört zu uns, wir gehören zu Euch. Ihr könnt Euch immer auf uns verlassen, denn gemeinsam mit der freien Welt werden wir nicht rasten und nicht ruhen, bis auch Ihr die Menschenrechte wiedererlangt habt und mit uns friedlich vereint im

gleichen Staate seid.» Beharrlich hielt er auch am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für Deutschland fest.

Was heute manchem wie eine Selbstverständlichkeit erscheint, war in den insgesamt labilen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in höchstem Maße unsicher. Der Schuman-Plan von 1950 als Grundstein der heutigen Europäischen Union, der Deutschlandvertrag von 1952 mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts und zugleich der Verpflichtung der Westmächte auf ein wiedervereinigtes Deutschland, der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO im Mai 1955, um nur einige wenige Punkte zu nennen – all dies trägt Adenauers Handschrift. Adenauer war sich sicher, dass die Attraktivität des Westens und der Freiheit irgendwann zur deutschen Wiedervereinigung führen müsste. Und er war immer auch klug genug, dies nicht um den Preis der Neutralität erreichen zu wollen.

Die brutale Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953 durch sowjetische Truppen hat Konrad Adenauer darin bestärkt, dass es keine verantwortbare Alternative zur Integration in den Westen gab. Es war richtig, dass die Westalliierten als Antwort auf die Stalin-Note von 1952 im Einklang mit dem deutschen Bundeskanzler freie Wahlen in ganz Deutschland als Voraussetzung für weitere Schritte gefordert hatten. Denn die Bedingung Stalins war ein neutrales Deutschland gewesen. Adenauer ging zu Recht davon aus, dass eine Neutralisierung Deutschlands zu einem Machtvakuum in Europa führen würde, das die Sowjetunion ausfüllen würde. Dass es ihm in seiner Regierungs-

zeit gleichwohl gelang, 1955 die letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion heimzuzuholen, unterstreicht, dass die Westbindung für ihn kein Dogma war, das der Wahrung nationaler Interessen im Osten im Wege stand.

Aus meiner Sicht hatten Adenauers Überzeugungen nie an Aktualität verloren: Eine Wiedervereinigung ohne feste Einbettung in die westlichen Bündnisse hätte unser Land in die Neutralität geführt. Die Folge wäre letztlich ein unfreies Deutschland im Machtbereich der Sowjetunion gewesen. Der Mauerfall am 9. November 1989 und die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 sind daher nicht zuletzt die beeindruckende, späte Bestätigung von Adenauers konsequentem Kurs der Westbindung mit Wiedervereinigungsvorbehalt, an dem wir über die Jahre festgehalten hatten.

Wahr ist auch, dass das Festhalten an der deutschen Frage immer schwieriger wurde, weil der Zeitgeist immer stärker dagegen stand. Je länger die Teilung dauerte, desto größer wurde in der Bundesrepublik die Gruppe derer, die sich mit der Zweistaatlichkeit zumindest arrangiert hatte und die Teilung Deutschlands als Realität akzeptiert wissen wollte. Schon in den siebziger Jahren war die Einheit nur noch für wenige in unserem Land eine Herzensangelegenheit. Nicht die Mehrheit der Menschen, aber sicher eine Mehrheit der politischen Klasse in unserem Land hatte die Idee der Einheit längst aufgegeben. Diese Haltung war durchaus parteiübergreifend anzutreffen. Der Unterschied zwischen den Parteien lag aber darin, wo die Mehrheit der Partei und wo ihre Führung stand.

Wer damals für die Einheit eintrat, galt als Ewiggestriger oder Kriegstreiber. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Zeit, als ich 1976 als Oppositionsführer nach Bonn kam. Weil ich einer der wenigen war, die noch an die deutsche Einheit glaubten, stand ich in dem Ruf des «Hardliners». Mit meinem Amtsantritt als Bundeskanzler 1982 schürten meine innenpolitischen Gegner sogleich Ängste vor einer vermeintlichen «neuen Eiszeit» zwischen Ost und West, die mit mir als Regierungschef anbrechen sollte. Meine Gegner sollten sich irren, das Gegenteil war der Fall: Unter meiner politischen Führung wurden ganz wesentliche Weichenstellungen auf dem Weg zur Einheit vorgenommen. Ich trieb den europäischen Integrationsprozess im Tandem mit Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand voran. Ich bemühte mich um ganz konkrete Erleichterungen für die Menschen in der DDR, ich versuchte, keinen Anlass für Spannungen zwischen Ost und West zu geben, signalisierte auch der Sowjetunion Gesprächsbereitschaft, bot Möglichkeiten der Zusammenarbeit an und hielt doch an meinen deutschlandpolitischen Grundpositionen fest.

Mit meiner Politik folgte ich der Adenauerschen Logik: Europäische Einigung und deutsche Einheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Zu Beginn meiner Kanzlerzeit war der europäische Einigungsprozess an einem Tiefpunkt angelangt. Viele glaubten nicht mehr an die Idee des gemeinsamen Hauses Europa. Das hässliche Wort der «Eurosklerose» beherrschte das Meinungsbild und drückte die ganze Mutlosigkeit aus. Doch mit Überzeugung und Ausdauer sind wir, die Befürworter der europäischen Integration, weiter

Schritt für Schritt und gegen Kleinmut und Ängstlichkeit der Skeptiker auf dem europäischen Einigungsweg vorangegangen.

Mit Erfolg, denn als 1989 die Wiedervereinigung auf die politische Tagesordnung rückte, war zwar noch vieles zu tun, aber waren mit meinem Zutun doch ganz wesentliche Fortschritte gemacht worden: So hatten wir in den achtziger Jahren die Einheitliche Europäische Akte unter anderem zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes unterzeichnet. Bereits ab Mitte der achtziger Jahre hatte ich mich auch gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung eingesetzt und die Weichen in diese Richtung gestellt.

In der Deutschlandpolitik führte ich mit der Übernahme der Kanzlerschaft ein, dass der alljährliche Bericht zur Lage der Nation inhaltlich wieder erweitert und im Titel mit dem Zusatz «im geteilten Deutschland» versehen wurde. Ich sah darin zugleich ein wichtiges Signal nach innen wie nach außen. Mit dem Milliardenkredit an die DDR, der mit meiner Rückendeckung im wesentlichen über Franz Josef Strauß lief, nahmen wir den Gesprächsfaden mit der DDR wieder auf und erreichten als Gegenleistungen erhebliche menschliche Erleichterungen, wie den Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze, Erleichterungen bei der Familienzusammenführung und beim Mindestumtausch.

Die Entscheidung aller Entscheidungen auf dem Weg zur deutschen Einheit war der NATO-Doppelbeschluss,

den mein Vorgänger Helmut Schmidt gegen den Willen seiner Partei auf den Weg brachte und den ich mit meiner Regierung 1983 gegen alle Widerstände in unserem Land durchsetzte. So überzeugt ich von der Richtigkeit der Entscheidung bis heute bin, so persönlich schwierig war sie damals. Es war eine sehr einsame Entscheidung. Das Bild von Hunderttausenden Demonstranten, die gegen den NATO-Doppelbeschluss auf die Straße gingen, habe ich bis heute vor Augen. Ich erinnere mich auch an die eisigen Mienen der Sozialdemokraten, als der Sozialist Mitterrand sich in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag ohne Wenn und Aber an unsere Seite stellte – und gegen seine deutschen Parteifreunde, die mit ihrer Ablehnung in Westeuropa völlig isoliert waren.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass ohne den NATO-Doppelbeschluss 1989 nicht die Mauer gefallen wäre und wir 1990 nicht die Wiedervereinigung erreicht hätten. Die Welt hätte eine ganz andere Entwicklung genommen. Das Risiko war offenkundig. Ohne NATO-Doppelbeschluss drohte eine massive Machtverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion. Die NATO mit den Amerikanern hätte sich schrittweise aus Kerneuropa zurückgezogen. Mindestens die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die DDR, wenn nicht sogar die Benelux-Staaten und Italien wären in der Folge zur sogenannten atomwaffenfreien Zone geworden und entmilitarisiert worden, während die Sowjetunion ihren Einflussbereich ausgedehnt und vor allem von der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik profitiert hätte. Entgegen allen Befürchtungen seiner Gegner und Kritiker machte die mit dem NATO-Dop-

pelbeschluss verbundene Standfestigkeit des Westens die Entspannungspolitik zwischen Ost und West erst möglich – und damit auch Michail Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion.

Meine Bundesregierung verteidigte gegen alle Widerstände auch die grundlegenden Positionen unserer Deutschlandpolitik. Dazu gehörte vor allem die Frage der deutschen Staatsbürgerschaft. Ich erinnere mich sehr genau an die Debatte, die gerade in der Zeit meines Amtsantritts als Bundeskanzler heftig geführt wurde. Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sollte über die Jahre eine der hartnäckigsten Forderungen Honeckers an die Bundesregierung bleiben. Für meine strikte Ablehnung hatte ich gute Gründe. Mit der Aufgabe der einen deutschen Staatsbürgerschaft hätten wir zugleich die Idee der einen deutschen Nation aufgegeben, wir hätten damit das entscheidende Band der Gemeinsamkeit zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands aufgelöst, und wir hätten den Menschen in der DDR einen ganz wesentlichen Schutz und ein gutes Stück Hoffnung genommen. Zu den praktischen Folgen hätte gehört: Ungarn hätte 1989 keine völkerrechtliche Grundlage gehabt, unseren Landsleuten den Weg in die Freiheit «legal» zu ermöglichen. Und die Menschen aus der DDR hätten – wie Ausländer – bei uns um Asyl nachsuchen müssen.

Weniger gewichtig in der Konsequenz, aber bedeutsam für die Betroffenen, war auch immer die zweite große Forderung Honeckers an die Bundesregierung, die Zentrale Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter zu schließen. Ich habe mich auch dieser Forde-

lung – ebenfalls im Gegensatz zu den Sozialdemokraten – deutlich widersetzt. Ich habe es, im Gegenteil, immer für einen Verrat an den politischen Gefangenen in der DDR gehalten, dass die sozialdemokratisch geführten Bundesländer Mitte der achtziger Jahre damit drohten und es zum Teil auch beschlossen, ihren Anteil an der Finanzierung dieser Stelle einzustellen.

Die Einladung meines Vorgängers Helmut Schmidt an Erich Honecker hielt ich aufrecht, als ich ins Amt kam. Es war notwendig, mit dem anderen Teil Deutschlands im Gespräch zu bleiben. Als der SED-Generalsekretär 1987 endlich Bonn besuchen sollte, verband ich die Begegnung mit dem Junktim, dass unsere Tischreden beim offiziellen Abendessen live im westlichen und vor allem auch im östlichen Teil unseres Landes gesendet wurden. Millionen Menschen in der DDR blickten an diesem Abend durch den Eisernen Vorhang und konnten am Fernsehen miterleben, wie ich Honecker sagte: «Das Bewusstsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren. [...] Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keinen Zweifel, dass dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.»

Wie die Union sahen sich auch die Sozialdemokraten im Grundsatz stets der

deutschen Frage verpflichtet. Der Unterschied zu uns aber bestand darin, dass die SPD immer stärker national ausgerichtet war und den Primat der Westintegration nie in ganzer Konsequenz akzeptierte. Während die Union im Balanceakt zwischen Annäherung und Abgrenzung bei ihrer klaren Distanz blieb, ging die SPD eher auf Annäherungskurs mit der SED. Das offenkundigste Beispiel dafür bleibt das SPD-SED-Papier von 1987. Der Skandal zeigt sich in der zentralen Aussage: «Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.» Das hierin zum Ausdruck kommende ideologische Arrangement der SPD mit dem SED-Unrechtsregime war auch innerhalb der SPD selbst umstritten. Das Papier betont die Gemeinsamkeiten und verwischt die grundlegenden, menschenverachtenden Unterschiede, die uns systembedingt trennten. Es war zugleich eine Absage an die auch in der Präambel unseres Grundgesetzes verankerte Verpflichtung, die deutsche Einheit anzustreben. Am Vorabend der Wiedervereinigung, in den entscheidenden Monaten in den Jahren 1989 und 1990, zeigte sich diese Ambivalenz in einer in sich völlig zerstrittenen SPD, die sich in innerparteilichen Kämpfen und populistischen Sprüchen gegen die deutsche Einheit verlor und Ängste bei den Deutschen in West wie Ost schürte.

Natürlich gab es auch in den Reihen der Union, dem Zeitgeist folgend, Be-

fürworter einer stärkeren Annäherung an die DDR und das SED-Regime, dies allerdings nur am Rande, nie in der Mehrheit. Beispielhaft dafür stehen meine innenparteilichen Widersacher, die mich auf dem Bremer Parteitag noch im September 1989 – also während die Welt sich grundlegend veränderte und die Lösung der deutschen Frage immer näher rückte – stürzen wollten, um den Kurs der Partei zu ändern. Mit meiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden entzog die Basis diesem Ansinnen den Boden und gab zugleich ein klares Votum für meinen deutschlandpolitischen Kurs ab.

Die entscheidenden Verbündeten auf unserem Weg waren die Amerikaner. Sie erwiesen sich einmal mehr als Schutzmacht denn als Besatzungsmacht und als Freunde der Deutschen. Die inhaltlich bedeutsamste Rede eines amerikanischen Präsidenten für das deutsch-amerikanische Verhältnis hielt George Bush Ende Mai 1989 in Mainz, wenige Monate nachdem er Präsident der Vereinigten Staaten geworden war. Es war eine ganz bewusste Proklamation auch an die Adresse unserer europäischen Partner wie an die Sowjetunion, als Bush vor dem Hintergrund der weltpolitischen Veränderungen Amerika und Deutschland «partners in leadership» nannte. Während des gesamten Einigungsprozesses konnte ich mich auch persönlich immer auf meinen Freund George Bush verlassen, mit dem ich mich über den gesamten Zeitraum eng abstimme. Dies war vor allem in der Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands außerordentlich hilfreich. Unser Schulterschluss beruhte neben persönlicher Sympathie ganz wesentlich darauf, dass wir die gleichen Grundüberzeugungen von Freiheit hatten.

Ganz ähnlich, was die Bedeutung von Vertrauen angeht, und doch ganz anders, was die deutsche Frage betrifft, verhielt es sich mit Michail Gorbatschow. Das Staatsoberhaupt der Sowjetunion wollte die deutsche Einheit ursprünglich nicht. Er sah die Notwendigkeit von Reformen nicht zuletzt aus der eigenen Erfahrung mit der desolaten wirtschaftlichen Lage in Russland. Mit den Worten Glasnost und Perestroika öffnete er den Weg für Veränderungen im gesamten Ostblock. Gleichwohl, und das habe ich in Gesprächen immer wieder feststellen können, wollte er die Konsequenzen seines Reformkurses nicht zu Ende denken. Er wollte die Öffnung des Ostblocks, aber er wollte das daraus sich zwangsläufig ergebende Ende auch der Sowjetunion nicht sehen oder nicht wahrhaben. Sein größtes Verdienst bleibt, dass er seine Politik den Notwendigkeiten immer wieder anpasste. Dazu gehört vor allem, dass er in den aufgeregten Tagen des Mauerfalls in Berlin die sowjetischen Panzer in den Kasernen gehalten hat und den Aufstand nicht blutig niederschlagen ließ. Die friedliche Linie behielt er über den gesamten Einigungsprozess bei. Wir Deutschen können ihm für seinen Mut nicht dankbar genug sein. Er ist damit auch ein großes persönliches Risiko eingegangen. Michail Gorbatschow musste 1989/90 ständig fürchten, von den Reformgegnern in der Sowjetunion weggeputscht zu werden. Für uns hätte dies bedeutet, dass die Grenze mit Mauer und Stacheldraht über Nacht wieder hochgezogen und die deutsche Frage auf Jahre verschoben worden wäre.

Michail Gorbatschow hat für seine friedliche Linie einen hohen Preis bezahlt. Ich erinnere mich gut daran, wie er bei seinem Besuch im Juni 1989 in

Bonn unter dem Eindruck der «Gorbomanie» in der Bundesrepublik zu mir sagte, auf dem Bonner Marktplatz habe er sich gefühlt wie auf dem Roten Platz in Moskau. Als ich dann später, Ende der neunziger Jahre, nach dem Zerfall der Sowjetunion mit Michail Gorbatschow über den Roten Platz in Moskau ging, haben sich die Menschen von ihm abgewandt.

Unsere europäischen Nachbarn und Partner trafen der Mauerfall und die Aussicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands wie ein Schock. Viele hatten damit gerechnet, dass die deutsche Einheit kommt, aber nicht zu ihren Lebzeiten und schon gar nicht zu diesem Zeitpunkt. Der Mauerfall kam daher für die meisten schlicht ungelegen. Selbstverständlich war in vielen Verträgen in den vorangegangenen Jahren das Recht der Deutschen auf die Einheit verankert worden, aber das war gestern gewesen mit der Aussicht auf übermorgen. Und nun war sie da, unsere historische Chance auf ein geeintes deutsches Vaterland. Und nach kurzer Zeit schon flammte das alte Misstrauen gegen die Deutschen wieder auf – nur für kurze Zeit zwar, aber dafür umso heftiger. Aus dem Kreis unserer europäischen Verbündeten stand nur einer von Beginn an fest an unserer Seite: der spanische Ministerpräsident Felipe González, der keine Minute einen Zweifel aufgenommen ließ, wo sein Platz war.

Margaret Thatcher war die Ehrlichste unter den Gegnern der Einheit und sagte: «Zwei Deutschland sind mir lieber als eines.» Sie sagte auch: «Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen, jetzt sind sie wieder da!» Die britische Regierungschefin, die sich schließlich aus

Einsicht in die Unabwendbarkeit der Entwicklung nicht mehr gegen die Wiedervereinigung unseres Landes sperrte, hatte irrtümlich darauf gesetzt, dass Gorbatschow der NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands nie zustimmen würde. Sie sah sich darin zumindest anfänglich mit François Mitterrand einig.

Auch von dem Präsidenten der Grande Nation kam manches unfreundliche Wort, bis er sich schließlich zu einer für die Deutschen klaren, freundlichen Position bekannte. Mitterrands Umschwenken von seiner anfänglich kritischen Haltung zur Wiedervereinigung Deutschlands auf Zustimmung lag sicher ganz wesentlich darin begründet, dass ich ihn einmal mehr davon überzeugen konnte: Die deutsche Einigung und die europäische Einigung waren für mich zwei Seiten derselben Medaille. Dafür stand nicht zuletzt die deutsch-französische Initiative zur Einführung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, und für die Politische Union, die wir im Frühjahr 1990 parallel zum deutschen Einigungsprozess mit ganz konkreten Schritten vorantrieben.

Und so haben wir Deutschen schließlich mit Gottes Hilfe und der Hilfe unserer Freunde und Verbündeten nach über 40 Jahren des Kalten Krieges, in nicht einmal einem Jahr ab dem Zeitpunkt des Mauerfalls, die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit erreicht. Es hätte alles auch ganz anders kommen können. Es war auch ein Geschenk. Das wollen wir nie vergessen. Es sollte uns einmal mehr Ansporn und Verpflichtung für die Zukunft sein.

Anmerkung

- * Bei dem Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus dem Vorwort zu dem Werk Kohl, Helmut: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, Verlag Droemer Knauer, München 2009, S. 7–22. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Die CSU und die Deutsche Einheit

Horst Seehofer

Die Deutsche Einheit ist ein Glücksfall der neueren Geschichte unseres Landes, denn sie markiert das gute Ende einer von den Menschen getragenen friedlichen Revolution. Möglich war die Deutsche Einheit aber vor allem deswegen, weil die Vollendung der Teilung verhindert werden konnte. Ursächlich dafür war ohne Zweifel die erfolgreiche Normenkontrollklage, die die CSU auf Initiative von Franz Josef Strauß gegen den Grundlagenvertrag der sozial-liberalen Koalition anstrebte. Mit Fug und Recht kann die CSU deshalb als die Partei der Deutschen Einheit gelten.

1. Einleitung

Kein Mensch lebt nur für sich. Den bezugslosen Egoist, den das Leben der anderen gänzlich unberührt lässt, gibt es nicht und hat es nie gegeben. Stattdessen sind Menschen immer schon soziale Wesen, Wesen, die in den ursprünglichen Einheiten von Gemeinschaft und Gesellschaft leben und leben wollen. Gerade deshalb sind Staaten keine Zufallsprodukte. Sie verdanken sich nicht einer wechselvollen Laune der Geschichte, sondern diesem zutiefst sozialen Wesenszug des Menschen. Ihr Kern ist das kollektive Bewusstsein einer gemeinsamen kulturellen und sozialen Herkunft. Ihr Antrieb ist der vereinende Wille, die Herausforderungen des Lebens in gemeinsamer Verantwortung zu tragen. Und ihr tatsächliches Substrat lässt sich mit Max Weber ganz konkret fassen: Es gehören zum Staat ein le-

bendiges Staatsvolk, ein einheitliches Staatsgebiet und ein legitimes staatliches Gewaltmonopol.¹ Es liegt dabei in der Natur der Sache begründet, dass es diesen Rahmen nur als historisch gewachsene Einheit geben kann. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass sich die Deutschen inmitten des beispiellosen militärischen und moralischen Trümmerfeldes, in dem sie am Ende des Zweiten Weltkriegs standen, als ein Volk fühlten. Einem zutiefst menschlichen Bedürfnis folgend musste ihnen die sich unmittelbar nach dem Krieg und in den Nachkriegsjahren abzeichnende Teilung umso schmerzlicher sein.

Doch so groß dieser Schmerz auch war, der 8. Mai 1945 war, wie Richard von Weizsäcker 40 Jahre später zutreffend feststellte, „ein Tag der Befreiung“.² Es ist nur natürlich, dass der Tag des Kriegsendes mit ganz unterschiedli-

chen Gefühlen verbunden wird. Aber an der Richtigkeit dieser Aussage kann kein Zweifel bestehen, wenn wir – dem Aufruf des ehemaligen Bundespräsidenten folgend – uns anschicken, „der Wahrheit, so gut wir eben können, ins Auge zu blicken“. Es ist richtig: Befreit aus den Abgründen eines historisch einmaligen Irrweges wurde ganz Deutschland, aber deswegen war nicht allen Deutschen der Weg in die Freiheit offen. Die Deutschen standen vor einer schicksalhaften Weggabelung. Ein Innehalten war nicht möglich und so trennten sich die Wege vieler unserer Landsleute. Die einen wurden aus ihrer Heimat vertrieben, auf die anderen wartete ein neues Unrechtsregime. Es war eine besondere Gnade der Geschichte, dass sich auf dem Boden der späteren Bundesrepublik Rechtsstaatlichkeit und Demokratie situieren konnten. Das hat die Deutschen gerade im Westen unseres geteilten Vaterlandes von je her in besonderer Weise verpflichtet: Friede und Freiheit waren eine Gabe, für die wir noch heute dankbar sein dürfen. Die Überwindung der Teilung dagegen war fortan eine Aufgabe, eine historische und kulturelle zutiefst menschliche Aufgabe, die die Deutschen niemand anderem schuldeten als sich selbst.

2. Die Einheit Deutschlands als historische Aufgabe

Der unbedingte Wille, die Teilung Deutschlands zu überwinden, war nicht allen politischen Richtungen gleichermaßen gegeben. Von Anfang an war die Deutsche Frage der Union wichtiger als der SPD. Innerhalb der Union war es die CSU, die mit besonderem Nachdruck die Deutsche Frage

auf der politischen Agenda hielt. Das mag zunächst überraschen, waren ihr doch das gesamtdeutsche Engagement und der uns heute so selbstverständlich erscheinende bundesweite Gestaltungsauftrag der CSU bei ihrer Gründung nicht vorgegeben. Heute wissen wir: Es war Franz Josef Strauß, der nicht als erster und einziger, aber ganz sicher mit besonderem Nachdruck das gesamtdeutsche Profil der CSU schärfte.

In der Deutschen Frage fühlte sich die CSU von Anfang an nicht nur dem Buchstaben, sondern in besonderer Weise dem Geist des Grundgesetzes verpflichtet. In der Präambel der alten Fassung vom 23. Mai 1949 werden dazu zwei fundamentale Grundsätze gelegt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichwertiges Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk ... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. ... Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“³ Das Gebot, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“, und die Verpflichtung aller Staatsorgane, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, diese Formulierung ließ eigentlich in Sachen Klarheit keine Fragen offen. Und doch bedurfte es des vehementen Eintretens der CSU, um den normativen Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen.

3. Die Deutsche Frage zwischen Hallstein-Doktrin und Grundlagenvertrag

Die Deutsche Frage war von einer einfachen politischen Logik bestimmt. Die Vollendung der Einheit, wie sie im Einheitswahrungs- und Wiedervereinigungsgebot als Leitidee dem Grundgesetz vorangestellt ist, war nur zu erfüllen, wenn die Vollendung der Teilung verhindert wurde. Konrad Adenauer sprach deshalb von der DDR ohne Unterlass als der „sowjetisch besetzten Zone Deutschlands“ (SBZ). Unter seiner Führung reihte sich die junge Bonner Republik ein in den Kreis der freien Völker. Im Jahre 1952 trat die Bundesrepublik der Montanunion, drei Jahre später der NATO und der Westeuropäischen Union bei. Weitere zwei Jahre später wurde sie Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Westintegration zeitigte Erfolg um Erfolg und mit ihr drohte die Bedeutung der Deutschen Frage zu verblassen. Als Adenauer bei seinem Moskau-Besuch vom 9. bis 14. September 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion vereinbart hatte und die Sowjetunion die DDR am 20. September 1955 ebenfalls in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten für „souverän“ erklärt hatte, kam die Bundesregierung in Zugzwang. Sie musste erklären, warum sie in Moskau einen zweiten deutschen Botschafter hinnahm und zugleich auf die Nichtanerkennung der DDR als einem selbstständigen Staat pochte. Auf diesen Widerspruch reagierte die Bundesregierung mit der „Hallstein-Doktrin“. Sie besagte, die Bundesregierung betrachte die faktische völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Be-

ziehungen als einen „unfreundlichen Akt“.

Die Hallstein-Doktrin blieb gut eineinhalb Jahrzehnte die Leitlinie der Bonner Deutschlandpolitik. Nach Jahren ihrer schleichenden Aushöhlung war es schließlich Willy Brandt, der die Hallstein-Doktrin endgültig aufgab. Brandt sprach in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 von „zwei Staaten“⁴ einer Nation in Deutschland. Damit hatte die neue sozialliberale Koalition ein grundsätzlich anderes Credo für die Deutsche Frage ausgegeben. Während die Union am Gedanken der Freiheit und der Einbindung in die westlichen Demokratien festhielt, ging es der Regierung Brandt um „Wandel durch Annäherung“⁵. Über direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur vertraglichen Regelung der Beziehungen zueinander führte diese neue und grundsätzlich anders angelegte Ostpolitik zum Abschluss des Grundlagenvertrages.

Der Grundlagenvertrag sollte die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR regeln. Dazu vereinbarten die beiden Vertragspartner nicht nur die Beschränkung der jeweiligen Hoheitsgewalt auf das je eigene Staatsgebiet. Gleichsam als stumme Dreingabe sicherte man sich gegenseitig die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in inneren und äußeren Angelegenheiten zu. Die DDR sollte souverän werden und aus der Demarkationslinie eine Grenze im Vollsinn des Wortes. Auf Kosten der Hinnahme der Teilung Deutschlands wären die Bewohner der DDR Bürger eines souveränen Staates geworden. Als am 21. Dezember 1972 Egon Bahr, Bundesminister für beson-

dere Aufgaben, in Ost-Berlin seine Unterschrift unter diesen Vertrag setzte, schien die historische Aufgabe aus der Präambel des Grundgesetzes, die ja in besonderer Weise die Staatsorgane in die Pflicht nahm, in Vergessenheit geraten zu sein. An die Stelle der faktischen Normativität des Grundgesetzes stellte die sozialliberale Koalition die scheinbar normative Kraft des Faktischen. Ulbrichts und Honeckers DDR bekam, wonach es ihr am sehnlichsten verlangte: die Anerkennung durch die Bonner Republik.

4. Die Renaissance der Deutschen Frage durch die Klage gegen den Grundlagenvertrag

Aber das wollte und konnte die CSU nicht akzeptieren. Denn gute Beziehungen können niemals ein Selbstzweck sein – zumal nicht, wenn sie mit einem Unrechtsregime unterhalten werden sollen und nur um einen Preis zu haben sind, den die Menschen in der DDR zu zahlen hatten. Nach intensiven und mitunter kontroversen Debatten in Partei, Parteivorstand und Kabinett war klar: Die endgültige Teilung Deutschlands durfte nicht hingenommen werden. Im Ganzen ging es, als sich die CSU und die bayerische Staatsregierung auf Initiative und Drängen von Franz Josef Strauß dazu entschlossen, eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Grundlagenvertrag einzureichen, um Großes und Grundsätzliches. „Die deutsche Nation“, so stellte Ministerpräsident Alfons Goppel im Hauptsacheverfahren um den Grundlagenvertrag fest, „die im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ihren Ursprung hat und mit ihrem wechselvol-

len Schicksal das bewegende Element unserer neueren Geschichte ist, ist ein so hohes Gut, dass jede staatliche Gewalt an ihren Handlungen zur Erhaltung dieses Gutes gemessen wird.“⁶

Strauß und Goppel setzten damit eine lange Tradition fort. Den Anfang machte Ministerpräsident Hans Ehard. Unter seiner maßgeblichen Mitwirkung fand Anfang Juni 1947 in der Bayerischen Staatskanzlei in München eine Ministerpräsidentenkonferenz statt. Als ein erster gesamtdeutscher Versuch wollte die Konferenz die sich abzeichnende Teilung Deutschlands verhindern. Seine Eröffnungsrede schloss er mit den denkwürdigen Worten: „Trotz der Aufspaltung Deutschlands in vier Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf. ... Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebendigen Bestandteil Deutschlands.“ Die Unverbrüchlichkeit dieses Bekenntnisses hat man immer wegzuwischen versucht, indem man der CSU das Etikett anhängen wollte, sie sei im Grunde ihres Herzens eine bayerische Regionalpartei, durchsetzt von separatistischen Tendenzen. Es war abermals Ehard, der in seiner berühmten Regensburger Rede am 3. April 1948 klarstellte: „Selbst wenn es in Bayern da und dort einen vertrauten Separatisten geben sollte, der nur sich und seine kleine bayerische Umwelt sieht, so könnte das nichts an der Tatsache ändern, dass Bayern niemals mehr eine geschichtliche Entwicklung abstreifen kann, die es schicksalsmäßig mit Gesamtdeutschland verbunden und verwoben hat.“⁷ Und an die Adresse aller Deutschen fügte er angesichts der sich abzeichnenden und immer weiter voranschreitenden Entfremdung der Ostzone hinzu: „Je ge-

ringer die Aussicht wird, auf die innerstaatliche Gestaltung des deutschen Ostens Einfluss zu nehmen, desto verpflichtender um der gesamtstaatlichen Zukunft willen erhebt die Forderung ihr Haupt, wenigstens den anderen Teil Deutschlands so aufzubauen, dass dem einen Spannungsfeld nicht ein gleichartiges Spannungsfeld zugesellt wird.“⁸ Damit war der intellektuelle Boden bereitet, auf dem Strauß die Idee der Klage gegen den Grundlagenvertrag gebar.

Die Verpflichtung des Wiedervereinigungsgebots vor dem geistigen Auge und den Widerstand gegen das wachsende Verblässen der Deutschen Frage im Sinn war Strauß entschlossen, die Einheit Deutschlands – mag sie auch in noch so weite Ferne gerückt sein – nicht aufzugeben. Notfalls müssten eben, wenn alle anderen von der Fahne gingen, die Bayern die „letzten Preußen“ sein. Das war fortan der Markstein bayerischer Deutschlandpolitik. Strauß' Strategie war einfach und klar: Eine Klage konnte Erfolg haben, wenn es gelänge, die im Vertragswerk angelegte Doppeldeutigkeit des Grundlagenvertrags offenzulegen. Denn nach der einen Lesart beschreibt er den *Modus vivendi* im innenpolitischen Umgang mit der aus der SBZ hervorgegangenen DDR durch die Regierungsparteien. Aber in einer anderen, vor allem von Moskau und Ost-Berlin favorisierten Lesart stellt der Grundlagenvertrag die faktische Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen dar, mit der Folge der Anerkennung der DDR und der Hinnahme der Teilung Deutschlands. Nach dieser zweiten Lesart sollte der in der Präambel niedergelegte Auftrag, die Einheit Deutschlands zu vollenden, *ad acta* gelegt werden. Strauß

brachte seine Partei und die bayerische Staatsregierung dazu, vor allem diese zweite Lesart in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen. Denn in diesem Punkt, so die Argumentation von Strauß, verstoße der Grundlagenvertrag gegen das Grundgesetz. Deshalb müsse die Klage so angelegt werden, dass ein Urteilspruch eben diese verhängnisvolle doppelte Auslegungs- und Anwendungsmöglichkeit des Grundlagenvertrags ausschließe.⁹

Das Kalkül ging auf. Das am 31. Juli 1973 ergangene Urteil legte dar, dass der Grundlagenvertrag nicht vollumfänglich mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Bayern und die CSU hatten obsiegt, aber die wahren Gewinner waren die Deutschen in der DDR. Denn Karlsruhe stellte klar: In Wahrheit führte der von der sozialliberalen Koalition propagierte „Wandel durch Annäherung“ zur allmählichen Aushöhlung des materiellen Verfassungsrechts, mithin zu einem „stillen Verfassungswandel“. Gegen diesen „weichen“ Staatsbegriff rief das Bundesverfassungsgericht den Deutschen, vor allem aber den sozialliberalen Koalitionären den Buchstaben und Geist des Grundgesetzes ins Gedächtnis. Allen voran ist hier das Gebot der Präambel zu nennen, den Wiedervereinigungsanspruch nach innen aufrechtzuhalten und nach außen alles zu unterlassen, was diesem zuwiderlaufen könnte. Dieter Blumenwitz fasste das Entscheidende so zusammen: „Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik war nach dem Urteil nicht nur nicht ausgesprochen worden, sondern konnte für die Bundesregierung auch zukünftig nicht in Betracht kommen.“¹⁰ Die DDR war demnach sozusagen ein Quasi-Staat. Sie war zwar ein

Völkerrechtssubjekt, aber sie war dies mit der einschränkenden Besonderheit, dass sie immer noch Teil eines existierenden Staates Gesamtdeutschland war. Gesamtdeutschland wurde also vor seiner Selbstaufgabe gerettet und existierte als ein noch zu verwirklichendes Staatswesen in der rechtlichen Klammer der Viermächteverantwortung weiter. Die Wiedervereinigung auf der Basis einer freiheitlich-demokratischen Verfassung sollte das Ziel bleiben. Alle Verfassungsorgane waren diesem Ziel der Deutschen Einheit weiter verpflichtet. Eine rechtliche Zementierung der Teilung war damit ausgeschlossen. So wurde das von der CSU angestrebte Urteil wegweisend für die gesamte weitere Ost-West-Politik.

5. Das Grundgesetz als Schutzschirm der Freiheit aller Deutschen

Verträge werden gemacht, um das Zusammenleben von Menschen zu regeln. Was immer vereinbart wird, betroffen von Verträgen sind deshalb nicht abstrakte Rechtssubjekte, wie es Staaten sind. Wenn wir also die ganze Tragweite des Urteils zum Grundlagenvertrag ermessen wollen, dann kommen wir nicht umhin, auch das Schicksal derer in den Blick zu nehmen, die von diesem Vertragswerk in besonderer Weise betroffen waren. Und das waren die Deutschen in der DDR – allen voran jene, die die DDR verlassen wollten, aber nicht durften. Für all diese Menschen war das Grundgesetz, ob sie nun bleiben wollten oder bleiben mussten, ob sie aufgingen in der sozialistischen Ideologie oder sich zurückgezogen hatten in die innere Immigration, ein

Schutzschirm der Freiheit. Schon deswegen durfte der Umgang mit der DDR bei aller notwendigen Annäherung niemals zu deren Anerkennung führen. Denn ihre Anerkennung hätte die DDR unmittelbar und ihr Unrecht mittelbar legitimiert. Eine Flucht aus ihr wäre dadurch noch schwieriger und damit noch gefährlicher geworden. Die Anerkennung hätte den Menschen alle Hoffnung auf eine Wendung zum Guten genommen.

Es muss zynisch anmuten, gleichsam vom grünen Tisch aus die unterschiedlichen Risiken einer Republikflucht gegeneinander abzuwägen. Schon das Wort „Republikflucht“ ist ein einziger Zynismus. Denn die Deutschen in der DDR, die sich zur Flucht entschlossen hatten, weil sie in ihr nicht leben wollten und konnten, haben das getan, was in einem schlichten Sinn des Wortes ihr gutes Recht war. Sie haben in Abwägung existenzieller Fragen nichts weiter gewagt, als über ihr Leben selbst zu bestimmen. Sie haben Familien zurückgelassen und hatten mit der bedrückenden Erkenntnis umzugehen, dass die Angehörigen von Republikflüchtlingen schlimme Repressionen zu erleiden hatten. Und doch rangen sich viele am Ende zur Flucht durch und suchten Zuflucht in den deutschen Botschaften der damaligen sogenannten „sozialistischen Bruderländer“. Auch diese Form der Flucht war höchst risikoreich. Aber die Chance mit dem nackten Leben davonzukommen, war deutlich größer als direkt über die mit Selbstschussanlagen gesicherte Mauer und die ihr vorgelagerten Sperrgebiete in die Freiheit zu fliehen.

Das Grundgesetz war von seinen Vätern für alle Deutschen geschrieben. So

konnte dieses „Leuchtfeuer der Freiheit“¹¹, wie es Bundespräsident Horst Köhler 60 Jahre später treffend charakterisierte, den Deutschen in der DDR auch in den dunkelsten Stunden der deutsch-deutschen Geschichte Licht spenden und Hoffnung geben. Denn nach seinem Verständnis gab es infolge der Fortexistenz des Staatswesens Gesamtdeutschland auch nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft war damit unmöglich. Das bekräftigte das Grundlagenvertragsurteil eindrucksvoll. Im Zuge der Staatsangehörigkeitsregelung stellt der Urteilspruch fest, dass nach Art. 16 GG die deutsche Staatsangehörigkeit zugleich die Staatsangehörigkeit aller Deutschen ist. Das bedeutet, dass nicht nur die Bürger der Bundesrepublik deutsche Staatsangehörige waren, sondern eben auch die Bewohner der DDR. Wo immer sich also im In- und Ausland ein DDR-Bewohner in den Schutzbereich staatlicher Stellen der Bundesrepublik retten konnte, billigt ihm das Grundgesetz den gleichen Anspruch auf Justizgewährung zu wie einem Staatsbürger der Bundesrepublik. In dem das Grundlagenvertragsurteil den Fortbestand „Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“ sicherstellte, gab es zugleich die juristische Basis für die umfassende deutsche Staatsangehörigkeit. De facto waren die Deutschen geteilt, aber de iuris waren sie geeint. Dieses besonders eindrückliche Beispiel für die Wirkmächtigkeit eines contrafaktischen Ideals war für viele das Tor zur Freiheit. Denn die Gewissheit, dass eine Flucht aus der DDR mit hoher Wahrscheinlichkeit gelungen war, wenn man nur das Territorium einer deutschen Botschaft erreichen konnte, gab ohne Zweifel vie-

len Bewohnern der DDR Hoffnung und Zuversicht.

Erinnern wir uns an die Bilder der völlig überfüllten deutschen Botschaft in Prag. Im Vorfeld der friedlichen Revolution von 1989 wurde das Gelände der Botschaft mehr und mehr zum Zufluchtsort von Flüchtlingen aus der DDR. Ab August 1989 und vermehrt in den folgenden Wochen retteten sich Tausende auf das Gelände der deutschen Botschaft und damit unter den Schutz des Grundgesetzes. Das Prager Palais Lobkowitz wurde so zu einer Insel der Freiheit. Sie harrten dort aus, bis die DDR-Behörden schließlich einlenkten und ab 30. September insgesamt 17.000 Menschen die Ausreise in die Bundesrepublik erlaubten. Am 3. November gestatteten dann die ČSSR-Behörden den DDR-Bürgern die unreglementierte Ausreise in den Westen. Der Eiserne Vorhang begann zu bröckeln und die Freiheit brach ihren Bann. Heute wissen wir: Das war eine der wichtigsten Vorstufen zum Fall der Berliner Mauer.

Ohne das von der CSU errungene Grundlagenurteil wäre die Geschichte wahrscheinlich anders verlaufen. Hätte die Teilung vollendet werden können, dann hätte es an Stelle der einen – auf dem Geist des Grundgesetzes fußenden – Staatsbürgerschaft für alle Deutschen zwei deutsche Staatsbürgerschaften gegeben: zwei Staatsbürgerschaften für zwei – nicht kulturell und historisch, aber juristisch – voneinander getrennte Staatsvölker. Niemals hätte die DDR unter solchen Voraussetzungen der Ausreise derer, die in der Prager Botschaft Schutz unter dem Schirm des Grundgesetzes gesucht hatten, zugestimmt. Nicht nur deshalb war Beharrlichkeit

der CSU in der deutschen Frage ein Glücksfall für die Deutschen in der DDR, mithin für alle Deutschen. Aus heutiger Sicht kann kein Zweifel bestehen: Das Grundlagenvertragsurteil hat dazu beigetragen, dass viele Menschenleben gerettet werden konnten.

6. Die CSU als Partei der Einheit

Überblickt man aus heutiger Sicht die Zeit der Spaltung bis zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, so bestätigt sich eindrücklich: Keine andere Partei hat sich in den Jahrzehnten der deutschen Teilung so klar und konsequent zur Einheit unseres Vaterlandes bekannt wie die CSU. Keine andere Partei hat sich der „Nebenaußenpolitik“ des Kabinetts Brandt, seiner insgeheimen Ablehnung der Bindung Deutschlands an das transatlantische Bündnis und der damit verbundenen stillen Aushöhlung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes so scharf abgegrenzt wie die CSU. Natürlich sind Annäherung und Aussöhnung ehrenwerte Motive, aber der von der sozial-liberalen Koalition Brandts propagierte „Wandel durch Annäherung“ durfte die Grenze zwischen Recht und Unrecht nicht verwischen. Die CSU hat wie keine andere Partei das Unrecht, das die DDR verübte, beim Namen genannt und die Menschen, die unter diesem Regime zu leben und zu leiden hatten, nach Kräften unterstützt. Um das Recht der Menschen auf ein besseres Leben in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und Sicherheit zu verwirklichen, um dieses zutiefst humane Anliegen kämpfte Strauß nicht nur, als es gegen den Grundlagenvertrag ging. Er machte sich auch später zu einem engagierten Fürsprecher derjenigen, die

unter dem SED-Regime besonders zu leiden hatten. Auf seinen Reisen durch die DDR nahm er immer wieder Hilfsbesuche auf und sorgte dafür, dass viele aus der Stasi-Diktatur ausreisen konnten. Auch das hat der CSU großes Vertrauen der Menschen in Ostdeutschland eingebracht.

So hartnäckig und unbeugsam, wie die CSU in der deutschen Frage mit Franz Josef Strauß war, blieb die CSU auch mit Theo Waigel. Als Nachfolger im CSU-Vorsitz und dann als Bundesfinanzminister knüpfte Waigel an diese Politik ungebrochen an. Als Waigel im Sommer 1989 davon sprach, dass die Wiedervereinigung wieder auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehe, wurde er aus den verschiedensten politischen Richtungen – vornehmlich der linken – dafür verspottet. Noch am 14. September 1988 bezeichnet Willy Brandt unter breiter Zustimmung bundesdeutscher Medien das Festhalten am Wiedervereinigungsgebot als eine „Lebenslüge der zweiten Republik“¹². Und auch Peter Glotz tat noch in seiner 1989 erschienenen Streitschrift „Die deutsche Rechte“ die verfassungsrechtlich verankerten Begriffe „Wiedervereinigung“ und „Einheit der Nation“ als schlichten Nationalismus ab.¹³ Und doch sollte die Einheit kommen. Das sicherste Indiz für die Richtigkeit dieser Haltung ist der schlichte Umstand, dass dem sogenannten „Arbeiter und Bauernstaat“ in allen Phasen seiner 40-jährigen Geschichte die Werktätigen davonliefen. Politisch durch und durch ideologisiert und wirtschaftlich dahindarrend blutete die DDR vor allem durch den Verlust von Facharbeitern und Akademikern regelrecht aus. Selbst Mauer und Stacheldraht und Schießbefehl konnten die von der DDR als „Re-

publikflüchtlinge“ diffamierten Freieitssuchenden nicht zurückhalten.

Die Einheit umzusetzen, war die Leistung des Kanzlers der Einheit – Helmut Kohl. Für die CSU war es Theo Waigel, der an Kohls Seite maßgeblich für die Wiedervereinigung gearbeitet und gekämpft hat. Er hat sich und der CSU größte Verdienste beim Aushandeln des Staatsvertrags über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erworben, den er am 18. Mai 1990 für die Bundesrepublik unterzeichnete. Die Einführung der D-Mark in der DDR war der unumkehrbare Schritt zur staatlichen Einheit. Aber auch am Abzug der russischen Truppen aus Deutschland hat Theo Waigel maßgeblich mitgewirkt. In schwierigen Verhandlungen gelang es ihm, dass 600.000 Russen Mitteleuropa friedlich verlassen haben. Theo Waigel darf sich deswegen zu Recht als einer der Architekten der Einheit bezeichnen lassen.

Strauß war es nicht vergönnt, den Erfolg seiner Politik noch selbst zu erleben. Er starb am 3. Oktober 1988, auf den Tag zwei Jahre vor der Deutschen Einheit. Es scheint wie eine symbolische Fügung der Geschichte, dass wir an diesem Tag auch seines Todestages gedenken. Am Jahrestag des Falls der Berliner Mauer blicken wir mit Stolz auf die Verdienste von Franz Josef Strauß, von Theo Waigel und der CSU zurück. Gerade an diesem historischen Datum bewahrheitet sich: Die CSU ist die Partei der Deutschen Einheit.

7. Die DDR als Unrechtsstaat

Es ist nur natürlich, dass mit dem Scheitern der sozialistischen Ideologie

auch im wiedervereinigten Deutschland die unterschiedlichsten Gefühle verbunden sind. Das gilt für alle Deutschen – im Osten wie im Westen unseres Vaterlandes, aber besonders für jene, die in Ermangelung anderer Alternativen ihr Leben unter den Vorzeichen des DDR-Sozialismus zu leben hatten. Sie hatten keine Wahl und wurden nicht gefragt, wo und wie sie leben wollten. Sie hatten nicht das historische Glück, auf dem Boden Westdeutschlands leben zu können. Die Aufgaben, die ihnen das alltägliche Leben stellte, waren ungleich schwieriger. Was denen, die nicht mitmachen wollten, blieb, war, sich so gut es ging in der Lebenswirklichkeit der DDR einzurichten. Gerade deshalb haben wir Deutsche heute nicht das Recht, die je individuelle Lebensleistung der Menschen in der DDR zu schmälern oder gar klein zu reden. Aber diese notwendige Rücksichtnahme entbindet uns nicht von der historischen Pflicht, verübtes und erlittenes Unrecht beim Namen zu nennen. Unrecht muss Unrecht und Recht muss Recht bleiben. Vielleicht ist das die zentrale Lehre aus der deutschen Geschichte, dass ein tieferes Verständnis für die Lebenswirklichkeit in der DDR und die unterschiedlichen, mitunter ambivalenten Gefühle der Menschen Ostdeutschlands zu ihrer Heimat die Annahme der Einsicht verlangen, dass die DDR eine illegitime Regime war. Gerade denen, die unter diesem Regime zu leiden hatten oder gar in dessen Mühlen zu Tode kamen, schulden wir das Festhalten an der historischen Wahrheit. Und die Wahrheit ist: Von Anfang an war die DDR ein Unrechtsstaat.

Unrechtsstaaten versündigen sich in fundamentaler Weise an den ursprüng-

lichen Rechten des Menschen, ja am Menschen selbst: Unrechtsstaaten beugen Recht, pervertieren Gleichheit und nehmen dem Menschen seine innere und äußere Freiheit. Bei der Konstruktion und Ausgestaltung ihrer systemimmanenten Scheinwahrheiten ist ihnen nichts zu aufwendig und nichts zu absurd. Weil der Mensch aber ein inneres Bedürfnis nach Wahrheit hat, ist die Entwicklung, die Ausgestaltung und Aufrechterhaltung von Gegenwahrheiten ein so aufwendiges Unterfangen. Es ist ein Unterfangen, das nur gelingen kann, wenn dem Menschen seine Freiheit beschnitten oder ganz genommen wird. Der Marxismus rechtfertigte das immerzu mit der von ihm diagnostizierten „Selbstentfremdung des Menschen“, die er in der klassenlosen Gesellschaft aufheben wollte. Er glaubte die Entfremdung des Menschen von sich selbst – von seinem Wesen, vom dem, was er ist, was er sein und werden soll – läge in der Struktur des Kapitalismus und den Werten der westlichen Welt begründet. Das war der vielleicht folgenschwerste Irrtum des historischen Materialismus. Denn in Wahrheit ist es der Verlust der Wahrheit selbst, der Menschen von sich selbst entfremdet. Und es ist der Verlust der Wahrhaftigkeit, der Unrechtsstaaten zu Unrechtsstaaten macht. Nicht die Trennung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln, sondern die Trennung des Staatswesens von der Freiheit zur Wahrheit und von der Wahrheit in Freiheit ist die wahre Selbstentfremdung des Menschen. Die DDR nahm ihren Bürgern die Freiheit, sich selbst und den Modus ihres Zusammenlebens zu bestimmen. Sie hat damit den Menschen als *zoon politicon*, als soziales und politisches Wesen enthumanisiert. Staaten, die das tun, sind Unrechts-

staaten. Damit hatte sich die DDR denkbar weit vom Menschen entfernt. Nicht der Mensch hat sich von sich, sondern die DDR von den Menschen entfremdet.

Gerade dieser schonungslose Blick auf das Unrecht der DDR zeigt: Ohne den Willen zur Wahrheit verkommt alles. Die Liebe zum Vaterland gleitet in hohle äußere Scheinbekenntnisse ab. Aus der Politik wird Ideologie, ein leeres Gehäuse, das man nach Belieben füllen kann. In diesem Sinn und Geist predigte Papst Benedikt XIV. als Kardinal 1979 auf dem Münchner Marienplatz: „Nur die Annahme der Wahrheit kann heilen.“¹⁴ Denn nur mit der Annahme der Wahrheit ist ein Lernen aus der Geschichte möglich.

8. Der 9. November – Ein Schicksalstag der Deutschen mit der Wendung zum Guten

2009 begingen die Deutschen im vereinten Vaterland die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls. Dass die Geschichte Irrungen und Wirrungen, Abgründe und Unmenschlichkeit kennt, wissen wir alle nur zu Genüge. Dass sie sich aber auch zum Guten wenden kann, dafür ist unser Land ein lehrreiches Beispiel. Sinnbildlich dafür steht der 9. November: der „deutsche Schicksalstag“. Wie kein anderer Tag zeitigt er Licht und Schatten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

Der Anfang war verheißungsvoll. Am 9. November 1918 fand Deutschland nach den Jahren übersteigerter Allmachtsphantasien und den Schrecken des Ersten Weltkriegs ein erstes Mal zu sich: Deutschland wurde Republik. Aus

der Kulturnation wurde eine Staatsnation. Aber schon recht bald wendete sich das Blatt. Nach einigen wenigen relativ unbeschwerten Jahren erschütterte am 9. November 1923 der Hitlerputsch das hoffnungsvolle Land. Nur fünfzehn Jahre später, im Jahr 1938 – es war abermals ein 9. November – zeigte sich Deutschland von seiner abgründigsten Seite. Das in den Jahren nach der Machtergreifung heraufgezogene Unheil des Nationalsozialismus war unübersehbar geworden: Die sogenannte „Reichspogromnacht“ führte der Welt vor Augen, wie weit der Nationalsozialismus die Zivilkultur Deutschlands zersetzt hatte. Deutschland und die Schar seiner Verbündeten hatten sich vom Rest der Welt – ja vom Menschen selbst – entfremdet. Insgesamt zwölf endlos lange Jahre überzog Hitler und seine Schergen erst Deutschland und dann die Welt mit Krieg und Terror, Angst und Schrecken. Es sind dies zweifellos die dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte.

Am Ende des Krieges hatten fremde Mächte unser Land aus den eigenen Abgründen befreit. Wo anders als am Boden konnte Deutschland da sein. In Trümmern lagen aber nicht nur die Häuser, Brücken und Straßen, sondern auch die Identität eines ganzen Volkes. Die militärische und moralische Niederlage war umfassend. Zu diesem Trümmerfeld hatte „eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen“¹⁵ geführt. So steht es im Vorspruch zur Verfassung des Freistaates Bayern. Das war die Wahrheit, die es anzunehmen galt.

Und die Bayern und Deutschen nahmen diese Wahrheit an. Sie besannen sich auf ihre christlichen Wurzeln. Die Väter der bayerischen Verfassungen und des bundesdeutschen Grundgesetzes bekannten sich frei von jeder Ideologie zur Verantwortung vor Gott. Alles politische Denken wurde nun an einen das Weltliche übersteigenden, zeitlos gültigen Sinn – ganz im Sinne der wörtlichen Übersetzung von „religio“ – rückgebunden. Die Werte der christlichen Gesellschaftslehren avancierten so zum Widerlager politischen Handelns. Sie gaben ihm Sinn und Richtung, Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft. Aus der Verantwortung vor Gott wurde so eine Verantwortung für den Mitmenschen. Es war diese Verantwortung für den Mitmenschen, die die Christlich-Soziale Union fortan zu ihrem Wahlspruch erhob. Und diese Verantwortung war es auch, die sie an der Wiedervereinigung festhalten und an sie glauben ließ, bis schließlich an jenem 9. November 1989 Deutschland mit dem Fall der Mauer endgültig zu sich selbst fand. Der Kreis hatte sich geschlossen.

Was damals vor gut 20 Jahren geschah, ist einzigartig: Die Bürger der ehemaligen DDR haben das eigene Unrechtsregime mit friedlichen Mittel niedergeworfen. Die deutsche Geschichte hat sich mit diesem historischen Tag zum Guten gewendet. Das muss uns alle mit großer Freude und Zuversicht erfüllen. Wenn wir eines aus diesem deutschen Schicksalstag lernen können, dann dies: Es sind die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft, die unserem Leben die richtige Haltung geben.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972, S.25.
- ² Weizsäcker, Richard von: Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8.5.1985.
- ³ Präambel des Grundgesetzes in der alten Fassung vom 23.5.1949.
- ⁴ Brandt, Willy: Regierungserklärung im Deutschen Bundestag vom 28.10.1969.
- ⁵ Die Formulierung „Wandel durch Annäherung“ wurde maßgeblich von Egon Bahr, dem damaligen Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin geprägt. In seiner gleichnamigen Rede vor der Evangelischen Akademie Tutzing skizzierte und erläuterte Bahr am 15.7.1963 erstmals das später maßgeblich gewordene Konzept der sozialliberalen Ostpolitik.
- ⁶ Schriftsatz vom 18.6.1973; vgl. Cieslar, Eva/Hampel, Johannes/Zeitler, Franz-Christoph: *Der Streit um den Grundlagenvertrag*. München/Wien 1973, S.168.
- ⁷ Vgl. Blumenwitz, Dieter: Bayerns Beiträge zur Deutschlandpolitik, in: Franz Josef Strauß. *Erkenntnisse – Standpunkte – Ausblicke*, hrsg. von Karl Carstens, Alfons Goppel, Henry Kissinger u.a., München 1985, S.197ff.
- ⁸ Ebd.
- ⁹ Vgl. Blumenwitz, Dieter: *Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage*, in: *Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU*, hrsg. von Manfred Baumgärtel und Alfred Bayer, München 1995, S.342–348.
- ¹⁰ Ebd., S.350.
- ¹¹ Köhler, Horst: *Die Verfassung der Freiheit – Festansprache beim Staatsakt aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland am 22.5.2009*.
- ¹² *Frankfurter Rundschau* vom 15.9.1988, S.8.
- ¹³ Vgl. Glotz, Peter: *Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift*, Stuttgart 1989.
- ¹⁴ Ratzinger, Joseph: Predigt am Pfingstsonntag 1979 beim Gottesdienst zum Sudetendeutschen Tag in München, in: *Christlicher Glaube und Europa, 12 Predigten*, hrsg. vom Pressereferat der Erzdiözese München und Freising, München 1982.
- ¹⁵ Präambel der Verfassung des Freistaates Bayern, in Kraft getreten am 8.12.1946.

Die deutsche Einheit und der Euro – Jahre der Entscheidung

Theo Waigel

Das Ende der 80er- und der Beginn der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts standen im Zeichen welthistorischer Entscheidungen. Am 9. November 2009 fanden in Berlin die Feierlichkeiten zur 20jährigen Wiederkehr des Berliner Mauerfalls statt. Am 3. Oktober 2010 können wir auf 20 Jahre Deutsche Einheit zurückblicken. Diese Phase der historischen Entwicklung markiert definitiv das Ende der Nachkriegsgeschichte. Die damaligen politischen Grundsatzentscheidungen führten zu einer Neugestaltung Europas. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit steht hierfür als Symbol.

1. Einführung

Tatsächlich kann jedoch die Wiedervereinigung nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist Teil der mit Gorbatschows Reformkurs beginnenden Entwicklung, die zur friedlichen Revolution in Osteuropa und zu einem Übergang der dortigen Systeme zu einem demokratischen Staatswesen, einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem führte. Sie mündete schließlich in eine Neugestaltung des alten Kontinents mit dem Vertragswerk von Maastricht, zur Europäischen Union, der Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung und Jahre später zu einem Beitritt der mitteleuropäischen Reformstaaten zur Union. 20 Jahre nach dieser Phase historischer Weichenstellung ist es angebracht, eine

Bilanz zu ziehen und die damaligen Entscheidungen einem politischen Bestandstest zu unterziehen.

2. Historischer Rückblick

Über 40 Jahre wurde Europa vom Kalten Krieg, dem Eisernen Vorhang und dem permanenten Zustand der Spannungen zwischen Ost und West gekennzeichnet. Deutschland war als Folge des Zweiten Weltkrieges in zwei Teile mit unterschiedlicher Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung geteilt. Berlin, von 1871 bis 1945 Hauptstadt der Deutschen, stand im Brennpunkt dieser Spannungen. Der Freiheitswille der ostdeutschen Bevölkerung wurde in unsäglich Weise unterdrückt – von der brutalen Niederschlagung des Arbeiteraufstands 1953

über den Bau der Mauer in Berlin und entlang der Zonengrenze 1961 bis hin zum unmenschlichen Instrument des Schießbefehls. Die dortigen Machthaber gingen davon aus, dass die Mauer noch weitere 100 Jahre stehen werde. Tatsächlich war sie jedoch nicht das letzte Wort der Geschichte.

Bis weit in die 80er-Jahre hinein galt es als wirklichkeitsfremd, ja als reaktionär, wenn ein deutscher Politiker vom Recht der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung sprach. Das Festhalten am Ziel der nationalen Einheit wurde vom damaligen Zeitgeist als „Lebenslüge“ denunziert. Wer – so die damaligen Argumente des linken politischen Spektrums – Deutschlands Wiedervereinigung fordere, der stelle den Frieden in Europa in Frage. Es war ein historisches Verdienst der CSU und ihres damaligen Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, wegen der umstrittenen Ostverträge das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen. Nach dessen Entscheidung wurde die Politik verpflichtet, die deutsche Frage politisch und völkerrechtlich offenzuhalten.

3. Der Wettlauf der Systeme

Die Jahrzehnte des Kalten Kriegs zwischen den großen Machtblöcken standen von Anfang an im Zeichen eines ökonomischen und später auch technologischen Wettlaufs. Im Laufe der Jahrzehnte wurde der ökonomische Abstand der Staaten des Ostblocks gegenüber dem Westen immer größer. In den 80er-Jahren wurde die eklatante Verschlechterung der Wirtschaftslage in Osteuropa immer offenkundiger. Was als wirtschaftliche Aufholjagd

begann, drohte auf dem Niveau der Länder der Dritten Welt zu enden. Der „Kapitalismus“ im Westen, der längst durch ein umfangreiches sozialstaatliches Netz ergänzt worden war, erwies sich im Vergleich zu dem, was Karl Marx und seine Nachfolger prognostiziert und versprochen hatten, als wesentlich reformfreudiger, innovativer und leistungsstärker. Dies blieb selbstverständlich auch im Osten nicht verborgen.

Die politischen Bemühungen der Sowjetunion, Europa von den USA zu trennen und ein Rüstungsübergewicht festzuschreiben, waren spätestens seit dem NATO-Doppelbeschluss gescheitert. Gleichzeitig setzte sich die Einsicht durch, dass die sozialistische Planwirtschaft im gesamten Comecon-Bereich nicht mehr haltbar war. Gorbatschow war bemüht, am Sozialismus festzuhalten und ihn mit systemimmanenten Reformen zu modernisieren. Dieser Kurs endete schließlich in grundlegenden ökonomischen und politischen Umwälzungen, die im Zusammenbruch der Sowjetunion, im Zerfall des russischen Imperiums und der friedlichen Revolution Osteuropas zum Ausdruck kamen.

Auch die DDR konnte sich diesem Zerfallsprozess nicht entziehen. Ihre ökonomische Schlussbilanz war katastrophal. Im Vergleich zum Westen Deutschlands lag die Produktivität bei weniger als 30%. Ihre Infrastruktur entsprach unserem Stand der 50er-Jahre. Der SED gelang es in ihrer 40jährigen Diktatur nie, im Osten eine nationale Identität herauszubilden. Die andauernde Repression der Bevölkerung durch Überwachung und Schießbefehl tat ein Übriges.

4. Von der Maueröffnung zum Einheitsvertrag

Vom Fall der Mauer bis zum Vertrag über die Staatliche Einheit führte ein mühsamer Weg, der sowohl innen- wie außenpolitisch mit gewaltigen Herausforderungen verbunden war.¹ Die friedliche Umwälzung in der damaligen DDR entwickelte eine ungeheure Eigendynamik. Aus deutscher Sicht war es vor allem die historische Leistung Helmut Kohls, der die wohl einmalige Chance zur Wiedervereinigung mit Mut, Durchsetzungskraft und Augenmaß in die Hand nahm. Diese Leistung wiegt umso schwerer, als die Öffnung der Archive in den Hauptstädten einiger unserer europäischer Partnerstaaten deren nicht unerheblichen Widerstand gegen die Wiedervereinigung gezeigt hat.

Der Maueröffnung folgte eine Ausreisewelle, die die Aufnahmekapazitäten im Westen zu überfordern drohten. Helmut Kohl reagierte mit dem berühmten Zehn-Punkte-Programm, das zu einer Konföderation führen sollte. Die Entwicklung von Egon Krenz zum Runden Tisch, von der SED zur Allianz für Deutschland verlief jedoch schneller als erwartet. Das unter meiner politischen Verantwortung konzipierte Angebot für eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion war schließlich das entscheidende „Signal zum Bleiben“.

Die Einführung der D-Mark in der damaligen DDR bedeutete in ihrer Auswirkung den unumkehrbaren Schritt zur staatlichen Einheit. Diese wurde mit dem Staatsvertrag und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 vollzogen. Die außen- und sicherheitspolitischen

Belange und die Verankerung des vereinten Deutschland in der NATO wurden im Zwei-Plus-Vier-Vertrag geregelt. Und schließlich war es mir vergönnt, mit dem Überleitungsvertrag und dem Einsatz von nur 15 Milliarden DM die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die letzten sowjetischen Soldaten 50 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee deutschen Boden verließen.

5. Verstumme Kritik

Die Kritik am Vollzug der Wiedervereinigung ist widerlegt. Eine Stabilisierung einer selbstständigen DDR wäre vor dem Hintergrund der Umwälzungen in Osteuropa völlig absurd gewesen. Zum raschen Übergang von der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft gab es keine realistische Alternative. Die ursprünglichen Befürchtungen im Hinblick auf Inflation und Währungsstabilität haben sich als grundlos erwiesen.

Die Deutschen im Westen haben in historisch vorbildlicher Weise ihre Solidarität unter Beweis gestellt. Seit der Wiedervereinigung flossen Jahr für Jahr hohe zweistellige Milliardenbeträge in die östlichen Bundesländer. Mit dem Solidarpakt I und II wurde die Voraussetzung geschaffen, dass der wirtschaftliche Aufholprozess und die finanzielle Unterstützung bis Ende dieses Jahrzehnts gesichert sind.

Auch wenn innerhalb von 20 Jahren nicht alle Ruinen und Altlasten von 40 Jahren Sozialismus beseitigt werden konnten, sind doch die Erfolge des Aufholprozesses unbestreitbar. Die reale Wirtschaftsleistung je Einwohner stieg von 40 auf rund 70% des Westniveaus.

Im Bereich der Infrastruktur hat der Osten weitgehend aufgeholt. Hinsichtlich der Einkommens- und Lebensverhältnisse hat sich der Abstand zwischen West und Ost spürbar verringert. Sorgenkind bleibt jedoch die höhere Arbeitslosigkeit.

Wer sich an die Monate nach Öffnung der Mauer erinnert und heute durch Berlin-Mitte fährt, der kann die erfolgreiche Gestaltung der Wiedervereinigung nicht länger leugnen. Viele Gebiete Ostdeutschlands haben sich unter Wirtschafts- wie auch Umweltgesichtspunkten zu blühenden Landschaften entwickelt. Leipzig und Dresden zählen heute zu den dynamischsten Städten Deutschlands. Die große Mehrheit der Deutschen in Ost und West ist stolz auf die Wiedervereinigung, auch wenn es immer noch Unbelehrbare geben mag, die sich nach dem Eisernen Vorhang zurücksehnen.

6. Maastricht als Preis der Wiedervereinigung?

Hin und wieder wird die Vermutung aufgestellt, Deutschlands Zustimmung zu Maastricht sei die Voraussetzung für die Zustimmung unserer Partner zur Wiedervereinigung gewesen. Ein solcher Vorwurf ist absurd und durch alle Fakten widerlegt. Die Weichen für die europäische Gemeinschaftswährung wurden lange vor dem Mauerfall gestellt.² Anfang der 80er-Jahre war der Prozess der europäischen Einigung durch die sogenannte „Eurosklrose“ ins Stottern geraten. Dies änderte sich aber durch die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte. Die weiteren Meilensteine waren der EG-Gipfel 1988 in Hannover und der Bericht

der sogenannten Delors-Gruppe,³ der zur Geschäftsgrundlage der Verhandlungen über das Vertragswerk von Maastricht wurde.

Maastricht stellt das währungspolitische Fundament, der Euro das monetäre Dach der Wirtschaftsunion dar. Diese garantiert in Europa die Freiheit des Waren- und Dienstleistungsaustauschs, des Kapitalverkehrs und die Freizügigkeit. Die Europäische Währungsunion war von Anfang an auch ein politisches Projekt. Ziel des Projekts Europa ist eine echte politische Union selbständiger Nationalstaaten mit einem gemeinsamen Markt und einer einheitlichen Währung. In diesem Sinne stellte Maastricht einen echten europapolitischen Quantensprung dar. Mit der Einführung der Gemeinschaftswährung hat das Projekt aber keineswegs sein Ende gefunden. Es wurde vielmehr fortentwickelt sowohl durch die Erweiterung als auch die Vertiefung der Union. Weitere Meilensteine waren die Verträge von Amsterdam und Nizza, die Grundrechtecharta und zuletzt der Vertrag von Lissabon.

Rückblickend lässt sich feststellen: Deutschlands Einheit war ein „Katalysator der europäischen Einigung“⁴. Die Wiedervereinigung hat zu einer Beschleunigung der Entscheidungen über das Vertragswerk von Maastricht geführt.⁵

7. Positive Euro-Zwischenbilanz

Die Euro-Zwischenbilanz kann sich sehen lassen. Der Euro hat zu einer spürbaren Belebung des innergemeinschaftlichen Handels geführt. Die durchschnittliche Inflationsrate lag

bislang unter der langjährigen Inflationsrate der D-Mark. Die Zinsen bewegen sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die unabhängige Europäische Zentralbank hat sich weltweit Ansehen erworben. Nach anfänglicher Schwäche erreichte der Außenwert des Euro eine bemerkenswerte Höhe. Und der Stabilitätspakt hat sich als wichtiges Instrument zur Durchsetzung von Haushaltsdisziplin im gesamten Euro-Raum erwiesen, was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass nach einer Bewältigung der Finanzkrise die Haushaltspolitik wieder zu einer glaubwürdigen Konsolidierung zurückkehren muss.

Der Euro hat entscheidend zur Integration der Finanzmärkte beigetragen. Er ist nun nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Währung der Welt. Rund 27% der Weltwährungsreserven werden in Euro gehalten. In den zurückliegenden Finanzkrisen hat sich der Euro als Anker der Stabilität im Weltfinanzsystem erwiesen. Rund 40 Länder der Welt richten ihre Wechselkurse am Euro aus. Ohne eine starke Gemeinschaftswährung hätten es die europäischen Staaten mit einer jeweils nationalen Währung ungleich schwerer, die negativen Auswirkungen der

globalen Finanzkrise in den Griff zu bekommen.

Wie Helmut Kohl immer wieder betont hat, sind die Wiedervereinigung Deutschlands und die Einigung Europas zwei Seiten der gleichen Medaille. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands gehören die Teilung und die jahrzehntelangen Spannungen auf unserem Kontinent der Geschichte an. An ihre Stelle sind Selbstbestimmung und echte Entspannung getreten. Das Projekt der europäischen Einigung hat eine Friedensgemeinschaft entstehen lassen. Ihr gemeinsamer Markt sichert die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Zeitalter der Globalisierung. Und ihre politischen Institutionen ermöglichen ein einheitliches Auftreten des alten Kontinents auf der Bühne der Weltpolitik. Die Gemeinschaftswährung hat sich als politischer Katalysator erwiesen, der zu einem irreversiblen Element der europäischen Zusammenarbeit geworden ist. Die europäische Gemeinschaftswährung hat ihren Test bestanden. Selbst ein ursprünglicher Kritiker des Projekts, Alan Greenspan, räumt in seinem Memoiren ein: „Es war eine außergewöhnliche Leistung und ich staune bis heute, was meine europäischen Kollegen aufgebaut haben“.⁶

Anmerkungen

¹ Eine ausgezeichnete Darstellung der damaligen Entwicklung findet sich bei Kohl, Helmut: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, München 2009.

² Tietmeyer, Hans: Herausforderung Euro, München/Wien 2005.

³ Siehe hierzu die einzelnen Beiträge der damaligen Akteure in: Unsere Zukunft heißt Europa, hrsg. von Theo Waigel, Düsseldorf 1996.

⁴ Kohl: S.319.

⁵ So schreibt Grosser, Dieter: „Die verbreitete Ansicht, Kohls Zustimmung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sei der Preis gewesen, den Mitterrand einforderte, ehe er der deutschen Einheit zustimmte, ist kaum vertretbar“, in: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Stuttgart 1998, S.403.

⁶ Greenspan, Alan: Mein Leben für die Wirtschaft, Frankfurt 2007, S.12.

Die deutsche Einheit und Europa

Horst Teltschik

In der zweiten Jahreshälfte 1989 begannen sich die Ereignisse in Europa zu überschlagen. Über 100.000 DDR-Bürger flüchteten über Ungarn, Polen, Prag und über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin nach Westdeutschland. Die dramatischen Szenen, die sich in der Botschaft in Prag und mehrmals an der ungarisch-österreichischen Grenze abspielten, sind in aller Erinnerung. Aber wo und wie hatte diese Entwicklung begonnen?

1. Es begann in Mitteleuropa ...

In Polen hatte es im Juni 1989 die ersten halbfreien Wahlen gegeben, die der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc mit Lech Walesa einen triumphalen Sieg bescherten. Sie gewann alle frei zu wählenden Mandate. Am 24. August 1989 wurde Tadeusz Mazowiecki von der Solidarnosc der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Polens und des Warschauer Paktes. Im November 1988 war Miklós Németh zum Ministerpräsidenten in Ungarn ernannt worden. Er war von Anfang an entschlossen, marktwirtschaftliche und politische Reformen in Richtung einer freiheitlichen Demokratie einzuleiten. Als er im März 1989 zu einem ersten Gespräch mit dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow in Moskau zusammentraf, eröffnete er ihm, dass er die ungarischen Grenzanlagen aus Kostengründen abbauen werde. Gorbatschow erhob keinen Ein-

spruch. Im Mai begann der Abbau der Grenzanlagen. Am 27. Juni durchschnitten die beiden Außenminister Gyula Horn von Ungarn und Alois Mock symbolhaft den Stacheldraht. Moskau schwieg dazu. Als während des Paneuropäischen Frühstücks am 19. August in Sopron Hunderte von DDR-Bürgern die Chance zur Flucht nach Österreich nutzen, blieb Moskau erneut stumm. Für Miklós Németh waren das alles Schritte, das Verhalten der sowjetischen Führung zu testen, wie weit er sich vorwagen könne. Das Schweigen Moskaus ermutigte Németh, Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Gespräch am 25. August auf Schloss Gymnich/Bonn anzukündigen, dass er die ungarische Grenze endgültig öffnen werde. Am 10. September war es dann soweit.

Im August hatte es auch die ersten größeren Demonstrationen in Prag und in anderen Städten der Tschechoslowakei

gegeben, die noch von den kommunistischen Machthabern blutig aufgelöst worden waren. Drei Monate später löste eine weitere Demonstration die Samtene Revolution aus, die das Ende des kommunistischen Systems einleitete. Was Generalsekretär Gorbatschow im Juli 1988 auf dem Warschauer Gipfel in Moskau angekündigt hatte, war eingetreten. Er hatte versprochen, sich nicht mehr in die inneren Verhältnisse seiner Bündnispartner einmischen zu wollen. Das war das Ende der Breschnew-Doktrin, die zur Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 geführt hatte. In Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei hatte Gorbatschow Wort gehalten. Er sollte es auch gegenüber der DDR tun.

2. ... und setzte sich in der Sowjetunion fort

Seit 1987 hatte Michail Gorbatschow in der Sowjetunion selbst eine neue Politik eingeleitet. Seine Reformpolitik unter den Namen Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) gewann ungeahnte Dynamik. Sie sollte vor allem den Reformkräften in Polen und in Ungarn neue Hoffnung geben. Die neue Politik Gorbatschows sollte auch unmittelbare Auswirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben. Als Bundeskanzler Helmut Kohl im Oktober 1988 in Moskau mit Gorbatschow zusammentraf, machte er die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht mehr „von den Fragen der Sicherheit“ (sprich: Doppelbeschluss der NATO) abhängig, wie er es noch im März 1985 bei der ersten Begegnung getan hatte. Er erklärte vielmehr, dass „das Eis gebrochen sei“ und die Beziehungen auf eine neue Grund-

lage gestellt werden sollten. Eine „Gemeinsame Erklärung“ sollte dazu vorbereitet werden und beim Gegenbesuch in Bonn gemeinsam unterzeichnet werden. Am 13. Juni 1989 kam es zur Unterzeichnung in Bonn.

Diese Gemeinsame Erklärung wie die vielen Gespräche zwischen dem Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Gorbatschow und seine Besuche in Düsseldorf und Stuttgart sollten ein wichtiger Schlüssel für die weiteren Entwicklungen werden. Zum ersten Mal hatte die sowjetische Führung in einem offiziellen Dokument das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und die „Anerkennung des internationalen Völkerrechts nach innen und außen“ akzeptiert. Das war sensationell. Darüber hinaus hatten die vielfältigen Unternehmensbesuche Gorbatschow erstmals einen tiefen Einblick in die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie vermittelt. Er war tief beeindruckt. Helmut Kohl hatte ihm versprochen, dass er alles tun werde was möglich sei, die Reformpolitik in der Sowjetunion zu unterstützen. 1990 sollte Gorbatschow konkret darauf zurückkommen.

3. Die Reaktion der DDR

Doch die Führung der DDR wie auch viele Verantwortliche in Westdeutschland blieben von allen diesen Ereignissen unberührt. Der SED-Chefideologe Kurt Hager hatte am 9. April 1987 auf die Frage nach den Auswirkungen der Reformpolitik Gorbatschows auf die DDR noch geantwortet: „Würden Sie, wenn der Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Diese Ignoranz sollte sich rächen.

Die von der SED schamlos manipulierten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 führten dazu, dass in vielen Städten – zumeist nach Friedensgebeten in einer Kirche – Teilnehmer immer häufiger auf die Straße gingen. Im September und dann vor allem im Oktober wurden aus Hunderten von Demonstranten Tausende, dann Zehntausende, am Ende waren es Hunderttausende. Sie erhoben den trotzigsten Anspruch „Wir sind das Volk“ und mündeten in die Forderung ein: „Wir sind ein Volk“. Die Leipziger Demonstration vom 9. Oktober mit rund 70.000 Demonstranten hat dem SED-Regime einen vernichtenden Schlag versetzt. „Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete“, soll die resignative Reaktion eines SED-Funktionärs gewesen sein. Einen Monat später sollte sich durch glückliche Umstände und zur Überraschung aller die Mauer öffnen.

4. Die Strategie von Helmut Kohl

Warum habe ich einleitend alle diese Ereignisse noch einmal angesprochen? Es ist fast unbegreiflich, wie wenig Resonanz alle diese Entwicklungen im Sommer 1989 in der deutschen Öffentlichkeit gefunden haben. Es war offensichtlich, dass diese Prozesse Auswirkungen auf die DDR und damit auf die „deutsche Frage“ haben mussten. Die Strategie von Helmut Kohl war unmissverständlich. Sein Ziel war es von Anfang an, die Reformen in Ungarn, Polen und in der Sowjetunion politisch und wirtschaftlich zu unterstützen, um damit den Druck auf die DDR zu erhöhen. Seit 1984 hatte es geheime Gespräche mit ungarischen Politikern gegeben, seit 1988 mit Polen. Geheime Gespräche wurden mit dem bulgari-

schen Präsidenten Shiwkow und mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec geführt. Entweder werde die DDR gezwungen, ebenfalls einen Reformprozess einzuleiten. Den würde sie am Ende nicht überleben. Würde sie Reformen verweigern, dann werde sich die DDR isolieren und das werde sie auch nicht überleben. Die Signale waren spätestens mit der Öffnung der Mauer offensichtlich.

Im Oktober/November 1989 erreichten die öffentlichen Diskussionen einen Höhepunkt. Weltweit wurde darüber spekuliert, welche Auswirkungen alle diese Prozesse auf Europa und vor allem auf die DDR und nicht zuletzt auf die Sowjetunion selbst haben werden. Präsident George Bush wie auch Präsident François Mitterrand hatten in öffentlichen Erklärungen eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht ausgeschlossen. Auf diesem Hintergrund war es überfällig, dass Bundeskanzler Helmut Kohl versuchen musste, die Diskussion zu ordnen, für seine Regierung eine klare Richtung vorzugeben und die Ziele seiner Politik zu definieren. Der richtige Zeitpunkt dafür war die Haushaltsdebatte am 28. November im Deutschen Bundestag. Am Tag vorher hatte noch der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Andrej Gratschow in einem Interview festgestellt, dass „die deutsche Frage wieder auf der Tagesordnung“ stehe, „auch wenn eine Reihe von Politikern in Ost und West dies nicht so sehen wollen“.

5. Die Zehn-Punkte-Rede

Die sogenannte Zehn-Punkte-Rede schlug in Deutschland und internatio-

nal wie eine Bombe ein. Der Bundeskanzler hatte die Einigung Deutschlands als klares Ziel definiert und die Wege aufgezeigt, wie er dieses Ziel erreichen wolle. Er hatte aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die deutsche Einheit nicht vom „grünen Tisch“ aus oder „mit dem Terminkalender in der Hand geplant“ werden könne. Der Zeithorizont war bewusst offen gelassen worden. Gleichzeitig sollte der Prozess in die „künftige Architektur Gesamteuropas“ (Punkt 6) eingebettet werden. Das „Herzstück“ der gesamteuropäischen Struktur sei der KSZE-Prozess, der energisch vorangetrieben werden müsse (Punkt 8).

Der Bundeskanzler unterstrich, dass die Europäische Gemeinschaft (EG) eine „Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung“ sei und deshalb die Wiedervereinigung ein europäisches Anliegen und im Gesamtzusammenhang mit der europäischen Einigung zu sehen sei (Punkt 7). Die deutsche Einheit und die Integration Europas waren und blieben für den Bundeskanzler die zwei Seiten einer Medaille. Das eine war ohne das andere nicht möglich. „Das Handeln von Helmut Kohl am 28. November 1989 war ein Beispiel von weltpolitischer Bedeutung“, schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch „Außer Dienst“. Helmut Kohl habe die „Chance zur deutschen Vereinigung“ erkannt und „beschloss, sie zu nutzen“. So war es. In der BILD-Zeitung vom 31. Oktober 2009 dankte Helmut Schmidt „im Namen aller Deutschen“, dass Helmut Kohl „mit seinem Zehn-Punkte-Plan den Weg der deutschen Einheit eingeleitet hat“.

6. Westliche Integration als Voraussetzung für die Ostpolitik

Während seiner gesamten politischen Laufbahn war Helmut Kohl ein entschiedener Verfechter der Westintegration Deutschlands gewesen. Die Einbindung Westdeutschlands in die Atlantische Allianz 1955 und 1957 in die Europäische Gemeinschaft unter Konrad Adenauer gegen den Widerstand der SPD waren und bleiben die zwei Säulen deutscher Außenpolitik. Willy Brandts Ostpolitik wäre ohne diese Einbindung nicht möglich gewesen. Der Erfolg der EG hatte eine wichtige Funktion für die Erosionsprozesse innerhalb des Warschauer Paktes. Die EG wurde weltweit zum Vorbild für eine Politik der Versöhnung, der Freundschaft und engen Zusammenarbeit zwischen ehemaligen Erzfeinden.

Die Ostpolitik war keine Erfindung von Willy Brandt. Schon Konrad Adenauer war 1955 nach Moskau gereist. Er nahm diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf und erreichte die Rückkehr aller deutschen Kriegsgefangenen. Außenminister Gerhard Schröder (CDU) entwickelte unter Bundeskanzler Ludwig Erhard die Ostpolitik vorsichtig weiter. Im Dezember 1967 beschloss die NATO eine neue Sicherheitsstrategie. In dem sogenannten „Harmel-Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz“ hatten sich alle Mitglieder auf eine neue Doppelstrategie verständigt, in der es wörtlich hieß: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige

Ergänzung dar“. Das war eine weise Formel. Sie hat die Politik aller Bundesregierungen seit 1967 bis zur Wiedervereinigung bestimmt.

Willy Brandt hat also seine Ostpolitik nicht ohne westliches Sicherheitsnetz betrieben. CDU/CSU haben anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 den „Brief zur Deutschen Einheit“ durchgesetzt und die deutsche Frage offengehalten. Und es war Helmut Kohl, der unter Androhung seines Rücktritts als Parteivorsitzender für eine Mehrheit im Bunderrat für die Ratifizierung des Warschauer Vertrages gesorgt hatte. Er war es auch, der von Anfang an gegenüber den Ostverträgen von *pacta sunt servanda* sprach. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 in Helsinki wirkte nach Václav Havel für immer mehr Menschen in den kommunistischen Staaten wie eine Sauerstoffzufuhr. Umso unverständlicher war die Ablehnung durch die Union.

7. Ein neuer Höhepunkt des Kalten Krieges

Als Helmut Kohl 1982 Bundeskanzler wurde, hatten die Ost-West-Beziehungen einen neuen Höhepunkt des Kalten Krieges erreicht. Trotz der Entspannungspolitik in den 70er-Jahren hatte der sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew mit der Aufrüstung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen (SS 20) begonnen, die ausschließlich auf Westeuropa und auf die Bundesrepublik gerichtet waren, auf die Staaten also, die die Motoren der Entspannung und des Dialoges waren. Die Antwort der NATO war der Doppelbeschluss von 1979. Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte

bereits 1977 darauf hingewiesen, dass die sowjetische Aufrüstung Europa von der Sicherheit der USA abkopple. Doch seine eigene Partei verweigerte ihm die Gefolgschaft. Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans Dietrich Genscher setzten den Doppelbeschluss konsequent durch, unterstützt vor allem durch Präsident François Mitterrand. Das war das vorläufige Ende der Entspannungspolitik. Präsident Ronald Reagan goss mit seiner SDI-Initiative (Strategic Defense Initiative) noch zusätzliches Öl ins Feuer. Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse haben später mehrfach erklärt, dass beide westlichen Entscheidungen die sowjetische Führung zu einem Umdenken in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik veranlasst hätten. Sie wussten, dass ein neues Wettrüsten die Sowjetunion überfordern würde.

Gleichzeitig ging es Bundeskanzler Kohl nach Amtsübernahme darum, das deutsch-amerikanische Verhältnis zu verbessern. Die Beziehungen waren nicht nur wegen der innenpolitischen Kampagnen gegen den Doppelbeschluss der NATO mit großen Teilen der SPD an der Spitze ins Zwielficht geraten. Offensichtlich waren auch die persönlichen Beziehungen von Helmut Schmidt zu den beiden amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan belastet.

8. Die Europapolitik von Helmut Kohl

Im Januar 1983 übernahm Deutschland die EG-Präsidentschaft zu einem Zeitpunkt, in der die EG in einer tiefen Krise steckte. Auf dem Stuttgarter Gipfel im Juni 1983 ging es um die Neure-

gelung der Finanzierung und einer gerechteren Verteilung der Lasten, um die Eindämmung der Agrarausgaben und um den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG. Helmut Kohl gelang nach hartem Ringen mit der britischen Premierministerin Margret Thatcher und dem französischen Präsidenten François Mitterrand der Durchbruch. Die Konferenz stand mehrfach am Rande des Scheiterns.

Die Europapolitik sollte in den Folgejahren mit zu den größten Erfolgen von Helmut Kohl zählen. Gemeinsam mit Mitterrand begann er Mitte der 80er-Jahre erste Gespräche über eine Wirtschafts- und Währungsunion. Auslöser waren die wachsenden Handelsbilanzdefizite Frankreichs gegenüber Deutschland gewesen. 1985 wurde das Schengener Abkommen vereinbart. Spanien und Portugal wurden 1986 Mitglieder der EG. 1987 wurde der deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat gegründet. Eine deutsch-französische integrierte Infanterie-Brigade folgte. 1988 kam ein deutsch-französischer Finanz- und Wirtschaftsrat hinzu. Gemeinsam und in diesem Fall mit Unterstützung von Margret Thatcher wurde 1988 auf dem EG-Gipfel in Hannover der Binnenmarkt beschlossen. Unter Leitung des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors wurde unter Einbeziehung der Gouverneure des Zentralbankrates eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge für eine Wirtschafts- und Währungsunion erarbeiten sollte. Welch eine Bilanz der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Helmut Kohl und François Mitterrand waren beide zutiefst davon überzeugt, dass die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit beide Seiten stärkt und ihren Ein-

fluss in Europa und darüber hinaus erhöht.

Helmut Kohl war es in den Jahren 1982 bis 1989 gelungen, die beiden Säulen der deutschen Außenpolitik wieder zu festigen: die Atlantische Allianz und die Freundschaft zu den USA sowie die Europäische Gemeinschaft und die deutsch-französische Freundschaft. Das war die Basis für eine offensive Deutschland- und Ostpolitik und die beste Vertrauensbasis, im November 1989 das Ziel der deutschen Einheit nicht nur ins Visier zu nehmen, sondern konkret darauf hinzuwirken.

9. Enttäuschung über Präsident Mitterrand

Umso größer war die Überraschung und die Enttäuschung, von Helmut Kohl zu erfahren, wie kritisch und zurückhaltend Präsident Mitterrand und wie ablehnend Margret Thatcher auf die Zehn-Punkte-Rede reagierten. Hätte der Bundeskanzler den sowjetischen Generalsekretär und seine westlichen Bündnispartner vorab über den Inhalt seiner Rede unterrichten sollen? Das Veto Gorbatschows wäre ihm sicher gewesen. Dieser bezeichnete die Rede als ein „Diktat“. Präsident Bush hatte Kohls Rede auf seinem Schreibtisch, bevor sie gehalten wurde, nicht aber Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher.

Eine Woche vor dem Fall der Mauer war Mitterrand zu einem bilateralen Gespräch mit Helmut Kohl nach Bonn gekommen. Beide sprachen lange und intensiv über die dramatischen Vorgänge in der DDR und über die Reformprozesse in der Sowjetunion, in Polen und

Ungarn und über ihre möglichen Auswirkungen. Der Bundeskanzler hatte Mitterrand aufgefordert, in der anschließenden Pressekonferenz die französische Position zur deutschen Frage zu erläutern. Mitterrand folgte diesem Rat. Auf die Frage eines Journalisten, ob er „Angst vor einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands“ habe, antwortete er, dass er „keine Angst vor der Wiedervereinigung“ habe. Er nehme „die Geschichte, wie sie ist ... Frankreich wird seine Politik dem Verlauf der Geschichte anpassen, um im besten Interesse Europas und seiner selbst zu handeln“. Nach der Öffnung der Mauer wenige Tage später bedankte sich Mitterrand in einem Telefonat ausdrücklich beim Bundeskanzler für dessen Anregung, denn jetzt sei die französische Position zur deutschen Einheit bekannt. Er hatte sich in überraschend freundlicher und sehr klarer Weise zur deutschen Einheit geäußert. Helmut Kohl hatte sich deshalb der französischen Unterstützung von vornherein sicher sein können. Im Übrigen hätte ein französischer Präsident in einer vergleichbaren Situation niemals vorher das Votum eines Nachbarstaates eingeholt.

Wahrscheinlich hätten sowohl Bush als auch Mitterrand und Thatcher von der Zehn-Punkte-Rede abgeraten. Zu groß wäre deren Sorge über die möglichen Auswirkungen auf die Position Gorbatschows in der Sowjetunion gewesen. Hätte sich dann Kohl über einen solchen Rat hinweggesetzt, wäre der Affront noch größer gewesen. Wäre er aber einem solchen Rat gefolgt, hätte er möglicherweise eine historische Chance vertan.

Präsident Mitterrand hatte vor allem die Sorge, ob ein geeintes und größeres

Deutschland weiterhin ein verlässlicher und enger Partner Frankreichs und gemeinsam mit Paris ein Motor der europäischen Integration bleiben werde oder ob das neue Deutschland wieder einmal der Versuchung erliegen könnte, die westlichen Bindungen zugunsten einer größeren Unabhängigkeit oder gar Neuorientierung in Richtung Osten zu vernachlässigen. Bundeskanzler Helmut Kohl war sofort klar, dass er darauf reagieren musste. Die Vorbereitungen zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion waren längst beschlossen und im Gange. Es musste deshalb eine neue Initiative sein. In einem Brief vom 5. Dezember 1989 schlug Helmut Kohl dem französischen Präsidenten vor, gemeinsam eine Politische Union vorzubereiten. Sie sollte ein weiterer Schritt zur Vertiefung der Europäischen Integration sein. Paris griff diesen Vorschlag sofort auf und im April 1990 brachten Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand gemeinsam diesen Vorschlag auf dem EG-Gipfel in Dublin ein. Er mündete 1992 in den Vertrag von Maastricht über die Europäische Union ein und wurde im Amsterdamer Vertrag der EU von 1997 weiterentwickelt. Die Einführung des EURO 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld war die Krönung der Europapolitik Helmut Kohls. Er hatte damit sein Ziel, die europäische Integration unumkehrbar zu machen, praktisch erreicht.

10. Die Pariser Charta für ein neues Europa

1989/90 vollzog sich in Deutschland und in Europa eine friedliche Revolution. Geschichte wurde geschrieben. Haben wir seitdem alle Chancen genutzt,

die sich in diesen Jahren ergeben haben? Im November 1990 haben alle 35 Staats- und Regierungschefs auf dem KSZE-Gipfel in Paris die „Charta für ein neues Europa“ unterzeichnet. Sie wollten mit dieser Charta „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ einleiten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas sei zu Ende gegangen. Die Beziehungen sollen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen. In Europa soll ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ anbrechen. Gemeinsame Leitlinien wurden festgelegt, nach denen das neue Europa gestaltet werden sollte. Mit der KSZE sollte ein Mechanismus entwickelt werden, um Konfrontationen zu vermeiden, Krisen zu beherrschen und Konflikte friedlich zu beenden.

Welch eine Vision, welch ein Traum. „I have a dream ...“, begann der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King seine berühmteste Rede. Sollte ein gemeinsames, freies und demokratisches Europa von Vancouver bis Wladiwostok nicht unser Traum sein? In seiner Aachener Rede am 9. Mai 1991 erklärte der französische Präsident François Mitterrand: „Europa hatte lange nicht so viele Gründe zur Hoffnung“. 1990 ist uns Europäern zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kontinents die vielleicht unwiederbringliche Chance eröffnet worden, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, eine Gemeinschaft freiheitlicher und rechtsstaatlicher Staaten, in der jedem Mitglied seine Sicherheit garantiert ist. Nichts könnte diesen von zahllosen Kriegen durchfurchten und vom Blut von Millionen Menschen getränkten Kontinent dauerhaften Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohl-

stand gewähren als eine solche Gemeinschaft auf der Grundlage einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.

11. Die Erfahrungen von 1989/90

Aus den Erfahrungen von 1989/90 liegt eine Schlussfolgerung klar auf der Hand. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union und in der Atlantischen Allianz gehört zu unserer Staatsräson. Beide Allianzen waren die Voraussetzung dafür, dass Deutschland wieder geeint werden konnte. Das waren zwei Seiten einer Medaille. Die Europäer haben mit der EU auch den Beweis erbracht, dass Erzfeinde wie Deutschland und Frankreich enge Freunde werden können. Das hatte Wirkung auch in den Warschauer Pakt hinein. Außerdem müssen wir Deutsche wissen: Das geeinte Deutschland im Herzen Europas ist für unsere Nachbarn nur erträglich, wenn wir Partner und Verbündete in der EU und in der NATO bleiben. Viele Deutsche sind sich dessen nicht bewusst. Die Diskussionen, die wir bis heute in Polen, aber auch zum Teil in der tschechischen Republik und in anderen Nachbarländern erleben, bestätigen dies. Deutsche Alleingänge lösen sofort höchste Nervosität aus. Deshalb brauchen wir auch zukünftig die EU und die NATO für uns selbst, auch wenn unsere russischen Partner das nicht wahrhaben wollen.

Nach der Erweiterung der NATO erfolgte die Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsstaaten. Weitere Mitgliedsanwärter stehen vor der Tür. Parallel wurde die Politik der Vertiefung der Integration mit der Vollendung des

Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion und der ersten Schritte zur Politischen Union fortgesetzt und sogar intensiviert. Die Etappen sind bekannt. Alle Verträge von Maastricht bis Lissabon haben das Ziel, die Integration zu vertiefen, die Institutionen angesichts der Vielzahl der Mitgliedstaaten anzupassen und die Entscheidungsprozesse zu verbessern.

Die Europäische Union musste also seit den 90er-Jahren zwei Prozesse gleichzeitig gestalten: die Vertiefung und die Erweiterung. Es ist deshalb nicht überraschend, dass diese Entwicklung die Diskussion auslöste, ob es nicht klüger gewesen wäre, erst zu vertiefen und dann zu erweitern. Aus meiner Sicht gab es aus politischen Gründen diese Alternative nicht. Die Erweiterung war und ist eine historische Chance, die wir nicht versäumen durften. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Geschichte der EU von einer Vielzahl von Krisen geprägt ist. Das wird auch in Zukunft so sein. Aber jede Krise hat zu Fortschritten in die richtige Richtung der Integration geführt. Deshalb bin ich ein Anhänger von Krisen in der EU.

12. Offene Fragen der EU

Dennoch bleiben zwei Schlüsselfragen unbeantwortet: 1. Wie groß soll und kann die EU werden? 2. Was soll das Ziel der Integration sein? Die meisten Politiker weichen diesen Fragen aus. Sie wollen die Antwort der zukünftigen Entwicklung überlassen. Andere geben Teilantworten, wer noch Mitglied werden soll und wer nicht. Bestimmte politische Bereiche wie z.B. die Außen- und Sicherheitspolitik sollen vergemeinschaftet werden, andere politi-

sche Felder nicht. Andere wollen mehr oder weniger nur eine gemeinsame Freihandelszone wie vermutlich Präsident Klaus und die britische Conservative Party; andere wollen ein Europa der Nationen, was immer das ist, andere – meistens nur Außenseiter wie ich – wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Das stand übrigens bis 1994 im CDU-Parteiprogramm. Die Vereinigten Staaten von Europa müssten und sollten aber auch keine Kopie der USA sein.

Kein Wunder, dass die Bürger in unseren Ländern unsicher sind, was die Politiker mit der EU vorhaben. Hinzu kommt, dass Entscheidungen im Europäischen Rat bei 27 Mitgliedstaaten fast immer einen Kompromisscharakter haben. Deshalb ist es nicht überraschend, dass die gleichen Politiker, die diese Entscheidungen treffen, nach Rückkehr in ihre nationalen Parlamente ihre eigenen Entscheidungen häufig kritisieren. Dann wundern sie sich auch noch, dass die Bürger gegenüber der EU kritisch eingestellt sind und der Europawahl fernbleiben. Die meisten Richtlinien, die in Brüssel erlassen werden, sind keine Erfindungen der dortigen EU-Beamten, sondern in der Regel von den nationalen Regierungen, von Landes- und Provinzregierungen bis hin zu Wirtschaftsverbänden veranlasst worden. Die Verärgerung der Bürger, die die Politiker in der Regel selbst hervorgerufen haben, wird dann noch zum Anlass genommen, Volksabstimmungen zu verlangen. Das ist eine richtige Chuzpe.

Wir sollten uns Gedanken darüber machen, welches Ziel wir mit der EU erreichen wollen. Sollen wir mit der Vertiefung der Integration vorangehen oder das Erreichte konsolidieren? Sol-

len die, die eine föderative Union wollen, vorangehen dürfen, aber offen bleiben für alle anderen, sollten diese sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen wollen? Sollen wir also ein Europa mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten ermöglichen, wie es mit der Einführung des Euro oder beim Schengen-Abkommen bereits praktiziert wird? Dennoch: Die EU ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie ist ein Faktor der politischen Stabilität, des Friedens, der Freiheit, des Wohlstandes und der Sicherheit in Europa. Sie ist heute zum Vorbild für viele Regionen in der Welt geworden. Daran müssen wir die Bürger immer wieder erinnern.

13. Gesamteuropäische Sicherheitsordnung

Was ist aus der „Pariser Charta für ein neues Europa“ und dem KSZE-Prozess geworden? Am 1. Januar 1995 wurde die KSZE in OSZE umbenannt. Die 56 Teilnehmerstaaten haben gemeinsame Gremien und Organe eingerichtet. Es gibt einen jährlichen Außenministerat, einen Außenminister als ständig wechselnden Generalsekretär, ein Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, einen Beauftragten für die Freiheit der Medien und anderes mehr. So liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit der OSZE bei den Menschenrechten. Damit ist die OSZE für Russland in erster Linie ein Instrument der Einmischung in die inneren Verhältnisse der Mitgliedstaaten geworden. Die Klage Russlands mag uns wenig bekümmern. Besorgt sollte uns jedoch machen, dass wir dem eigentlichen Ziel einer gesamteuropä-

ischen Friedens- und Sicherheitsordnung nicht nähergekommen sind.

Es war deshalb nicht überraschend, dass der russische Präsident Dmitri Medwedew in einem Vortrag im Juni 2008 in Berlin eine „Europäische Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok“ vorgeschlagen hat. Russland hat inzwischen mehrere Prinzipien als möglichen Inhalt eines Vertrages genannt, aber blieb bewusst vage. Auf diese Weise wollte die russische Führung verhindern, dass ihre Initiative vom Westen sofort „vom Tisch geschleudert“ würde, wie ein russischer Politiker zu mir sagte. In der Tat haben die westlichen Regierungen lange nicht oder nur zögerlich und sehr allgemein reagiert. Der Vorschlag sei zu vage, war der Vorwurf. Inzwischen haben Präsident Obama und Präsident Medwedew eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet. Wir Europäer warten wieder einmal ab. Es scheint ja für uns besser zu sein, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden anstatt mitzuwirken.

14. Die Beziehungen zu Russland

Unser gemeinsames Interesse müsste sich vorrangig auf Russland richten. Wie entwickeln wir zukünftig die Beziehungen mit Russland? Die EU und Deutschland sprechen von einer strategischen Partnerschaft. Das ist bisher eine inhaltslose Formel geblieben. Die EU verhandelt gegenwärtig einen neuen Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Russland. Der letzte Vertrag blieb blutleer. Haben wir jetzt eine gemeinsame Strategie? Sollten wir nicht ein besonderes Vertragsverhält-

nis zwischen der EU und Russland anstreben? Wir könnten mit einer gemeinsamen gesamteuropäischen Freihandelszone beginnen. Der vormalige EU-Präsident Romano Prodi hatte Präsident Putin bereits einmal einen solchen Vorschlag gemacht, ihn aber nicht weiter verfolgt. Wenn Deutschland und Nord- und Mitteleuropa gegenüber Russland nicht die intellektuelle Führung übernehmen, wird es sonst keiner tun. Frankreich, Großbritannien oder Spanien sind an Russland nicht sonderlich interessiert, Italien nur wirtschaftlich.

Russland versteht sich als Teil Europas. Wie integrieren wir Russland? Wir können die vorhandenen Strukturen nutzen, um Russland einzubinden. US-Präsident Bill Clinton hatte bereits Präsident Boris Jelzin schriftlich und mündlich die Mitgliedschaft in der NATO angeboten. Für Jelzin kam das Angebot zu früh. Inzwischen haben wir den NATO-Russland-Rat. Bundeskanzlerin Angela Merkel schlug mehrfach vor, die Beziehungen zwischen der NATO und Russland weiter zu entwickeln. Wie das aussehen soll, ist bisher nicht beantwortet. Der polnische Außenminister Andrej Sakorski erklärte in einem Interview in Deutschland, dass er sich eine NATO-Mitgliedschaft Russlands durchaus vorstellen könne. Mit-

telfristig könnte das aus meiner Sicht ein Ziel sein. Wenn wir Russland nicht stärker in die vorhandenen europäischen Strukturen einbinden wollen, dann müssen wir über Alternativen nachdenken, wie sie Präsident Medwedew mit seinem Vorschlag eines neuen Vertrages über eine europäische Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok auf den Verhandlungstisch gelegt hat.

Die Jahre 1989/90 haben viele neue Chancen eröffnet. Manche haben wir genutzt, viele nicht. Dennoch haben gerade wir Europäer Anlass zur Dankbarkeit. Die Union sollte sich nicht schwer tun, Helmut Kohl dankbar zu sein. Nach der friedlichen Revolution haben sich für uns Chancen eröffnet, von denen Generationen vor uns nicht einmal zu träumen wagten. Wenn wir diese Chancen nutzen wollen, brauchen wir jetzt Politiker, Wirtschaftsführer und gesellschaftliche Eliten mit historischem Verständnis, mit Weitblick, mit der Fähigkeit, konzeptionell und strategisch zu denken, mit Mut zu entscheiden und zu handeln. Jeder von uns ist aufgefordert, mitzuarbeiten an einer friedlichen Zukunft Gesamteuropas in Freiheit und Sicherheit. Arbeiten wir für eine gemeinsame glückliche Zukunft unserer Völker in einem geeinten und freien Europa.

Der Weg zur Einheit – Die Verhandlungen des Jahres 1990

Jürgen Aretz

Mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November erreichte die dramatische Entwicklung des Jahres 1989 ihren Höhepunkt. Welche Erklärung diese Ereignisse auch immer finden mögen – letztlich sind es die Menschen in der DDR gewesen, die mit ihrem mutigen Protest die SED-Führung zu diesem Schritt gezwungen haben.

1. Einführung

Zum Zeitpunkt der Maueröffnung war in keiner Weise absehbar, dass Deutschland weniger als ein Jahr später wieder vereinigt sein würde. Eines machten schon die unmittelbaren Reaktionen auf den Fall der Mauer deutlich: In den westdeutschen Parteien und ihrem gesellschaftlichen und medialen Umfeld gab es extrem unterschiedliche Auffassungen über den weiteren Weg Deutschlands. Von Adenauer bis Kohl hatten die Christlichen Demokraten und phasenweise noch unmissverständlicher die Christlich-Sozialen auf dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen bestanden. Die deutsche Frage sei erst entschieden, wenn sie die Deutschen selbst in freier Entscheidung beantwortet hätten. Diese Politik setzte auf eine friedliche Überwindung des Status quo, die eine Verwirklichung

des Selbstbestimmungsrechtes möglich machen würde.

Die sozialdemokratische Entspannungspolitik dagegen gründete auf dem Status quo, der im Interesse des Friedens nicht in Frage gestellt werden dürfe. In diesem Sinne kam Willy Brandt in den 1980er-Jahren zu dem Ergebnis, dass die Wiedervereinigung die Lebenslüge der Bundesrepublik sei. War es bei Brandt ein Stück weit Resignation und Skepsis, die ihn zu einer pessimistischen Einschätzung der Möglichkeiten einer Wiedervereinigung kommen ließ, so war es bei anderen eine ideologische Fixierung. Egon Bahr etwa stellte noch 1988 die These auf, dass es dauerhaft zwei deutsche Staaten geben werde, „also so weit wir nach vorn sehen können. Das muss man nicht nur wissen, sondern man muss es auch sagen und sogar wollen.“ Die

Deutschen hätten „Wichtigeres zu tun“ als „die deutschen Staaten zusammenzuführen“.¹

Die unterschiedlichen Auffassungen wurden überdeutlich am Tag nach der Maueröffnung, als der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), auf einer Großveranstaltung erklärte, es gehe nicht um die Wiedervereinigung, sondern um ein Wiedersehen. Helmut Kohl rief in derselben Veranstaltung den Menschen in der DDR zu: „Ihr steht nicht alleine, wir sind und bleiben eine Nation, und wir gehören zusammen.“² Die folgende Entwicklung bis zum 3. Oktober 1990 und darüber hinaus die Gewinnung und die Gestaltung der deutschen Einheit wurde immer wieder durch diesen Gegensatz beeinflusst und bestimmt.

2. Der Wandel in der DDR

In der DDR suchte die SED, die wenige Wochen nach der Maueröffnung ihrem Namen die Bezeichnung „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED/PDS) hinzufügte, mit allen Mitteln ihr Machtmonopol zu erhalten. Als schließlich die Machtteilung und die Aufnahme demokratischer Parteien und Gruppierungen in die DDR-Regierung unvermeidlich wurden, ging es der SED/PDS um Zeitgewinn. Die Installierung einer demokratischen Regierung sollte hinausgeschoben werden, um Strukturen zu errichten, die soviel politischen Einfluss wie möglich über den Tag hinaus sichern sollten und ebenso die materielle Absicherung vieler Parteigänger.

In den demokratischen Gruppierungen der DDR bestand keineswegs Einigkeit

darüber, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten erstrebenswert sei. Vielmehr glaubten nicht wenige Intellektuelle an eine bessere DDR, die einen Weg zwischen der sozialistischen Diktatur und der Herrschaft des Kapitals, zwischen Ost und West finden sollte. Die von vielen Idealisten geführten Diskussionen am Runden Tisch, der freilich nicht durch allgemeine Wahlen legitimiert war, gingen zum Teil in diese Richtung. Die Transparente der Demonstranten zeigten hingegen, dass die überwältigende Mehrheit in der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland den einzig gangbaren Weg sahen. Nur so schien es möglich, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand dauerhaft auch für die Menschen in der DDR zu sichern.

Helmut Kohl vertrat am 10. November 1989 in Berlin keine andere Haltung als die, die er etwa im September 1987 bei dem Besuch des DDR-Staats- und Parteichefs Honecker in Bonn unmissverständlich geäußert hatte. Seine Grundsatzzpositionen verband er mit praktisch-pragmatischer Politik. Schon vor der Maueröffnung hatte er der DDR die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Hilfe signalisiert, falls sie sich auf den Weg der Reform begeben und das Machtmonopol der SED aufgeben würde.

Am 28. November 1989 überraschte Kohl die deutsche und internationale Öffentlichkeit mit seinem Zehn-Punkte-Programm, das er im Deutschen Bundestag vortrug. Er benannte die zentralen Punkte – von den innenpolitischen Reformen in der DDR über die wirtschaftliche Situation bis hin zu den internationalen Aspekten –, die eine positive Zukunftsgestaltung möglich

machen würden. Er ließ aber erneut keinen Zweifel daran, dass „die Wiedervereinigung, d.h. die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ das politische Ziel der Bundesregierung bleibe.³ Mit Kohls Zehn-Punkte-Programm nahm der Einigungsprozess Fahrt auf, auch wenn er einen Zeitplan – und das war eine Stärke des Konzepts – nicht vorgelegt hatte. Aber er hatte die Initiative an sich gezogen, und er sollte sie bis zum Ende des Einigungsprozesses nicht mehr abgeben.

In der SPD löste Kohls Vorstoß offene Uneinigkeit aus; während es im Bundestag spontane Zustimmung gab, führte die anschließende innerparteiliche Diskussion zu zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen. Dieser Streit hatte zur Folge, dass die Partei den Einigungsprozess nur marginal mitgestalten konnte. Besonnene Persönlichkeiten wie Hans-Jochen Vogel haben die westdeutsche SPD vor einem Versagen in historischer Stunde bewahrt.⁴

Selbst außerhalb Deutschlands wurde die Situation schon früh sehr viel realistischer eingeschätzt als in Teilen der Opposition. Anfang Dezember 1990 besuchte eine Delegation des US-Senats Berlin. Der sie begleitende Botschafter Vernon Walters legte sich gegenüber der Bundesministerin Dorothee Wilms fest: „Frau Minister, Sie werden die Einheit viel früher erhalten als jetzt angenommen wird.“⁵

Die DDR-Führung kämpfte bereits seit längerer Zeit mit einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation. Ende Oktober 1989 hatte Gerhard Schürer, der Wirtschaftsexperte des Politbüros der SED, eine ernüchternde Analyse vorgelegt: Ohne weitere Kredite werde der

Lebensstandard in der DDR schon im kommenden Jahr um 25–30% sinken und die DDR unregierbar machen. Kohl lehnte wiederholt Überbrückungshilfen ab, die er nur einer demokratisch legitimierten DDR-Regierung geben wollte.

3. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Die ersten und zugleich letzten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 führten zu einem nicht erwarteten Erfolg der CDU und der mit ihr verbündeten Parteien. Ihr Kandidat Lothar de Maizière bildete eine Koalitionsregierung, die auch die DDR-Sozialdemokraten einschloss und über eine breite Mehrheit in der Volkskammer verfügte. Am 19. April gab Lothar de Maizière seine Regierungserklärung ab: Die deutsche Einheit müsse „so schnell wie möglich kommen“, sagte er und machte deutlich, dass er für die Anwendung des Art. 23 des Grundgesetzes sei. Damit waren auch die Gedankenspiele bezüglich eines dritten Weges für die DDR faktisch beendet. In der Tat musste es angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage aus der Sicht der DDR um eine rasche Verwirklichung des Beitritts gehen. Der neue Ministerpräsident nannte als weitere Regierungsziele eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, die Wiederherstellung der 1952 abgeschafften Länder und den Abschluss einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik innerhalb von acht Wochen. Dabei sollte die Währung der DDR im Verhältnis 1:1 zur D-Mark umgestellt werden.

Kohl hatte der Regierung Modrow schon Anfang Februar Verhandlungen

über eine solche Union angeboten. Unmittelbar vor seinem Aufbruch zu der, wie sich herausstellen sollte, vor entscheidenden Moskau-Reise legte er damit gegenüber der sowjetischen Führung noch einmal die Wiedervereinigung als das eigentliche politische Ziel seiner Regierung offen. Am 10. Februar 1990 erhielt der deutsche Bundeskanzler von dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow erstmals das Signal, dass er sich der Wiedervereinigung der Deutschen grundsätzlich nicht entgegenstellen werde.

Dass die Bundesregierung im April 1990 rasch auf de Maizières Vorstellungen einging, resultierte keineswegs nur aus dem Verständnis für die sich zuspitzende wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR: Faktisch wurde die DDR-Mark immer mehr durch die D-Mark verdrängt, es gab einen Mangel an Produktions- und auch an Nahrungsmitteln. Die massive Abwanderung aus der DDR drohte indes auch die Bundesrepublik zu überfordern, für die 1989 eines der besten wirtschaftlichen Jahre überhaupt gewesen war. Bis zum Frühjahr 1990 waren binnen zwölf Monaten rund 400.000 Deutsche aus der DDR gekommen. Die Übersiedler hatten Anspruch auf volle Sozialleistungen, es fehlten Wohnungen und Arbeitsplätze. Gleichzeitig begann in der Bundesrepublik eine infame Angst- und Neidkampagne. Der SPD-Vorsitzende Lafontaine forderte, die DDR-Bürger von Sozialleistungen auszuschließen und der niedersächsische SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder hatte bereits früher unter Anspielung auf die Rechte der Alteingewanderten geäußert, wer später komme, müsse sich hinten anstellen.⁶

Die Verhandlungen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die nichts anderes als eine Vorfestlegung auf die deutsche Einheit bedeutete, wurden zügig aufgenommen. Am 16. Mai einigten sich der Bund und die Länder über die Finanzierung der deutschen Einheit. Ein Fonds in Höhe von 115 Mrd. D-Mark wurde eingerichtet, der im Staatsvertrag verankert wurde und als Hilfe für die neuen Länder in den nächsten vier Jahren vorgesehen war.

Ordnungspolitisch mussten zwei Systeme zusammengeführt werden, von denen Honecker 1987 zutreffend gesagt hatte, dass sie sich wie Feuer und Wasser gegenüberstanden. Auch der Unterschied in der Wirtschaftsleistung war gewaltig. Nicht weniger gilt das für die Prinzipien und die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme; Sozialversicherung, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, Rente, Sozialhilfe und – ganz neu für die Menschen in der DDR – die Kriegsopferversorgung mussten eingeführt bzw. übertragen werden. Ohne Frage hat die Erhöhung der Zahl der Leistungsbezieher das (west-)deutsche Sozialsystem, das sich bereits in einer angespannten Lage befand, weiter geschwächt. Eine Alternative zu der Sozialunion gab es allerdings nicht – sie hat entscheidend zur Akzeptanz des Einigungsprozesses beigetragen, der für die Menschen in der DDR mit so vielen Herausforderungen und Anpassungszwängen verbunden war.

Der Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurde am 18. Mai unterzeichnet und einen Monat später von den Parlamenten angenommen. Im Bundesrat stimmten die Ministerpräsidenten des Saarlandes

und Niedersachsens, Lafontaine und Schröder, gegen den Vertrag. Skepsis gab es auch unter den Arbeitgebern und Gewerkschaften. Kohl hätte es bevorzugt, die Sozialstaatsregelungen schrittweise zu übertragen. Dem aber widersprachen die Forderungen der DDR-Regierung und die Einflussnahme westdeutscher Sozialdemokraten und Gewerkschaften.

Vor den Kursturbulenzen des Winters 1989/90 betrug der inoffizielle Wechselkurs der nicht konvertiblen DDR-Mark zur D-Mark 4:1. Er stieg um die Jahreswende auf ein Verhältnis von bis zu 20:1, mit anderen Worten: Für eine DDR-Mark gab es fünf D-Pfennige. Ein zentraler und hochsensibler Punkt war daher die Währungsparität. Der Vertrag sah vor, dass Löhne und Gehälter sowie die Renten im Verhältnis 1:1 umgestellt werden sollten. Das galt auch mit gewissen Grenzen für die Sparguthaben, wobei ältere Menschen höhere Beträge umtauschen konnten. Forderungen und Verbindlichkeiten, etwa solche von Betrieben, wurden im Verhältnis 1:2 umgestellt. Damit ergab sich ein Gesamtumtauschkurs von 1:1,8.

Das war ohne Frage kein Kurs, der den ökonomischen Realitäten in der DDR entsprach. Bundesbankpräsident Pöhl und Bundesfinanzminister Waigel hatten anfänglich auch widersprochen, waren aber den politischen Notwendigkeiten gefolgt. Sie wurden nicht zuletzt bestimmt durch die öffentlichen Forderungen der DDR-Regierung und die dadurch ausgelösten Erwartungen. Teile der SPD hatten überdies eine weitgehende Streichung der betrieblichen Schulden gefordert. Tatsächlich befand sich die DDR, die u.a. Oskar Lafontaine zu den zehn stärksten Industrienatio-

nen rechnete, in einem katastrophalen ökonomischen Zustand. Schürer hatte darauf eindrucksvoll hingewiesen – freilich in einem geheimen Papier, das zu diesem Zeitpunkt der Bundesregierung noch nicht vorlag. Im Sommer 1990 gingen weite Teile der westdeutschen Öffentlichkeit, aber selbst seriöse Fachleute von viel zu optimistischen Einschätzungen aus. Detlev Karsten Rohwedder, der später von Linksextremisten ermordete Präsident der Treuhand-Anstalt, unterstellte Mitte 1990 noch ein Netto-Industrievermögen der DDR von 600 Mrd. D-Mark; gut vier Jahre später verzeichnete die Abschlussbilanz der Treuhand ein Defizit von 250 Mrd. D-Mark.

Letztlich ist es das schwere ökonomische und ökologische Erbe der DDR gewesen, das die Überwindung der Teilung so teuer gemacht hat. Zu den Gewinnern der Einheit gehörten – das war gerade auch für die Bundesregierung ein Ausdruck der Solidarität – vor allem diejenigen, denen keine aktive Berufszeit mehr blieb, um die Vorteile des Systems der Marktwirtschaft nutzen zu können, nämlich die Rentner. Ihre durchschnittliche Monatsrente stieg innerhalb von fünf Jahren von 600 DDR-Mark auf 1.400 D-Mark.

4. Die Verhandlungen über den Einigungsvertrag

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, in dessen Präambel es hieß, er stelle „einen ersten bedeutsamen Schritt in Richtung auf die Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes“ dar, war am 1. Juli 1990 die Einheit Deutsch-

lands grundgelegt, aber noch keineswegs besiegelt. Dies musste in einem zweiten Staatsvertrag erreicht werden. Kohl hat das in seinen Erinnerungen damit erklärt, dass der alternative Weg die Verabschiedung einer größeren Zahl von Überleitungsgesetzen gewesen wäre. Das hätte viel Zeit erfordert und die Unsicherheit der Menschen in der DDR wohl noch vergrößert.⁷

Die Verhandlungen über den Einigungsvertrag unterschieden sich von dem ersten Staatsvertrag protokollarisch und politisch deutlich. Sie begannen am 6. Juli 1990 in Ostberlin. Die Delegation der Bundesrepublik wurde angeführt durch den Bundesminister des Innern, Wolfgang Schäuble. Sein Ressort hatte die Federführung bei den vorbereitenden Abstimmungen, in denen sich die Bundesregierung über die Grundstrukturen des Vertrages verständigte. Schäuble war überdies als früherer Chef des Kanzleramtes für die Beziehungen der Bundesrepublik mit der DDR zuständig gewesen, brachte also wertvolle Erfahrungen mit. Zu der westdeutschen Delegation gehörten ferner Staatsminister und Staatssekretäre verschiedener Ressorts sowie Vertreter der Länder.

Bei der Eröffnung der Verhandlungen kam es für die westdeutsche Seite zu einer Überraschung. Entgegen informellen Absprachen erschien als DDR-Verhandlungsführer Ministerpräsident Lothar de Maizière, an seiner Seite Staatssekretär Günther Krause, der bei der Vorbereitung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ausgezeichnete Arbeit geleistet hatte und als eigentlicher Delegationschef erwartet worden war. Zu den Beratern des Ministerpräsidenten gehörte sein aus der

Bundesrepublik stammender Vetter Thomas de Maizière, der heutige Bundesminister des Innern. Die gute Zusammenarbeit bei den Verhandlungen über den ersten Staatsvertrag hatte Schäuble veranlasst, Krause das vertrauliche Vorbereitungspapier der Bundesregierung für den Einigungsvertrag vorab zur Kenntnis zu geben.

Die rasche Abfolge der dramatischen Ereignisse und die Intensität des Prozesses mag dazu beigetragen haben, dass die meisten, besonders westdeutsche Verhandlungsteilnehmer, eine eher nüchterne und professionelle Haltung zeigten. Lothar de Maizière dagegen war anzumerken, dass ihn die Bedeutung dieser historischen Stunde auch persönlich sehr bewegte. Für ihn ging es nicht nur um einen zweiten Staatsvertrag. Er wollte dieses Vertragswerk sehr bewusst Einigungsvertrag nennen. De Maizière verband damit einen programmatischen Anspruch: Der Vertrag wurde aus seiner Sicht von zwei gleichberechtigten Partnern geschlossen. Da aber einer der beiden Partner mit dem Abschluss der Verhandlungen völkerrechtlich untergehe, so seine Argumentation, müssten die Interessen dieses Partners besondere Berücksichtigung finden. So erwartete er u.a., dass die im ersten Vertrag offengebliebenen Vermögens- und Eigentumsfragen abschließend geregelt werden sollten.

Während es in der Volkskammer heftige Debatten und konkrete Vorstöße gab, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes unverzüglich zu vollziehen, vertrat de Maizière eine andere Position. Er wollte die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen getrennt durchführen und den Beitritt danach erklären. Zur Be-

gründung führte er u.a. organisatorische Schwierigkeiten an. Schäuble hielt dagegen, dass eine Beitrittserklärung der Volkskammer mit anschließenden gemeinsamen Bundestagswahlen der bessere Weg sei. De Maizières Verfahrensvorschlag hätte eine erhebliche Verzögerung zur Folge gehabt und möglicherweise auch Diskussionen über die Legitimation des Beitritts ausgelöst.

Sehr rasch kam er auf Fragen, denen von westdeutscher Seite eher symbolische Bedeutung beigemessen wurden, die für ihn aber erkennbar einen zentralen Stellenwert hatten. Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages, so de Maizières, solle der Begriff Bundesrepublik Deutschland aufgegeben und durch Deutsche Bundesrepublik oder Bund Deutscher Länder ersetzt werden. Unter Bezug auf seine musikalische Fachkompetenz – der Jurist de Maizières hatte zunächst Musik studiert – überraschte er die Konferenzteilnehmer mit einem weiteren Vorschlag. Die deutsche Nationalhymne, die Haydn-Melodie mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes von Hoffmann von Fallersleben, lasse sich problemlos ergänzen durch die erste Strophe der von Johannes R. Becher verfassten DDR-Hymne „Auferstanden aus Ruinen“. Deren Text wurde in der DDR seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr gesungen, weil die SED-Führung eine gemeinsame deutsche Nation inzwischen ablehnte und die DDR als sozialistische Nation definierte. Künftige Hauptstadt, so der DDR-Ministerpräsident, müsse selbstverständlich Berlin sein. Schäuble erwiderte schon leicht ironisch, die schwarz-rot-goldene Flagge könne aber doch wohl so bleiben.⁸

De Maizières Vorstöße waren ernst gemeint. Hinter vorgehaltener Hand erschienen sie einigen Mitgliedern der westdeutschen Delegation schon fast skurril. Tatsächlich handelte de Maizières bewusst: Wenn schon inhaltlich von der in 40 Jahren gewachsenen DDR-Identität kaum etwas Nennenswertes in den Vertrag eingebracht werden konnte, so sollten wenigstens die Symbole des wiedervereinigten Deutschlands verändert werden, auch, um den Bruch mit der bisherigen bundesrepublikanischen Kontinuität zu demonstrieren. Vielleicht wollte er auf diese Weise die Akzeptanz in Teilen der DDR-Bevölkerung erhöhen. Man tut aber de Maizières wohl nicht Unrecht, wenn man ihm eine emotionale und politische Ferne zu der von ihm als rheinisch und katholisch wahrgenommenen alten Bundesrepublik attestiert. Diese damalige Wahrnehmung entspricht inzwischen einem erfolgreich tradierten Klischee.

Lothar de Maizières sah sich während der Verhandlungsrunden einem wachsenden Druck ausgesetzt. Wirtschaftlich spitzte sich die Situation in der DDR zu und der Ruf nach einem raschen Beitritt wurde immer lauter. Er korrigierte abrupt seinen ursprünglichen Kurs und suchte auch Kohl zu einem vorgezogenen Beitritt zu bewegen. Der Bundeskanzler zeigte sich angesichts des plötzlichen Sinneswandels irritiert, setzte aber seine von nüchternen Überlegungen bestimmte Linie unverändert fort. Das galt auch für den Zeitplan.

Schon in der ersten Runde war deutlich geworden, dass die Verhandlungen nicht zu einem raschen Abschluss führen würden. Von der Rechtsanglei-

chung, der Eigentumsproblematik, der künftigen Finanzverfassung, dem Umgang mit den Stasi-Akten, der Frage der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs bis hin zur Diskussion über die Hauptstadt waren zahlreiche Problemfelder zu überwinden. Dennoch gelang es, diese gewaltige Aufgabe in vier Verhandlungsrunden und in einem Zeitrahmen von weniger als acht Wochen zu bewältigen – im Rückblick eine fast unwirklich erscheinende Tatsache.

Nach den Erfahrungen der ersten Verhandlungsrunde konnte nicht davon ausgegangen werden, dass alle Fragen zur beiderseitigen Zufriedenheit geklärt werden würden. So kam es in der Hauptstadtfrage zu einer Lösung, die von weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung zunächst nicht mitgetragen wurde, und bei der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs galt für eine Übergangszeit im Beitrittsgebiet die alte DDR-Fristenregelung. In der Frage der Stasi-Unterlagen gab Kohl seine ursprüngliche Ansicht auf und schloss sich der Position an, die von den Stasi-Opfern vertreten wurde. Sie hatten eine besondere Legitimation, über den Umgang mit ihren Akten zu entscheiden.

Kontroverse Reaktionen lösten die Regelungen der Eigentumsfrage aus. Aus rechtsstaatlichen Erwägungen setzte die Bundesregierung bei den von der DDR vorgenommenen Enteignungen den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ durch, wobei es unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen geben sollte. Anders verhielt es sich bei den Enteignungen der sowjetischen Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1949. Sie wurden auf Druck der DDR anerkannt, die sich auf aktuelle

sowjetische Forderungen berief. Darüber kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen mit den Betroffenen. Das angerufene Bundesverfassungsgericht entschied später im Sinne des Einigungsvertrages. Dieses Urteil wird von den Enteigneten bzw. ihren Nachfahren bis heute in Frage gestellt.

In der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 stimmte die Volkskammer der DDR über den Einigungsvertrag ab. Mehr als vier Fünftel der Abgeordneten votierten für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 des Grundgesetzes mit Wirkung zum 3. Oktober 1990. Die überwältigende Mehrheit, die dieser Antrag in der Volkskammer gefunden hatte, belegt, dass die unter demagogischer Anspielung auf die Ereignisse von 1938 formulierte These vom „Anschluss“ nichts anderes ist als der Versuch, den demokratischen Willen der Menschen in der DDR zu diffamieren. Einer Äußerung des Bundestages und des Bundesrates zu der Beitrittserklärung bedurfte es nach der verfassungsrechtlichen Lage nicht. Der Einigungsvertrag selbst wurde mit großen Mehrheiten ratifiziert.

5. Die außenpolitischen Regelungen

Die Einigung der beiden deutschen Staaten oder, wie es in der Bundesrepublik verfassungsrechtlich korrekt geheißen hatte, der beiden Staaten in Deutschland, ging im Sommer 1990 zügig voran. Der Prozess war freilich nicht nur eine bilaterale Angelegenheit zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Er vollzog sich unter schwierigen außenpolitischen Bedingungen, setzte doch die Wiedervereinigung

Deutschlands die Zustimmung der Siegermächte des 2. Weltkriegs voraus, die immer noch über Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes verfügten. Die Wiedervereinigung bedeutete auch aus der Sicht mancher befreundeter Nachbarn eine Neujustierung des europäischen Gleichgewichts. Uneingeschränkte Zustimmung fand Deutschland nur durch die spanische Regierung unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe González.

Polen forderte nachdrücklich die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze. In der Bundesrepublik wurde die Diskussion darüber besonders von der SPD zeitweise so geführt, als ob der Hauptgegenstand der Erörterung die Grenzfrage und nicht die Wiedervereinigung sei. Das war umso befremdlicher, als Kohl keinen Zweifel an seiner Position gelassen hatte. Für ihn war die Grenze ein Ergebnis des 2. Weltkrieges, das 1990 nicht (mehr) in Frage gestellt werden konnte. Nach seiner Überzeugung war aber nur das wiedervereinigte Deutschland berechtigt, eine völkerrechtlich abschließende Regelung zu treffen. Den beiden Teilstaaten blieb nur die Möglichkeit vorheriger politischer Absichtserklärungen. So ist dann auch verfahren worden. Kohl hat mit seiner Strategie indirekt nach Warschau signalisiert, dass die Wiedervereinigung Deutschlands gerade wegen der Grenzfrage auch im Interesse Polens war.

Von den Siegermächten des 2. Weltkriegs hatten sich nur die USA unter Präsident Bush sen. uneingeschränkt auf die Seite Deutschlands gestellt. Dagegen zeigte sich der französische Staatspräsident François Mitterrand,

der noch im Dezember 1989 der DDR unter Ministerpräsident Modrow einen offiziellen Staatsbesuch abgestattet hatte, lange zögerlich und unentschlossen. Die britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher sperrte sich mehr oder weniger offen gegen die Wiedervereinigung, ungeachtet aller früheren Beteuerungen und der vertraglichen Verpflichtungen, die auch britische Regierungen zugunsten des deutschen Selbstbestimmungsrechtes eingegangen waren.

Die Schlüsselrolle in der deutschen Frage fiel freilich der Sowjetunion und ihrem Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow zu. Nach anfänglichen Irritationen hatte Kohl in den vorangegangenen Jahren ein persönliches Vertrauensverhältnis zu ihm aufgebaut, das sich angesichts seiner Sorge um die Lage in der DDR und Kohls Zusicherungen im Herbst 1989 bewährt hatte. Die kritische Lage in der DDR, die politischen und ökonomischen Probleme in der Sowjetunion und Gorbatschows Hoffnung auf die Unterstützung Deutschlands sowie das persönliche Verhältnis der beiden Staatsmänner trugen entscheidend dazu bei, dass der Bundeskanzler im Februar 1990 in Moskau die grundsätzliche Zustimmung Gorbatschows zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen erlangte. Das war eine Voraussetzung für das Gelingen des sog. „2+4 Prozesses“, der am 12. Februar 1990 begann. Die Außenminister der vier Siegermächte sowie der DDR und der Bundesrepublik berieten in den folgenden Monaten über die außenpolitischen Rahmenbedingungen der deutschen Wiedervereinigung. Es galt im Besonderen, die grundsätzlichen Fragen der Souveränität sowie der Bündniszugehörigkeit des

wiedervereinigten Deutschlands zu regeln sowie die Truppenstärke der Bundeswehr und den Abzug alliierter bzw. sowjetischer Truppen aus Berlin bzw. Deutschland unter Einschluss der Waffenarsenale.

Das Jahr 1990 war angesichts der epochalen weltpolitischen Veränderungen geprägt durch eine Vielzahl von Begegnungen der Staatspersönlichkeiten und internationalen Konferenzen. Einen Höhepunkt erreichten sie im Juni/Juli 1990, als sich die EG in Dublin, die NATO in London und die G7-Wirtschaftsmächte in Houston zu Gipfelkonferenzen trafen. Diese Konferenzen führten zu entscheidenden Weichenstellungen.

Kohl konnte zwar in Dublin eine wirtschaftliche Soforthilfe der EG für die Sowjetunion nicht durchsetzen, weil Margaret Thatcher zuvor ökonomische Reformen in der Sowjetunion verlangte. Die Botschaft für Moskau aber war eindeutig: Auf Kohl war Verlass. Die Neuorientierung der NATO unter Einschluss eines Kooperationsangebotes an die Sowjetunion sowie die Signale des Weltwirtschaftsgipfels, die Reformbewegungen in der Sowjetunion und in Mitteleuropa zu unterstützen, verfehlten ihre Wirkung nicht. Kohl wurde von Gorbatschow kurzfristig nach Moskau und von dort in den Kaukasus eingeladen. Hier gelang der Durchbruch. Die Sowjetunion gab die Forderung auf, Deutschland auch in Zukunft unter einen Sonderstatus mit eingeschränkter Souveränität zu stellen. Deutschland, so die neue Position der Sowjetunion, sollte in allen, auch sicherheitspolitischen Fragen, uneingeschränkt und souverän entscheiden können. Im Klartext hieß das: Die Sow-

jetunion fand sich damit ab, dass das wiedervereinigte Deutschland in gleicher Weise der NATO angehören würde wie zuvor die alte Bundesrepublik. Die Einigung ging selbst über die Position des deutschen Außenministers hinaus, der in der Frage der Ausdehnung des NATO-Gebiets und der Truppenstärke der Bundeswehr eine Ansicht vertreten hatte, die Kohl verstimmt. Das von ihm erreichte Endergebnis war günstiger als Genschers Ausgangsposition.

Während des Jahres 1990 hat Kohl den sowjetischen Staats- und Parteichef wiederholt materiell unterstützt. Zu umfangreichen Nahrungsmittellieferungen kamen finanzielle Hilfen für die Sowjetunion. Tatsächlich hing die Einheit Deutschlands buchstäblich jeden Tag davon ab, dass Gorbatschow nicht gestürzt wurde. Die weitere Entwicklung der Sowjetunion im folgenden Jahr bestätigte überdeutlich, dass das Zeitfenster für die Wiedervereinigung jederzeit hätte zuschlagen können. Kohl stand also unter einem doppelten Beschleunigungsdruck, nämlich der unsicheren Lage in der Sowjetunion und dem Druck, der sich, wie die Volkammerdiskussionen zeigten, in der DDR aufbaute. Die später aufgekommene Kritik, man hätte den Wiedervereinigungsprozess entschleunigen sollen, um Zeit für Übergangsphasen zu gewinnen, geht daher von falschen historischen Voraussetzungen aus.

Die finanziellen Hilfen für die Sowjetunion beliefen sich zunächst auf fünf Milliarden D-Mark, einen Bankenkredit, den die Bundesregierung verbürgte. Im September erfolgte eine Zusage über zwölf Milliarden D-Mark und einen zweiten (zinslosen) Kredit über drei

Milliarden D-Mark, die für die Stationierung und die Abzugskosten der sowjetischen Armee aus Deutschland eingesetzt wurden. Andere, vergleichsweise geringere Leistungen kamen hinzu. Deutschland gewann dafür seine Einheit, die Beseitigung der gefährlichsten Grenze in Europa und die Perspektive auf gutnachbarschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion.

Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der vier Siegermächte sowie der Bundesrepublik und der DDR den „2+4-Vertrag“. Die Alliierten des 2. Weltkrieges gaben ihre Sonderrechte in Bezug auf Berlin sowie auf Deutschland als Ganzes endgültig

auf. Die Sowjetunion sagte zu, bis 1994 alle Truppen und Waffensysteme, darunter eine hohe Zahl von nuklearen Sprengköpfen, aus Deutschland abziehen.

Deutschland hatte 45 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation seine volle Souveränität wiedererlangt. Der Weg zur Wiedervereinigung war endgültig frei. Der 3. Oktober 1990, dessen Jahrestag zum neuen Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland wurde, war der wohl glücklichste Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die überschwänglichen Feiern der Menschen in allen Regionen Deutschlands belegten dies eindrucksvoll.

Anmerkungen

- ¹ Bahr, Egon: Rede über das eigene Land: Deutschland, in: Egon Bahr, Sicherheit für und vor Deutschland, München 1991, S.141.
- ² Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S.971.
- ³ Ebd., S.991ff.
- ⁴ Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die

- Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.
- ⁵ Eigene Aufzeichnungen.
- ⁶ In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8.11.1989.
- ⁷ Kohl, Helmut: Erinnerungen 1990–1994, München 2007, S.189f.
- ⁸ Eigene Aufzeichnungen.

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990

Tilman Mayer/Lutz Haarmann

„Deutschlandpolitik war Chefsache.“¹ Mit diesem Diktum des Politikwissenschaftlers Karl-Rudolf Korte lässt sich die Zentrierung der deutschlandpolitischen Entscheidungskompetenz auf bundesdeutscher Seite treffend in einem Satz charakterisieren. Der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt waren in der Deutschlandpolitik die zentralen Schaltstellen. Das Bundeskanzleramt war Hauptgesprächspartner für die DDR. Hier waren die deutschlandpolitischen Zuständigkeiten gebündelt. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hingegen besaß lediglich koordinierende Funktionen, eine eigene, operative Zuständigkeit besaß es nur in humanitären Angelegenheiten wie z.B. der Familienzusammenführung.

1. Einführung

In den folgenden Überlegungen zur Geschichte der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen ihrer Gründung 1949 und der Wiedervereinigung 1990 wird von fünf verschiedenen Phasen ausgegangen: In der ersten Phase, der Ära Konrad Adenauers 1949–1963, gab es zunächst keine Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands. In der zweiten Phase, der Übergangsphase bzw. der Phase der Neuorientierung unter Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger, etwa 1963–1969, kam es zu vorsichtigen Kontaktversuchen beider deutscher Teilstaaten. In der dritten Phase zwischen 1969 und 1982 unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt wurde durch die sozialliberale „neue“ Ost- und Deutschlandpolitik ein innerdeutsches Beziehungsnetz besonderer Art

gespannt. Auch nach der Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl – vierte Phase – ab 1982 riss dieses Netz nicht. Vielmehr lässt sich eine „Phase der Intensivierung der innerdeutschen Beziehungen“ bzw. des normativen Abstands zum SED-Regime feststellen.² Als fünfte deutschlandpolitische Phase lässt sich die Zeit von der deutschen Revolution im Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung 1990 charakterisieren.³

2. Inakzeptanz: Die Phase der Nichtbeziehungen in der Ära Konrad Adenauers 1949–1963

Die deutsche Teilung war ursächlich dem Ende der Siegerallianz des Zweiten Weltkrieges und dem Heraufziehen des Kalten Krieges geschuldet. Die Siegermächte waren unterschiedlicher Auffassung über das Vorgehen gegenüber

dem besiegten Deutschen Reich und handelten entsprechend ihrer politischen Vorstellungen in ihren jeweiligen Besatzungszonen.⁴ Das geteilte Deutschland war Nahtstelle der sich feindlich gegenüberstehenden Blöcke, die auch Europa teilten. Die entstehende Bundesrepublik wurde sehr bald ein Bollwerk gegen den sich mit sowjetischer Hilfe in Osteuropa ausbreitenden Kommunismus. Beide 1949 gegründeten Teilstaaten erhoben den Alleinvertretungsanspruch gegenüber dem jeweils anderen, der sowohl im Grundgesetz als auch in der DDR-Verfassung verankert worden war. Die Bundesrepublik Deutschland wollte auch für die DDR-Deutschen sprechen, da diesen teilungsbedingt die Mitwirkung an der Ausarbeitung des Grundgesetzes versagt geblieben ist.⁵

Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) verfocht seit 1949 einen außenpolitischen Kurs der Westbindung und lehnte jegliche Form einer Schaukelpolitik ab. Mit der politischen Verankerung des freien Teils Deutschlands, der Bundesrepublik, in Westeuropa und Nordamerika verfolgte er seine Nahziele: Frieden und Sicherheit, Wiederaufbau und Wohlstand, Gleichberechtigung und Wiedererlangung der Souveränität. Die Westintegration stellte für Adenauer auch den einzig denkbaren Weg hin zur Lösung der deutschen Frage dar. Mit einer Politik der Stärke sollte ein geeinter Westen gegenüber der Sowjetunion in den möglichen Verhandlungen über die deutsche Einheit Druck aufbauen können, um so die östliche Führungsmacht zu Zugeständnissen im Zuge einer Überwindung der deutschen Teilung zu bewegen. Die Westbindung war für Adenauer auch eine Wertefrage: eine Wiedervereini-

gung ohne Freiheit für das gesamte deutsche Volk stand für ihn nicht zur Debatte⁶. Im Gegensatz zum Bundeskanzler verfocht der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher einen sog. Dritten Weg. Schumacher, überzeugter Sozialist und Antikommunist, baute auf einen wirtschaftlich starken Weststaat, der eine magnetische Anziehung auf die Ostzone bzw. spätere DDR ausüben würde, was zu einer zwangsläufigen Wiedervereinigung führen sollte (Magnettheorie). Durch die Westbindung sah er seine deutschlandpolitischen Ziele gefährdet, da diese für ihn nicht auf die direkte Einheit zielte.⁷ Auch aus den Reihen der eigenen Partei erfuhr Adenauers Konzept der Westbindung Widerspruch. Zu nennen wäre an dieser Stelle Jakob Kaiser, von den Sowjets aus dem Amt gedrängter ehemaliger Vorsitzender der Ost-CDU und späterer erster gesamtdeutscher Minister im Kabinett Adenauers. Kaiser wollte verhindern, dass sich die ehemaligen Westzonen in Gestalt der Bundesrepublik zu vorschnell an eine Seite binden würden. Das von ihm und seinen Beratern entwickelte Konzept sah Deutschland bis 1947 dabei als Brücke zwischen Ost und West. Neben einem innenpolitisch-taktischen „christlichen Sozialismus“ sollte die CDU als transzonale Gruppierung hervortreten. Kaisers Kurs fand nicht die gewünschte Resonanz, das Konzept der sofortigen Westbindung setzte sich durch. Das aggressive und militante Auftreten der Sowjetunion im Kalten Krieg führte dazu, dass alle gesamtdeutschen oder neutralistischen Konzepte eines wie auch immer gearteten Dritten Weges (z.B. Gustav Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei oder Ulrich Noaks Bemühungen des Nauheimer Kreises) nicht ernsthaft

in Erwägung gezogen werden und somit letztlich auch keinen Erfolg haben konnten. Auch die Stalin-Noten von 1952 wurden als Finten gesehen, die Westdeutschland von seinem Kurs der Westintegration abbringen sollten.⁸ Der Bau der Berliner Mauer 1961 und die Hinnahme dieser durch die westlichen Alliierten beendete eine Phase der Entwicklung des Ost-West-Konflikts, in der es zu keinem Durchbruch in der nationalen Frage kam. Die Debatten um eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands um den Preis der Neutralität waren eher ein Ausdruck des Unbehagens am Status quo, als dass sie realistische Alternativen zu Adenauers Politik der Westintegration hätten liefern können.⁹

3. Abwägungen: Jahre des Übergangs unter Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger 1963–1969

Nach der politischen Lösung der Kuba-Krise 1962 veränderte sich die weltpolitische Konstellation. Im Rahmen der auf diese Krise folgenden Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion verschoben sich auch die Gewichte in der deutschen Frage. Unter der im Herbst 1966 gebildeten Großen Koalition von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) kam es zu einem Entgegenkommen der westdeutschen Seite gegenüber der DDR-Führung. Bereits im Frühjahr 1966 versuchte Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU), Bewegung in die Ostpolitik zu bringen, so etwa mit einem als „Friedensnote“ bekannt gewordenen Angebot eines Gewaltverzichts an die Sowjetunion und an die osteuropäischen

Staaten, allerdings hier noch unter Umgehung der DDR.¹⁰

Kiesinger setzte darauf, das Verhältnis zum zweiten deutschen Staat entkrampfen zu können, indem er versuchte, die Beziehungen im menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zu fördern. Die Bundesregierung unter Kiesinger hielt am Alleinvertretungsanspruch fest, gleichwohl sie faktisch die Hallsteindoktrin aufgab, in dem sie 1967 diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien aufnahm, obgleich Jugoslawien Beziehungen zur DDR unterhielt.¹¹ Als eine wichtige Neuerung der Deutschlandpolitik unter Kiesinger kann der Briefwechsel des Kanzlers mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph im Jahre 1967 gelten, der jedoch keine Anerkennung des zweiten deutschen Staates beinhaltete.¹²

4. Anerkennung: Die „neue“ Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Bundesregierung 1969–1982

Bereits Anfang der 60er-Jahre begann die Abkehr der SPD von ihrem strikten Antikommunismus Schumacherscher Prägung. Im Zuge der „Strategie des Friedens“ des US-Präsidenten John F. Kennedy entwickelte der Sozialdemokrat Egon Bahr, Mitarbeiter des Berliner Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, in seiner Tutzingener Rede am 15. Juli 1963 das Konzept des „Wandels durch Annäherung“. Kernpunkt war die Anerkennung des Status quo in Deutschland und Europa, sie sollte aber gleichzeitig der erste Schritt zu seiner Überwindung darstellen. Menschliche Erleichterungen standen im Zentrum

dieses Konzepts, nicht die direkte und sofortige Wiedervereinigung.¹³

Bereits am Ende der Großen Koalition unter Kiesinger zeigten sich die deutschlandpolitischen Unterschiede zwischen Union und SPD, die zu Konflikten auf den Feldern der deutschen Ostgebiete, des Alleinvertretungsanspruchs und einer möglichen Hinnahme des Status quo führten.¹⁴ Nach der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Bundesregierung stellte Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 sein „Zwei-Staaten-Konzept“ vor: Demnach existierten in Deutschland zwei Staaten, die füreinander nicht Ausland sein konnten. Man wollte also mit der DDR-Seite Verhandlungen auf Regierungsebene führen, um zu einer auf Verträgen basierenden Zusammenarbeit zu kommen. Die Hallstein-Doktrin wurde durch die bundesdeutsche Vorleistung abgelöst, dass die Haltung gegenüber den Außenbeziehungen der DDR zukünftig von den Fortschritten in den deutsch-deutschen Beziehungen (Scheel-Doktrin) abhängig gemacht werden würden.

Zentrales Dokument der deutsch-deutschen Beziehungen in der sozialliberalen Ära war der Grundlagenvertrag, der am 21. Dezember 1972 unterzeichnet wurde. Da es der Großen Koalition aufgrund der starren Haltung der SED-Führung nicht gelungen war, menschliche Erleichterungen für die Deutschen in der DDR durchzusetzen, wollte nun die seit Herbst 1969 regierende sozialliberale Koalition unter Kanzler Brandt einen neuen Anlauf in der Deutschlandpolitik wagen. So wurde von Anfang an erklärt, dass die deutsche Teilung anerkannt werden solle,

was auch die Aufgabe des Bonner Alleinvertretungsanspruches beinhaltete. Aber auch die Regierung Brandt war wie ihre Vorgängerinnen nicht zu einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR bereit.¹⁵ Mit dem Grundlagenvertrag sollten nun „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“¹⁶ entwickelt werden, wie es in Artikel 1 des Vertrages hieß.

War dieser Vertrag politisch als ein Teilungsvertrag zu deuten, wie dies von weiten Teilen der westdeutschen Publizistik geschah? Die Bonner Opposition hat hier auf Anregung von Franz Josef Strauß durch den Gang der bayerischen Staatsregierung vor das Bundesverfassungsgericht erheblich zur Klärung dieser Frage beigetragen.¹⁷ In der Bilanz hat Karlsruhe durch seine Interpretation des Grundlagenvertrages der Bundesregierung aufgetragen, auf keinerlei deutschlandpolitische Rechtstitel zu verzichten sowie der DDR die Möglichkeit eines Beitritts offenzuhalten.¹⁸ Das Karlsruher Urteil berührte wegen seines Wiedervereinigungsgedankens viele Anhänger der Entspannungspolitik unangenehm. Durch diese These zur Einheit wurde höchstgerichtlich der Status quo und damit die DDR in Frage gestellt, die Teilung eben gerade nicht respektiert. Die DDR stand zur Disposition – kein Ziel von Entspannungspolitikern. Die DDR-Führung reagierte entsprechend entsetzt.

Nach dem Rücktritt Brandts im Zuge der sog. Guillaume-Affäre konnte unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) eine Internationalisierung der deutschen Außenpolitik festgestellt werden. KSZE-Prozess, Nord-Süd-Problematik und neue Fragen in

der Sicherheitspolitik bestimmten die Agenda des Kanzlers. Innenpolitisch musste sich Schmidt vor allem mit dem RAF-Terror auseinandersetzen. Deutschland- und ostpolitisch bemühte sich die Bundesregierung um ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion; mit der DDR wurden 1974 Ständige Vertreter, aber eben nicht Botschafter, ausgetauscht.

Eine neue Eiszeit im Ost-West-Konflikt brach mit dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan¹⁹, der Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen und dem nachfolgenden NATO-Doppelbeschluss an. Honeckers Geraer Forderungen von 1980 (Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Elbe-Grenzverlauf in der Strommitte, Schließung der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Verbrechen in Salzgitter) zielten auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der allerdings von westdeutscher Seite nicht stattgegeben wurde. Zu einem weiteren deutsch-deutschen Treffen kam es 1981 zwischen Schmidt und Honecker am Werbellinsee, das allerdings – gerade auch vor dem Hintergrund der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen – keine substanziellen deutschlandpolitischen Fortschritte brachte.²⁰ Man könnte – mit Andreas Rödder gesprochen – die deutschlandpolitische Bilanz der Regierung Schmidt als die Einrichtung im Status quo bezeichnen: Die Bundesregierung habe demnach unter seiner Führung „die in der Konzeption der sozial-liberalen Ostpolitik angelegten revisionistischen Potenziale zunehmend ab[gestreift]“²¹.

5. Distanz: Neuer normativer Abstand zur DDR in Helmut Kohls Kanzlerschaft 1982–1989

In Helmut Kohls Kanzlerschaft ab 1982 fallen wichtige und zugleich umstrittene deutschlandpolitische Ereignisse. So gab es zweimal Milliardenbürgschaften für die DDR, das Kulturabkommen wurde unterzeichnet, der NATO-Doppelbeschluss wurde durchgeführt, Erich Honecker besuchte im September 1987 die Bundesrepublik Deutschland und als Höhepunkt vor der staatlichen Vereinigung der Fall der Mauer am 9. November 1989.²²

Das deutschlandpolitische Handeln Kohls beinhaltete drei Prämissen: Erstens verschärfte er den normativen Abstand zur DDR, nahm dabei Bezug auf die rechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland (z.B. die Verteidigung der Präambel des Grundgesetzes gegenüber der sozialdemokratischen Bonner Opposition, die viele als überholt ansahen) und definierte die deutsche Frage rechtlich und geschichtlich als offen. Zweitens bettete er seine Deutschlandpolitik in den Prozess der europäischen Einheit ein, und drittens bewies er einen pragmatischen und kooperativen deutschlandpolitischen Stil gegenüber dem SED-Regime. Diese Fortsetzung des entspannungspolitischen Kurses war ein Zugeständnis an den kleineren Koalitionspartner, der auf diese Kontinuität im operativen deutschlandpolitischen Geschäft Wert legte. Helmut Kohls Deutschlandpolitik war auf das langfristige Ziel

der deutschen Einheit ausgelegt²³. Dass er sich keine seiner Grundpositionen von der DDR-Seite abhandeln ließ (z.B. die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft), führte dann im Herbst 1989 dazu, dass es den DDR-Flüchtlingen erspart blieb, ein Asylverfahren in der Bundesrepublik durchmachen zu müssen.²⁴

Der Höhepunkt während der deutsch-deutschen Beziehungen in der Ära Kohl war sicherlich der Arbeitsbesuch des DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker in der Bundesrepublik im September 1987. Auch hier zeigten sich wieder die „vielen Ironien und Paradoxien im deutsch-deutschen Verhältnis“, so A. Rödder. Obwohl man annehmen konnte, dass die SED mit diesem deutschlandpolitischen Ereignis ihre politische Gleichrangigkeit hatte durchsetzen können, so wurde sie ökonomisch immer abhängiger von der Bundesrepublik. Zudem betrieb die Bundesrepublik eine Politik der Konsolidierung der DDR, ohne damit jedoch eine Liberalisierung des dortigen Systems zu bewirken. Diese Politik führte jedoch insbesondere durch den intensiven Ausbau der Besuchsmöglichkeiten von DDR-Bürgern in Westdeutschland tendenziell zu einer Destabilisierung des SED-Regimes²⁵, die das scheinbar längst ad acta gelegte Ziel der Bonner Deutschlandpolitik, nämlich die staatliche Einheit in Frieden und Freiheit, für viele unerwartet dennoch ermöglichte.²⁶

Gleichwohl hatte es auch in den 80er-Jahren mannigfache Versuche aus dem linksliberalen Umfeld in der Bundesrepublik gegeben, auf deutschlandpolitische Rechtstitel zu verzichten. So bezeichnete beispielsweise der Sozialde-

mokrat und spätere Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jürgen Schmude, im Jahre 1984 die Zentrale Erfassungsstelle für Verbrechen an der innerdeutschen Grenze als „fragwürdiges Symbol“. Der frühere Regierungssprecher Klaus Bölling forderte die Änderung der Präambel des Grundgesetzes, in der auf den Wiedervereinigungsanspruch künftig verzichtet werden sollte.²⁷ Der ostdeutsche Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk erinnerte später daran, dass „innerhalb der westdeutschen Gesellschaft die Idee der deutschen Einheit weitaus weniger vital geblieben war als in der DDR: Politiker wie Oskar Lafontaine oder Joseph Fischer stellten sich namens ihrer Partei ebenso massiv dagegen wie einflussreiche Intellektuelle, etwa der Schriftsteller Günter Grass oder der Sozialphilosoph Jürgen Habermas.“²⁸

Dass die deutsche Einheit viele Väter hatte, ist evident. Andreas Rödder beispielsweise misst der Rolle des sowjetischen Staats- und Parteichefs, Michail Gorbatschow, eine überragende Rolle bei der Beendigung des Kalten Krieges zu: „Am Anfang war Gorbatschow.“²⁹ Seine Reformpolitik habe einen ungeplanten Prozess in Gang gesetzt, der letztendlich die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte.³⁰

Jedoch spielten auch die langfristigen Prozesse in der Sowjetunion – schon vor dem Machtantritt Gorbatschows – eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Beendigung des Ost-West-Konflikts. Zu nennen wären hierbei insbesondere ihre technologischen und finanziellen Defizite gegenüber dem Westen. Nicht also die Entspannungspolitik der 70er-Jahre schuf somit die Grundlage für das Ende des Kalten Krie-

ges, wie es bislang häufig fälschlicherweise angenommen wurde.³¹ Vielmehr waren vollmundig formulierte Anwürfe, wie sie Egon Bahr etwa formulierte, schlicht realitätsfern. Er hatte in einer kuriosen Schrift von 1988 verkündet: „Gorbatschow lehrt diejenigen bei uns, die es nötig haben: Nicht der Riese ist hohl, sondern die Hoffnungen auf seinen Zusammenbruch.“³²

6. Revolution: Von der deutschen Revolution 1989 zur staatlichen Einheit 1990

Der letzte Abschnitt der Geschichte der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland handelt zunächst von Ereignissen, die sich außerhalb der Bundesrepublik ereignet haben. Als Farnal für das Ende des SED-Regimes können die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 gelten. Ein Jahr zuvor wurde von Gorbatschow das Ende der Breschnew-Doktrin verkündet. Rund um die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR im Oktober 1989 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen oppositionellen Demonstranten und der Staatsmacht. Im September, einen Monat zuvor, wurde vom Neuen Forum dessen formelle Gründung beschlossen.³³

Was tat sich auf westdeutscher Seite? Zunächst nichts. Auch hier trifft die Analyse Kortess zu: „Die Wende vom Herbst 1989 traf Ost und West völlig unvorbereitet. Keiner hatte die Revolution vorhergesagt. Die meisten Beobachter brauchten fast ein Jahr, um zu erkennen, dass der Zusammenbruch des SED-Regimes auch alternativlos das Ende der Teilung Deutschlands bedeutete.“³⁴ Zu denjenigen, die im Zuge der

oben genannten Ereignisse bereits weit vor der deutschen Revolution das Ende der SED-Diktatur erkannten, gehörte der Kieler Völkerrechtler Wolfgang Seifert. In einem Zeitungsbeitrag schrieb er im August 1989: „Eben deshalb aber wird die Krise der DDR ihre Auswirkungen auch auf die innenpolitische Lage der Bundesrepublik haben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass manche Politiker sich mit ihren Reden von der bloßen Fortschreibung der bisherigen Deutschlandpolitik um Kopf und Kragen reden.“³⁵ Angesichts der anhaltenden Massenflucht von Deutschen aus der DDR auch nach der Maueröffnung am 9. November und weiteren Demonstrationen im gesamten Land (jetzt mit der Losung „Deutschland einig Vaterland“), nahm Bundeskanzler Kohl das deutschlandpolitische Heft in die Hand und stellte am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag sein „Zehn-Punkte-Programm“ vor. Jetzt stellte der Kanzler der DDR seine Hilfe bei tiefgreifenden Reformen in Aussicht (wie z.B. einer demokratisch legitimierten Regierung). Die Perspektive einer deutsch-deutschen Konföderation bzw. deutschen Einheit gehörte ebenso zu Kohls Hilfsangebot. Kohl bezeichnete seinen Besuch in Dresden im Dezember 1989 später selbst als „Schlüsselereignis“ auf dem Weg zur deutschen Einheit, da hier konkrete Schritte zwischen ihm und dem SED-Ministerpräsidenten Hans Modrow ausgehandelt wurden. Die Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März 1990 schufen eine weitere wichtige Grundlage für die Verhandlungen zur Einheit, nämlich die notwendige frei gewählte DDR-Regierung. Am 5. Mai 1990 begannen die internationalen Gespräche (Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen) über die Wiedervereinigung. Mit der Wäh-

rungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der damit verbundenen Einführung der D-Mark in der DDR am 1. Juli 1990 wurde eine weitere Stufe der deutsch-deutschen Zusammenarbeit auf dem Weg zur deutschen Einheit beschritten. Der letzte Teil des Weges zur staatlichen Einheit begann mit den deutsch-deutschen Verhandlungen über den Einigungsvertrag am 6. Juli 1990. Am 31. August 1990 mündeten die Gespräche in den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“. Bundestag und Volkskammer stimmten diesem Vertrag am 20. September 1990, der Bundesrat am 21. September 1990 zu. Am 3. Oktober 1990 wurde die Einheit formal durch einen Beitritt der DDR-Länder zur Bundesrepublik Deutschland vollzogen. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes hatte sich damit verwirklichen lassen, auch wenn der Preis, auf die Ostgebiete zu verzichten, bezahlt werden musste.

7. Fazit

Bleibt abschließend noch die Frage zu erörtern, warum es 1989/90 zur Wiedervereinigungschance kam. Neben den beiden schon oben angesprochenen Faktoren des Revisionismus Gorbatschows und dem Vermeiden jeglichen Triumphalismus über den Erfolg in der nationalen Frage im Prozess der Wiedervereinigung trat ein dritter hinzu: Der Gedanke an die Wiedervereinigung war in der westdeutschen öffentlichen Meinung ein latent aktualisierbarer geblieben. Dieser Wiedervereinigungswunsch war zwar in den älte-

ren Bevölkerungsschichten ausgeprägter als bei den jüngeren, vorwiegend auch eher im bürgerlichen Lager mit den Anhängern der CDU/CSU an der Spitze als im rot-grünen Lager, trotzdem wurde von einer Mehrheit der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik die Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel des Grundgesetzes abgelehnt. Ebenso wurde im Herbst 1989 eine mögliche Neutralität als Bedingung der sowjetischen Zustimmung zur Wiedervereinigung abgelehnt. Dieses latente Nationalbewusstsein wurde dann im Prozess der Überwindung der Teilung manifest.³⁶

Die Wiedervereinigung ereignete sich am Ende wie man sie in den 50er-Jahren erhofft hatte: Der Schlüssel zur Einheit lag in Moskau. Weder die Auseinandersetzungen im Kalten Krieg noch die Entspannungsbemühungen waren jede für sich genommen zielführend. Dennoch lieferte die Entspannungspolitik das Vertrauenskapital, mit dem das in den 50er-Jahren viel stärker verfochtene Ziel eines vereinten Deutschlands erreicht werden konnte.³⁷

Neben der eben dargelegten staatlichen Ebene der westdeutschen Deutschlandpolitik, mit ihren Vier-Mächte-Kontakten, den zwangsnotwendigen Kontakten zum SED-Regime und der Beziehungspflege zu den weiteren kommunistischen Regimes des Ostblocks, sollte aber die Leistung der Dissidenten in West und Ost beim Wachsen des Gedankens an die Widerständigkeit des Status quo nicht vergessen werden. Zu nennen wären an dieser Stelle beispielhaft der sowjetische Dissident Andrei Amalrik³⁸ oder einer der westdeutschen Dissidenten, der Kieler Völkerrechtler Wolfgang Seif-

fert.³⁹ Den Fall der Mauer anzudenken war nicht vielen Analytikern gegeben, aber es gab diese Perspektiven eben auch in der öffentlichen Meinung und so könnte man die Geschichte der

Deutschlandpolitik 1949 bis 1990 in toto auch lesen. Insofern ist dem Ausruf „Schluss mit den Mauerlegenden!“ des französischen Publizisten Bernard-Henri Lévy zuzustimmen.⁴⁰

Anmerkungen

¹ Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998, S.7

² Vgl. zur Einteilung der Phasen der Deutschlandpolitik insbes. Glaab, Manuela: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, hrsg. von Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte, Bonn 1999, S.239–252, hier S.239.

³ Vgl. Schuller, Wolfgang: Die deutsche Revolution, Berlin 2009.

⁴ Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S.239–240.

⁵ Vgl. Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Stamsried 2006, S.91.

⁶ Vgl. auch Jahn, Hans Edgar: Die deutsche Frage von 1945 bis heute. Der Weg der Parteien und Regierungen, Mainz 1985.

⁷ Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, S.240.

⁸ Vgl. Mayer, Tilman: Kontroversen zur deutschen Frage, in: Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, hrsg. von Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte, Bonn 1999, S.501–509, hier S.502–503. Zu Jakob Kaiser vgl. auch Mayer, Tilman: „Macht das Tor auf“, Jakob Kaiser-Studien, Berlin 1996.

⁹ Vgl. Mayer: Kontroversen zur deutschen Frage, S.504. Zu den Neutralisten vgl. auch die Studie von Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001.

¹⁰ Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S.243–244.

¹¹ Vgl. ebd., S.244.

¹² Vgl. Winkels, Martin: Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland (1966–1969), Diss., Bonn 2009, S.316–317.

¹³ „Nichts hat dem SED-Staat mehr Legitimität und Stabilität verliehen als die internationale Anerkennungswelle Anfang der siebziger Jahre ... Das SED-Regime schien dauerhaft etabliert, die Nachkriegsordnung von Jalta zementiert“, siehe Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die

Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S.84–85.

¹⁴ Vgl. Winkels: Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition, S.313–314.

¹⁵ Vgl. Hacker, Jens: Grundlagenvertrag, in: Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, hrsg. von Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte, Bonn 1999, S.417–430, hier S.418. Vorausgegangen war dem Grundlagenvertrag der deutsch-deutsche Verkehrsvertrag, der im Mai 1972 unterzeichnet worden war. Überhaupt erst möglich wurden innerdeutsche Verhandlungen nach den Gewaltverzichtsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion (Moskauer Vertrag) und mit Polen (Warschauer Vertrag) im Jahre 1970 sowie nach Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin (Berlin-Abkommen) von 1971.

¹⁶ Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21.12.1972.

¹⁷ Vgl. Hacker, Jens: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin u.a., 3. Aufl., 1994, S.235.

¹⁸ Vgl. Isensee, Josef: Die deutsche Teilung und die deutsche Einheit im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Einigkeit und Recht und Freiheit, Symposium anlässlich des 70. Geburtstages von Frau Richterin des Bundesverfassungsgerichts a.D. Prof. Dr. Karin Graßhof, hrsg. von Christian Hillgruber, Berlin 2008, S.7–38, hier S.11–12.

¹⁹ An sich hätte ja nach der Entspannungsphilosophie sich alles anders entwickeln müssen. Insofern war auch dieser Schritt der SU eine erneute Widerlegung eben dieses Ansatzes. Schon Ende der 60er-Jahre hatte Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, wenn auch vergeblich, zu bedenken gegeben: „Letztlich kann nur der die Entspannung bewirken, der die Spannung erzeugt hat. – Und wer wollte behaupten, dass wir die Spannung erzeugt hätten?“ in: Ders.: Fußnoten, Stuttgart,

3. Aufl., 1971, S.149.
- ²⁰ Vgl. Glaab: Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S.247. Vgl. zur späteren Aufweichung der Haltung der oppositionellen SPD gegenüber den Gerär Forderungen Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit, Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.
- ²¹ Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S.48.
- ²² Vgl. insbes. Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S.7.
- ²³ Roos, Sören: Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in der deutschen Kritik zwischen 1982 und 1989, in: Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 90, Berlin 1996; vgl. auch die Beiträge von Buchstab, Rödder, Glaab, Richter, Küsters, Wilms in den Historisch-Politischen Mitteilungen, ACDP, 15. Jahrgang, 2008, S.289–394.
- ²⁴ Vgl. Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S.481.
- ²⁵ „Dieses von der Bundesregierung maßgeblich initiierte und geförderte private Besuchsprogramm zählte zu den nachhaltigsten Destabilisierungs- und Delegitimierungsfaktoren der SED-Diktatur“, in: Kowalczuk, Endspiel, S.185.
- ²⁶ Vgl. Rödder: Deutschland einig Vaterland, S.49.
- ²⁷ Vgl. Mayer: Kontroversen zur deutschen Frage, S.506; zur Haltung der Parteien zur deutschen Frage in den 80er-Jahren siehe Haarmann, Lutz: Warten auf die Wiedervereinigung? Die westdeutschen Parteien und die Deutsche Frage in den 80er-Jahren, in: Einsichten und Perspektiven, Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte 3/2009, S.178–197.
- ²⁸ Siehe Kowalczuk: Endspiel, S.461; vgl. zu den Wandlungen des DDR-Bildes auch in der bundesdeutschen Politikwissenschaft Jesse, Eckhard: Die politikwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders.: Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen, hrsg. und eingeleitet von Uwe Backes und Alexander Gallus, Köln u.a. 2008, S.117–154.
- ²⁹ Rödder: Deutschland einig Vaterland, S.15; zur herausgehobenen Rolle Gorbatschows bei der Beendigung des Kalten Krieges siehe auch Brown, Archie: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt/M. u.a. 2000; „Nicht Gorbatschow erwies sich als unfähig, sondern das System war nicht reformierbar“, in: Kowalczuk, Endspiel, S.31, womit er die klassische Totalitarismusthese erneut bestätigte. Vgl. auch Jesse, Eckhard: War die DDR totalitär?, in: Ders.: Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden 2008, S.379–396.
- ³⁰ Vgl. Rödder: Deutschland einig Vaterland, S.15.
- ³¹ Vgl. ebd., S.60–61.
- ³² Bahr, Egon: Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, Berlin 1988, S.19; Günter Schabowski hat derartigen Illusionisten später korrigierend mitgeteilt: „Was wäre aus dem Land bis heute geworden, wenn es immer noch DDR hieße? Aus der teils ausgetrockneten, teils versotteten Wirtschaft hätten weder Reformer noch optimistische Bürgerrechtler auf Dauer Genießbares für die Menschen zaubern können. Da war nichts zu reformieren, sondern nur abzuschaffen. Selbst Gorbatschow ist diese Erfahrung nicht erspart geblieben“, siehe Schabowski, Günter: Ich bin draußen. Erzwungene Denkpause: Mein Gefängnistagebuch, in: FAZ, 5.10.2000, S.55.
- ³³ Vgl. Korte, Karl-Rudolf: Die deutsche Wiedervereinigung, in: Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Köln u.a. 2008, S.181–203, hier S.185–186. Obwohl Ungarn bereits am 2.5.1989 damit begonnen hatte, die Grenzsperrungen zu Österreich abzubauen, blieben doch die Regelungen an der Grenze in Kraft. Vgl. dazu Rödder: Deutschland einig Vaterland, S.72.
- ³⁴ Korte: Die deutsche Wiedervereinigung, S.182.
- ³⁵ Seiffert, Wolfgang: Eine Perspektive statt kleiner Schritte. Die Krise der DDR ist auch eine Krise der Deutschlandpolitik, in: FAZ, 26.8.1989. Seiffert lotete bereits 1986 Wege zur Wiedervereinigung aus. Die Behauptung, es habe niemand die kommende Einheit prognostiziert, ist falsch. Vgl. dazu Seiffert, Wolfgang: Das ganze Deutschland. Perspektiven der Wiedervereinigung, München 1986.
- ³⁶ Vgl. Mayer, Tilman: Warum es zur Wiedervereinigungschance kam, in: Wiedervereinigung Deutschlands, hrsg. von Karl Eckart, Jens Hacker und Siegfried Mampel, Berlin 1998, S.233–241, hier S.240–241.
- ³⁷ Vgl. Mayer: Kontroversen zur deutschen Frage, S.508.
- ³⁸ Vgl. Lévy, Bernard-Henri: Schluss mit den Mauerlegenden!, in: FAZ, 12.11.2009.
- ³⁹ Müller, Reinhard: Trittbrettfahrer der Einheit, in: FAZ, 23.12.2009.
- ⁴⁰ Vgl. Lévy: Mauerlegenden.

Der Beitrag der Kirchen zur friedlichen Revolution in der DDR

Richard Schröder

Das Bild von den Evangelischen Kirchen in der DDR ist in der öffentlichen Meinung nach dem Zusammenbruch der DDR plötzlich umgekippt. Erst galt sie als Mutter der Revolution, dann wurde sie als Stütze des Systems verdächtigt. Das eine war zu viel der Ehre, das andere ist zu viel der Schande.

1. Mutter der Revolution oder Stütze des Systems?

Mutter der Revolution, diese Übertreibung kam dadurch zustande, dass die Kirche der einzige Ort in der DDR war, an dem das freie Gespräch möglich war. Die Evangelische Kirche hat in den 80er-Jahren oppositionellen Gruppen, die sich mit den Themen Frieden, Umwelt oder Dritte Welt beschäftigten, ihr Dach angeboten, auch Nichtchristen. Und sie hat, wenn Oppositionelle aus diesen Gruppen verhaftet wurden, Fürbitt-Gottesdienste und Mahnwachen ermöglicht. Im Herbst 1989 nahmen die meisten Demonstrationen ihren Ausgang von Gottesdiensten. Diese Bilder von vollen Kirchen im Westfernsehen haben bei vielen im Westen ein gänzlich irreales Bild vermittelt. Denn in Wahrheit waren die Christen in der DDR zu einer verschwindenden Minderheit geschrumpft. Die Kirche war,

anders als in Polen, viel zu schwach, um die Mutter der Revolution zu sein. Sie konnte keine Massen mobilisieren. Außerdem ist die Kirche keine politische Partei, die politische Programme zu vertreten und Revolutionen zu veranstalten hat. Sie hat Gottes Wort zu Gehör zu bringen. Gottes Wort macht frei. Und deshalb war es richtig, dass die Kirche der Freiheit des Wortes Raum gegeben hat. Dadurch hatte sie Verdienste am Ende der SED-Diktatur aufzuweisen. Allerdings ist auch die Kirche von der Geschwindigkeit dieses Zusammenbruchs überrascht worden. Denn das Bemühen der Kirche zielte immer auf Reformen, weil wir aus Erfahrung wussten, dass, wenn es um die Machtfrage geht, mit den Kommunisten nicht zu spaßen ist – dann schlagen sie zu.

Stütze des Systems, dieser Vorwurf rührt wohl einerseits eben von dieser

sanften Strategie der Kirche im Umgang mit den Staatsvertretern her. Vor allem aber wird er genährt von Stasi-Enthüllungen. Ich will dazu nur dies sagen: Jeder Fall von missbrauchtem Vertrauen ist enttäuschend und muss aufgeklärt werden. Das ist aber auch geschehen. Die Rechenschaftsberichte der entsprechenden kirchlichen Gremien sind allerdings von der Öffentlichkeit nur mäßig wahrgenommen worden. Es stimmt aber nicht, dass die Kirche von der Stasi stärker durchsetzt war als andere gesellschaftliche Bereiche. Vielmehr stellte die Kirche für die SED ein großes Problem dar, weil sie die einzige nicht gleichgeschaltete Organisation in der DDR war, die entgegen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und Staatsdoktrin eine andere Überzeugung, nämlich die christliche, vertrat. Und es stimmt nicht, dass die Stasi die kirchlichen Entscheidungen, namentlich die der Kirchenparlamente, beeinflussen konnte. Als Beweis ist anzuführen, dass sich die SED bei der Kirche regelmäßig über synodale Entscheidungen beschwerte. Und schließlich stimmt es auch nicht, dass die evangelische Kirche stärker von der Stasi durchsetzt war als die katholische. Diese hat aber keinen Ministerpräsidenten aus ihrer Führungsriege gestellt und das mindert das Medieninteresse erheblich. Der dritte Grund für den Vorwurf, Stütze des Systems gewesen zu sein, ist die Formel „Kirche im Sozialismus“.

2. Kirche ohne Rechtsstaatsgarantien

In der ersten Verfassung der DDR waren zwar die Rechte der Kirche beschrieben, aber die SED hat sich an

diese Verfassung nicht gehalten und ein Gericht, bei dem die Kirche gegen den Verfassungsbruch hätte klagen können, gab es nicht. Der Spielraum der Kirche war deshalb eine Mischung von jederzeit widerrufbaren Gewohnheitsrechten und gewohnheitsrechtlichen Illegalitäten. Insofern war unsere Situation mit der von Geiseln vergleichbar. Und da gibt es vier Reaktionsmöglichkeiten:

- Man kann sich tätig widersetzen. Geiselnnehmer machen dann in der Regel aber kurzen Prozess.
- Man kann still über sich ergehen lassen, was geschieht.
- Man kann sich auf die Seite der Geiselnnehmer schlagen.
- Oder man kann dieses und jenes zu bewegen suchen. Dann darf man aber nicht sagen: „Geiselnnehmer seid ihr und ich verachte euch“, sondern eher so: „Ich verstehe euch ja, aber ...“

Da die Kirchen keine Rechtsposition geltend machen konnten, konnten sie nicht verhandeln, sondern nur bitten. Sie mussten, wenn es um die Gleichberechtigung der Christen und die Arbeitsmöglichkeiten der Kirche ging, versuchen darzulegen, dass es im wohlverstandenen Interesse der anderen Seite ist, dieser Bitte nachzukommen. Dies war nun umso schwieriger, als die SED von Anfang an und bis zum Schluss der festen Überzeugung war, dass die Kirche erstens „die einzige Institution im Sozialismus [ist], die nicht dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht, aus ihr nicht erwächst und für den Sozialismus und seine Entwicklung überflüssig ist“ (so ein Funktionär in seiner damals geheim gehaltenen Dissertation 1983),

und dass die Kirche zweitens das Sammelbecken der feindlich-negativen Kräfte sei, der Brückenkopf des Imperialismus usw. Die Hauptziele der SED-Kirchenpolitik waren: Die Kirche sollte ihren Einfluss auf die Jugend verlieren. Dem diene die Jugendweihe, ein DDR-Unicum in den sozialistischen Ländern, und die Behinderung kirchlicher Jugendarbeit. Die kirchliche Arbeit sollte auf den „Kult“ und die Diakonie beschränkt werden, also aus der Öffentlichkeit herausgedrängt werden. Sie sollte eine grundsätzliche Loyalitätserklärung zur Politik der SED abgeben. Die Methoden der SED wechselten. 1953 inszenierte sie einen regelrechten Kirchenkampf, aber die Sowjetunion verlangte den Abbruch dieses radikalen Kurses. Von da ab verfuhr die SED taktisch raffinierter. Ihr Hauptinstrument war, den Differenzierungsprozess voranzutreiben, d.h., „divide et impera“.

Über das zähe Ringen der Evangelischen Kirche, diesem ihr zugedachten Tod zu entgehen, ließe sich viel erzählen. 1970 z.B. erließ die SED eine Veranstaltungsverordnung, nach der alle kirchlichen Veranstaltungen außer Gottesdienst und Christenlehre angemeldet, also genehmigt werden mussten. Die Kirche hat sich nicht daran gehalten und regelmäßig Strafe bezahlt, bis die Verordnung modifiziert wurde. Die Kämpfe um die Jugendrüstzeiten und die schwierigen Bemühungen um Kirchentage sind andere Beispiele.

3. Sonderfall: Protestantische Kirche im „Sozialistischen Lager“

Die evangelische Kirche in der DDR war innerhalb des „sozialistischen La-

gers“ ein Sonderfall. Nur in der DDR sahen sich die Kommunisten mit einer überwiegend protestantischen Bevölkerung konfrontiert. 1949 waren das 90%. Die Erfahrungen der sowjetischen Kommunisten mit der Russisch-Orthodoxen Kirche passten da nicht. Während für den orthodoxen Gottesdienst die Liturgie das Entscheidende ist, stellt für den evangelischen die Predigt das Zentrum dar. Neben dem Gottesdienst sind für protestantische Kirchen Gemeindegremien, Jugendarbeit, Bildungsarbeit (Schulen, Studentengemeinden, Akademien) und soziale Arbeit („innere Mission“, Diakonie), die sich zumeist „von unten“ als christliche Bürgerinitiativen gebildet hatten, charakteristisch. Während die Russisch-Orthodoxe Kirche streng hierarchisch aufgebaut ist, hat sich im Protestantismus das synodale Prinzip der Kirchenparlamente durchgesetzt, deren Mitglieder zur Hälfte keine Theologen, sondern „Laien“ sind. Während für jene die Klöster, aus denen die Bischöfe kommen, die geistlichen Zentren darstellen, werden protestantische Pfarrer an Universitäten und akademischen Hochschulen ausgebildet. Während jene die Theologie der antiken Kirche reproduzierte, hat sich die protestantische Theologie in der Auseinandersetzung mit der Aufklärung und der Moderne artikuliert.

Deshalb verfiel die plumpe antireligiöse Propaganda der Kommunisten, die sich nach einer Empfehlung Lenins an Argumenten der französischen Aufklärer orientierte, wenig. Diese Argumente waren in den Kirchen längst bekannt und bedacht. Man lernte sie im Theologiestudium kennen. Während die russischen Kommunisten 1917 mit einer Kirche konfrontiert waren, die aufs engste mit dem Zaren und den

vormodernen Lebensverhältnissen verbunden war, war im deutschen Protestantismus die Verbindung von Thron und Altar bereits 1919 gelöst worden. Nach 1945 wurden die Männer und Frauen der Bekennenden Kirche mit ihren Erfahrungen aus dem (jedenfalls geistigen und geistlichen) Widerstand gegen die Nazi-Diktatur tonangebend. Die Theologie Karl Barths und Dietrich Bonhoeffers war für die Kirchen in der DDR sehr wichtig. Während jene streng hierarchisch organisiert war, ist der Protestantismus in Deutschland föderal organisiert (Landeskirchen), was nicht immer ein Segen ist. Und bis 1968 war diese föderale Organisation gesamtdeutsch (EKD). Weil die gesamtdeutschen Gremien nach dem Mauerbau nicht mehr gemeinsam tagen konnten, wurde 1968 der „Bund evangelischer Kirchen in der DDR“ gegründet.

Ein zweiter Grund war der, dass die neue Verfassung der DDR Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche vorsah und der Staat die EKD seit dem (westlichen) Militärseelsorgevertrag nicht mehr als Verhandlungspartner akzeptierte. Trotzdem blieben intensive Kontakte zwischen östlichen und westlichen Kirchenleitungen und Gemeinden in einem System von Partnergemeinden, die nach 1990 oft zu kommunalen Partnerschaften ausgeweitet wurden, bestehen. Die finanzielle Unterstützung durch die westdeutschen Kirchen erlaubte es den ostdeutschen Kirchen, ihre Pfarrer selbst zu bezahlen (in anderen sozialistischen Ländern hat das der Staat gern übernommen, um bestimmen zu können, wer predigen darf) und eigene kirchliche Hochschulen zu unterhalten, die vom Staat nicht als solche anerkannt wurden und somit auch nicht dem Hochschulministeri-

um unterstanden, was eine eigentümliche Freiheit mittels Diskriminierung ergab. Der großteils illegale Import von Fachliteratur machte die Kirchlichen Hochschulen zu den einzigen Orten einer freien Bildung in der DDR.

4. Ausgangssituation und Entwicklung der Evangelischen Kirche nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone

1945 waren über 90% der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Kirchenmitglieder, wenn auch örtlich variierend. Die Flüchtlinge aus den viel stärker volksgläubig geprägten Ostgebieten haben das Gemeindeleben oft spürbar belebt. 1964 fand die letzte Volkszählung in der DDR statt. Sie ergab 12 Millionen Kirchenmitglieder (72%). 1989 waren nur noch 25–30% Kirchenmitglieder. Auch in der Nazizeit hatte es eine Kirchenaustrittsbewegung gegeben. Viele der Ausgetretenen sind nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wieder in die Kirchen eingetreten. Oft lag ja der Kirchenaustritt nur wenige Jahre zurück. Eine solche Wiedereintrittsbewegung hat es nach 1989 so nicht gegeben, denn 40 Jahre, das ist mehr als eine Generation.

Die sowjetische Besatzungsmacht hat die Kirchen zunächst nicht behindert, ja in Grenzen sogar gefördert. Denn sie wurden als „antifaschistisch“ betrachtet. Zwar war die evangelische Kirche in der Nazizeit in „Deutsche Christen“, die mit dem Nationalsozialismus sympathisierten, und die „Bekennende Kirche“ gespalten, aber die Deutschen Christen verloren ihren Einfluss 1945 vollständig. Es gab so etwas wie eine innerkirchliche „reeducation“.

Die Besatzungsmacht hat den kirchlichen Grundbesitz von der Bodenreform ausgenommen, also nicht enteignet. Sie hat Ausbildungsstätten für kirchliche Berufe genehmigt. Allerdings hat sie das staatliche Schulmonopol eingeführt und allgemeinbildende christliche Schulen und Internate verstaatlicht. Die erste DDR-Regierung hatte sich verpflichten müssen, keine Maßnahmen der Besatzungsmacht in Frage zu stellen. Damit waren auch die von der Besatzungsmacht genehmigten kirchlichen Einrichtungen geschützt.

Die erste Verfassung der DDR von 1949 garantierte die staatliche Amtshilfe zum Kirchensteuereinzug und den Religionsunterricht in den Räumen der Schule. Sie gewährte den Kirchen das Recht, zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen. Aber schon ein Jahr später wurde die Amtshilfe beim Kirchensteuereinzug eingestellt und der Religionsunterricht aus den Räumen der Schule verdrängt. Denn 1950 beschloss die SED den „Aufbau des Sozialismus“. Nun sollte der Marxismus-Leninismus die Grundlage für Bildung und Erziehung sein. Die SED ging mit Verhaftungen, willkürlichen Verurteilungen und Enteignungen gegen wirtschaftlich Selbstständige, Bauern und andere Missliebige vor. Anfang 1953 kam es zu einem regelrechten Kirchenkampf, der sich besonders gegen die Mitglieder der Jungen Gemeinde und der Studentengemeinde richtete. Etwa 3.000 Oberschüler wurden damals relegiert, etwa 70 kirchliche Mitarbeiter inhaftiert. Diakonische Einrichtungen wurden enteignet. Aber nach Stalins Tod änderte die Sowjetunion ihre Deutschlandpolitik radikal und zwang die DDR-Regierung, ihre repressive Politik abubrechen, was sie auch tat.

Weil sie bei dieser Rücknahme der Repressionen aber die Normerhöhung für die Arbeiter nichtrevidierte, kam es zum Aufstand des 17. Juni.

5. „Kirche im Sozialismus“¹

Seit der Gründung der DDR war es eine sehr umstrittene Frage, wie sich die Evangelische Kirche, im Besonderen vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Bekennenden Kirche in der Nazizeit, zu diesem Staat verhalten sollte. Die radikalste Position nahm der Berlin-Brandenburger Bischof Dibelius ein. Er erklärte 1959, in einem totalen Staat sei der Obrigkeitsgehorsam suspendiert, da dieser Staat nicht legitimiert sei. Seine viel umstrittene Illustration dazu war, in der DDR seien für ihn die Verkehrsregeln nicht verbindlich und wenn er sich dennoch daran halte, dann nur aus taktischen Erwägungen. Diese Position stieß auf allgemeine Ablehnung, sogar auf die seiner eigenen Kirchenleitung. Dibelius hatte ja mit seiner Diagnose, der SED-Staat sei eine Diktatur, Recht. Seine Konsequenz war aber, zumal für die einfachen Gemeindeglieder, nicht lebbar. Sie konnten sich nicht selbst pauschal zu Staatsfeinden erklären und dennoch im Land bleiben. Der sogenannte Obrigkeitsstreit hat damals die Gemüter enorm erhitzt. Das Resultat dieser Auseinandersetzungen waren die 1963 von der Konferenz der Kirchenleitungen verabschiedeten „Zehn Artikel von Freiheit und Dienst der Kirche.“ Diese wenden sich sowohl gegen die totale Ablehnung als auch gegen Systemkonformität, denn auch ein Staat, der seinen Auftrag verfehlt, kann der Herrschaft Gottes nicht entlaufen. Sie weisen den Absolutheitsanspruch der Ideologie der

SED zurück und kritisieren die Vernachlässigung des positiven Rechts „um einer erstrebten vollkommenen Gerechtigkeit willen“. Sie benennen Kriterien, denen eine Rechtsordnung aus christlicher Sicht genügen müsse und kritisieren die Unterwerfung des Rechts unter den Wahrheitsanspruch einer Ideologie. Sie fordern zur Unterscheidung „zwischen dem gebotenen Dienst an der Erhaltung des Lebens und der gebotenen Verweigerung der atheistischen Bindung“ auf.

Es ist allerdings nicht gelungen, diesem Dokument die Geltung einer Grundsatzerklärung zu verschaffen, denn es gab Widerspruch. Der Weißenseer Arbeitskreis formulierte „Sieben Sätze von der Freiheit der Kirche zum Dienen“. Sie beschreiben eine sich selbst verleugnende und die Welt selbstlos liebende Kirche. Deshalb dürfe sie nicht Ankläger, Verteidiger oder Richter der Parteien der Welt sein. Eine Kritik des Absolutheitsanspruchs der atheistischen Ideologie der SED, des kommunistischen Staatsverständnisses und der Rechtspraxis in der DDR kommt deshalb ebenso wenig in Frage wie eine Kritik an der Begrenzung kirchlichen Einflusses und der Bestreitung kirchlicher Rechte. Bei der Ausarbeitung dieser Position hat der Theologe Hanfried Müller, Professor an der Humboldt-Universität, eine unrühmliche Rolle gespielt. Er war ein fanatischer Anhänger der SED-Politik und übrigens aus Westdeutschland übersiedelt. Im Ergebnis berührte sich diese Position mit der des „Thüringer Weges“ (Mitzenheim), der die DDR fast unkritisch als „Obrigkeit“ akzeptierte.

Dies war die letzte große Auseinandersetzung innerhalb der Evangelischen

Kirche der DDR um die Frage nach dem Verhältnis der Kirche zur DDR. Sie hatte offenbart, dass eine einheitliche Stellungnahme nicht zu erreichen war. Es wäre aber sehr gefährlich gewesen, wenn sich die Kirchen in dieser Frage gespalten hätten. Denn genau darauf zielte die Strategie der SED.

Als 1968 der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gegründet und somit die organisatorische Trennung von der gesamtdeutschen EKD vollzogen wurde, hat man deshalb kein umfangreicheres Grundsatzdokument zum Verhältnis von Staat und Kirche formuliert, sondern sich mit schwammigen Formeln begnügt. Inzwischen ist klar, dass die Anregung zu der Formel „Kirche im Sozialismus“ von der SED stammte. Sie sollte eine Loyalitätsformel sein, aber bereits eine gemilderte. Der SED war nämlich klar geworden, dass sie von der Evangelischen Kirche in der DDR nicht erwarten konnte, dass sie sich als „Kirche für den Sozialismus“ verstehe. Die Synode des Bundes in Eisenach 1971 übernahm deshalb auch nicht diese kurze Formel, sondern diese umständliche und gequälte: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben: in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und Dienstes bewahren müssen“. Man sieht, das „für“ ist bewusst vermieden.

Und das hat die SED auch genau gemerkt. In einer Jahresanalyse des SED-Staatssekretärs für Kirchenfragen heißt es 1978 ganz zutreffend: „Kirche im Sozialismus‘ in Gestalt einer patriotischen Haltung zur sozialistischen Heimat ist existent im Beispiel der Rus-

sisch-orthodoxen Kirche oder der reformierten Kirche Ungarns, deren uneingeschränktes Ja zum Sozialismus und zur Politik des sozialistischen Staates feststehen. Hinsichtlich der evangelischen Kirchen in der DDR ist dies auf Grund spezifischer geschichtlicher Entwicklungen, der Klassenkampfbedingungen an der Nahtstelle zum Imperialismus und bedingt durch weiter existierende materielle Abhängigkeit von den Kirchen der BRD nur als Fernziel zu erstreben. Das wird deutlich, betrachtet man die derzeitige Vorstellung von ‚Kirchen im Sozialismus‘, wie sie bei der Mehrheit der kirchlichen Amtsträger anzutreffen sind. ... Die Kirche findet sich mit der Realität der sozialistischen Gesellschaft ab und stellt sich auf sie ein, was noch keine Option für den Sozialismus beinhaltet. Die sozialistische Umwelt wird als der zwar nicht ideale, so doch von Gott zugewiesene (zugemutete) Platz ihres Wirkens betrachtet. ... Die Kirche passt sich den realen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen so an, dass ihre Haltung weder als Akklamation noch als Opposition gegenüber dem Staat aufgefasst werden kann. Die Glaubwürdigkeit der Kirche setzt geistig-weltanschauliche Eigenständigkeit voraus, wobei man diese Eigenständigkeit durch betonte Nichtidentifikation mit gesellschaftlichen Normen und Entwicklungen im Sozialismus nachzuweisen trachtet. ... Das Auftreten von Konflikten wird infolge des Weiterbestehens grundlegender weltanschaulicher Gegensätze einkalkuliert. Ihre Austragung soll jedoch unterhalb der Schwelle offener Konfrontation mit dem Staat erfolgen. ... Die Kirche ist in dem Sinne unpolitisch, indem sie frühere Machtpositionen und Privilegien verloren hat. Sie ist politisch Kirche in

dem Sinne, dass sie sich nicht auf eine Institution des Kults beschränkt oder sich in ein selbstgewähltes innerkirchliches Ghetto zurückzieht. Vielmehr beansprucht sie ein Mitspracherecht in Politik und Gesellschaft. ... Die evangelische Kirche sieht ihren Auftrag im Bekennen des Evangeliums, im Dienst am Menschen und an der Gesellschaft. Sie bezieht sich dabei auf den evangelischen Theologen Bonhoeffer, der eine Kirche, ‚die für andere da ist‘, gefordert hat.“

Das Erstaunliche an dieser Beschreibung ist, dass sie stimmt. Die Kommunisten hatten nämlich erhebliche Schwierigkeiten, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Kirche zu machen, weil sie nur gelernt hatten, dass die Kirche reaktionär, ein Instrument des Klassenfeindes ist und dass Religion ein verkehrtes, unwissenschaftliches Bewusstsein darstellt. Im Staatssekretariat für Kirchenfragen dagegen hatte sich nach und nach ein differenzierteres und treffenderes Bild von der Kirche gebildet, was durchaus positiv zu werten war, denn verzerrte Feindbilder sind sehr gefährlich, wenn sie zur Handlungsgrundlage werden. Zugleich belegt der Text wie viele andere aus dem Staatssekretariat aber auch, dass die SED mit der „Kirche im Sozialismus“ überhaupt nicht zufrieden war.

Trotzdem muss ich gegen jene Formeln Bedenken erheben.² Dass die Kirche sich auf die SED-Terminologie „Sozialismus“ eingelassen hat, ohne ihrerseits zu sagen, was sie unter dem Wort versteht, war ein intellektuelles Versagen. Es hat zudem dazu geführt, dass die Unterscheidung zwischen Staat, Partei und Gesellschaft vernebelt wurde.

Während die Zehn Artikel noch klar die Defizite an Rechtsstaatlichkeit in der DDR anmahnten, hat man nun statt von Staat von Gesellschaft und von Gerechtigkeit statt Recht geredet. Die Kirche hat dadurch die Koordinaten ihrer Kritik vernebelt.

Wer allerdings denkt, mit der Übernahme des Wortes Sozialismus sei der Staat zufrieden gewesen, irrt sich. Der Staat verlangte nämlich außerdem noch die alleinige Definitionsvollmacht des Wortes Sozialismus für sich. Als Heino Falcke bei der Bundessynode in Dresden 1972 erklärte: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus“, löste das auf Seiten von SED und Ost-CDU einen Sturm der Entrüstung aus, weil sie sich an den Prager Frühling erinnert sahen. Heute wundern sich viele, warum die meisten Oppositionellen im Herbst 1989 und namentlich vor dem Mauerfall nicht „den Sozialismus“ grundsätzlich in Frage stellten. Die Antwort lautet: Das wäre als staatsfeindlicher Akt mit unkalkulierbaren Risiken verbunden gewesen. Galt es doch schon als Ungeheuerlichkeit, von einem verbesserlichen Sozialismus zu reden. Allerdings spielte dabei auch eine Rolle, dass viele die Alternative – Kapitalismus als Feindbild – unbedacht verinnerlicht hatten und zwischen der Wirtschaftsform, der Staatsform (Demokratie) und dem Rechtsstaat nicht zu unterscheiden wussten.

Die Freude der SED an der kirchlichen Erklärung währte nicht einmal ein Jahr. Bereits 1972 verfertigte das Staatssekretariat einen Sündenkatolog der „Kirche im Sozialismus“:

- die Kirche will Partner des Staates sein, sie fordert ein allgemeines Mitspracherecht;
- sie versteht sich als Interessenvertreter christlich gebundener Bürger;
- sie will an der Erziehung teilhaben,
- sie will das Recht haben, sich kritisch zur gesellschaftlichen Entwicklung der DDR zu äußern;
- sie will das marxistisch-leninistische Gesellschafts- und Menschenbild in Frage stellen,
- sie will beratend wirken, wenn es um die Ausgestaltung rechtlicher Beziehungen zwischen Staat und Kirche geht und
- sie verlangt Einflussmöglichkeiten in Neubaugebieten und landwirtschaftlichen Konzentrationspunkten.

Zudem koppeln die „negativen Kräfte ihre Methode der Entwicklung von Alternativvorstellungen gegen den Sozialismus mit Angriffen auf das sozialistische Bildungssystem, die Zulassungsverordnung an den Universitäten und die Veranstaltungsverordnung“. Solche Sündenkatologe hat das Staatssekretariat dann Jahr für Jahr wiederholt. Es ist also folgendes Merkwürdige eingetreten: In dem Moment, da die Kirche in der DDR die Bedingungen ihres Ortes und sogar das Wort „Sozialismus“ akzeptiert, wird sie für die SED unbequem.

Was nun die Geschichte dieser Formel selbst betrifft, so ist sie seit 1988 zunehmend unter innerkirchlichen Beschuss geraten. Mein Haupteinwand war, diese Formel erwecke bei der SED Zustimmungserwartungen, die die Kirche nie erfüllen könne, denn ein Ja zum Sozialismus, wie die SED selbst ihn definierte, kam für die Kirche jedenfalls

nicht in Frage. Ich hatte deshalb vorgeschlagen, besser von „Kirche in der DDR“ zu sprechen, um klarzustellen, dass die Kirche sich unausweichlich zu dem Staat ins Verhältnis setzen muss, in dem sie faktisch existiert, nicht aber zu einer Partei und ihrer angeblich wissenschaftlichen Weltanschauung. Als Bischof Leich im Februar 1989 öffentlich erklärte, auch er halte die Bezeichnung „Kirche in der DDR“ für treffender, war die Formel tot.

6. Vorspiel des Herbstes: die ökumenischen Versammlungen

Vom Februar 1988 an tagte in der DDR drei Mal die „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Hier fanden sich zum ersten Mal Vertreter aller christlichen Konfessionen und darunter sehr viele Aktive der sogenannten Gruppen zu einer breiten Diskussion. In der Arbeitsgruppe „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ wurden erstmals detailliert die Probleme der DDR aufgelistet und konkrete Forderungen gestellt. Dieses Dokument ist die ausführlichste kirchliche Stellungnahme zu den Problemen der DDR, und wohl auch der kritischste Text, den ein Gremium in der DDR veröffentlicht hat. Bei den Diskussionen zeigte sich, wie groß der Diskussionsbedarf war. Am Ende des Dokuments findet sich eine Liste derjenigen Fragen, über die wir uns nicht einigen konnten:

- „Welches sind die bestimmenden Elemente und Werte einer sozialistischen Gesellschaft?“
- Welche ökonomischen Strukturen werden diesen Werten am ehesten gerecht?

- Welchen Beitrag kann ein soziales Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu den Überlebensfragen der Menschheit leisten?
- Worin bestehen die für ein möglichst gerechtes Leben der Gesellschaft notwendigen Funktionen des Staates?
- Wie können wir zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kommen?
- Wie stehen wir zum geschichtlichen Weg unseres Landes?
- Welche Informationen und Fakten fehlen?
- Was heißt es, Deutscher in der DDR zu sein?
- Wie arbeiten wir unsere Identitätsprobleme auf?
- Wie kann auch die nationale Frage im europäischen Friedensprozess geklärt werden?“

Es bestand Einigkeit in der Kirche und der Bevölkerung, dass es so wie bisher nicht weitergehen könne. Darüber, wie es weitergehen solle, bestand keine Einigkeit, sondern nur ein unsicheres Tappen ohne klare Zielvorstellungen.

Die Texte der Ökumenischen Versammlungen gingen an die Gemeinden und wurden nach Rückmeldungen von dort noch einmal überarbeitet. Sie hatten also durchaus eine gewisse Breitenwirkung.

7. Die Beiträge der Kirche zur Herbstrevolution

Die evangelischen Kirchen haben weder eine Revolution angestrebt und sie schon gar nicht organisiert. Sie haben Reformen angemahnt, meist allerdings vergeblich. Trotzdem haben sie erheb-

liche Verdienste an der Herbstrevolution.

Seit den 80er-Jahren gab es in der Evangelischen Kirche Gruppen, die sich mit den Themen Frieden/Abrüstung, Umwelt und Dritte Welt beschäftigten, Themen, die die SED nicht als konterrevolutionär verdammen konnte, da sie sich diese selbst auf die Fahnen geschrieben hatte, freilich in anderer Intonation. Getragen wurden diese Gruppen von Jüngeren, die vom Schock des 17. Juni 1953 nicht mehr gelähmt waren. Eher unbeabsichtigt vermieden sie aber die Themen von damals wie Wiedervereinigung, freie Wahlen und Freiheit für politische Gefangene, auf die die SED immer hart reagiert hatte. Diese Gruppen waren unterschiedlichster Art, von Intellektuellen bis Antibürgerliche. Das Verhältnis zu den Kirchengemeinden war nicht unproblematisch, oft sogar spannungsreich, weil die Gruppenaktivitäten die Kirchengemeinden ins Visier der Behörden und der Stasi rückten. Aber indem die Kirchen erklärten, sie seien Teil der kirchlichen Arbeit, konnten sie sie vor Zerschlagung, namenlosem Verschwinden und Ausweisung schützen, nicht aber vor Unterwanderung durch die Stasi. Denn die Bundesregierung, von deren gutem Willen die DDR zunehmend abhängig wurde, weil sie Westkredite brauchte, betrachtete das Verhältnis der SED zu den Kirchen als ein Kriterium für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten.

Diese Gruppen vernetzten sich informell und überregional und begannen, Papiere zu vervielfältigen und Samisdat-Zeitschriften zu gründen, was illegal war. Als die Stasi dennoch Einzelne verhaftete, insbesondere bei der Aktion

gegen die Berliner Umweltbibliothek und gegen die ungebetenen Teilnehmer der offiziellen Liebknecht-und-Luxemburg-Demonstration 1988, konnte durch Fürbitt-Gottesdienste und Kontakttelefonienste innerkirchliche Öffentlichkeit hergestellt und das namenlose Verschwinden verhindert werden. Die westlichen Medien mit ihren Vertretern in der DDR machten diese Aktivitäten zudem deutschland- und DDR-weit bekannt. Sie brachen so das Informationsmonopol der SED-Medien. Auf diesem Wege erst erfuhr die DDR-Bevölkerung von jenen aufsässigen jungen Leuten unter dem Dach der Kirche.

Anders als die Solidarnosc in Polen waren die Oppositionellen in der DDR, die sich selbst nie so nannten und nur im Westen Bürgerrechtler genannt wurden, nicht im Volk verwurzelt, sondern wurden von sehr vielen eher belächelt, wenn nicht als Bürgerschreck und Unruhestifter abgelehnt. Sie waren nicht repräsentativ. Aber Christen und Nichtchristen sammelten sich in dem gemeinsamen Bestreben, die Missstände in der DDR nicht wortlos hinzunehmen.

Im Herbst 1989 entstanden aus dem Umfeld dieser Gruppen die ersten Bürgerbewegungen, die nun aus der Kirche in die Öffentlichkeit traten. Für die Herbstrevolution waren sie in dreierlei Hinsicht wichtig. Sie beförderten die öffentliche Diskussion ungemein. Die ersten Demonstrationen gingen meist von Friedensgebeten aus wie die Montagsdemonstrationen in Leipzig. Dass diese friedlich blieben, obwohl die Sicherheitskräfte zunächst brutal zuschlugen, ist der Besonnenheit jener Gruppen und ihren Erfahrungen im gewaltfreien Widerstand zu verdanken.

Eine Revolte hätte die SED sofort niedergeschlagen, denn darauf waren die Sicherheitskräfte trainiert. Und drittens hätte es ohne die Gruppen keinen Runden Tisch gegeben, zu dem die Kirchen als Moderatoren Anfang Dezember einluden. Wer sonst hätte auf der anderen Seite Platz nehmen sollen? Weder aus den Universitäten noch aus der Arbeiterschaft sind 1989 oppositionelle Bewegungen hervorgegangen. Die wichtigsten Gründungen wie Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch oder Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) sind aus dem kirchlichen Milieus hervorgegangen.

Ein wichtiger Punkt wird meist übersehen. Die SED-Genossen lebten in der Angst vor einer Konterrevolution, bei der sie befürchteten, liquidiert zu werden. Bei vielen SED-Genossen hatte sich nun aber die zutreffende Einsicht durchgesetzt, dass die Kirchenvertreter keine Konterrevolutionäre diesen Zuschnitts waren und Lynchjustiz verhindern würden. Ganz anders dachten da Parteimitglieder, die die „Verräter des Sozialismus“ wie z.B. Honecker gerne an die Wand gestellt hätten. Es war ja noch die SED-Justiz, die Honecker verhaftet hatte, und zwar wegen „Geheimnisverrat“, ein absurder Vorwurf. Als sie ihn wieder entlassen haben und ihm eine einfache Wohnung in einem Häuserblock zugewiesen wurde, kam es zu tumultartigen Protesten der Mieter. Pfarrer Holmer bot ihm dann eine Wohnung im Pfarrhaus an, also gewissermaßen Kirchenasyl. Er hat die christliche Unterscheidung von Person und Werk praktiziert, nach der jeder Mensch noch anderes ist als die Summe seiner Taten, nämlich Gottes Geschöpf. Es ist nicht bekannt, dass SED-Spitzengenossen Honecker und seiner

Frau eine Unterkunft in ihrem Haus angeboten hätten. Da war sich plötzlich jeder selbst der Nächste und die viel beschworene Solidarität war vergessen.

Maximal 30% der DDR-Bevölkerung waren 1989 noch Kirchenmitglieder. Der ersten frei gewählten Volkskammer gehörten dagegen 64,2% Kirchenmitglieder an. Nur 15,6% bezeichneten sich als Atheisten. Der Anteil der Theologen betrug 7,1% (11. Bundestag: 0,4%). Den höchsten Anteil von Theologen wiesen die SPD-Fraktion (16,5) und die Fraktion Bündnis 90/Grüne (14,3) auf.³

Die Verdienste der Evangelischen Kirchen um die Herbstrevolution kann man also kurz so beschreiben. Sie haben einen gewissen Ersatz für die fehlende Öffentlichkeit bieten können. Das steht den Kirchen immer gut an, wenn sie ein Ort des freien Wortes, der Nachdenklichkeit und der Meinungsbildung ohne Scheuklappen sind. Auch viele Nichtchristen haben in der DDR in jener Zeit die Kirchen so erlebt und geschätzt, ohne freilich deshalb Kirchenmitglieder zu werden. Die Kirchengebäude wurden während der Herbstrevolution zudem Ersatz für den Marktplatz oder das Rathaus, indem sich landesweit zuerst dort die neuen politischen Bewegungen bekannt machten. Landesweit wurden Pfarrer gebeten, die lokalen Runden Tische zu moderieren. Es ist kein Zufall, dass so viele Absolventen kirchlicher Hochschulen 1989/90 politisch aktiv wurden. Das hatte nicht nur damit zu tun, dass sie in der freien Rede, eine selten gepflegte Gabe in der DDR, geübt waren, sondern auch damit, dass sie ein freieres Denken ohne die ML-Scheuklappen der gestanzten Sprache des Neuen

Deutschlands pflegten. Bei den ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai haben überproportional viele Gemeindeglieder sich zur Kandidatur bereit gefunden und damit einen breiten politischen Elitenwechsel ermöglicht.

Die Kirchen haben nicht die Revolution gemacht oder geplant. Auch die Kirchenleitenden wurden von der schnellen Entwicklung zur deutschen Einheit überrascht, waren oft auch irritiert. Aber ohne die Kirchen und die Christen hätte der Herbst 1989 auch anders verlaufen können, nämlich so, wie die SED es vergeblich versucht hat, durch halbe und Scheinreformen die führende Rolle der Partei sichern und sich selbst Schein-erneuern. Die Strategie konnte auf Dauer nicht aufgehen, schon wegen des ökonomischen und finanziellen Desasters, das die SED angeordnet hatte, und nach dem Mauerfall wegen der offenen Grenze. Aber es hätte ein langer und zermürbender Prozess werden können und dann wäre

eine explosive Situation nicht ausgeschlossen gewesen. Die aber hätte durchaus noch die sowjetischen Truppen zum Eingreifen bewegen können. Gelegentlich sollten wir uns auch dessen erinnern, was hätte passieren können, aber nicht passiert ist. Das stärkt die Freude über die Freiheit in Einheit oder Einheit in Freiheit.

Derzeit läuft eine Diskussion über „Religion und Gewalt“. Anlass sind die islamistischen Selbstmordattentate. Eine Diskussion über „die Religion“ ist ungefähr so ergiebig wie eine Diskussion über „die Sprache“. Die gibt es nämlich nicht. Es gibt nur Sprachen. Und es gibt nicht die Religion, sondern nur Religionen. Es ist doch sehr verwunderlich, dass beim Disput über Religion und Gewalt, so weit ich sehe, bisher niemand auf die Idee gekommen ist, auf ein Ereignis hinzuweisen, das sich vor 20 Jahren vor unseren Augen abgespielt hat: Eine (bestimmte) Religion hat eine friedliche Revolution befördert.

Anmerkungen

¹ Vgl. ausführlich dazu Schröder, Richard (unter Mitarbeit von Zachhuber, J./Laudien, K./Raschke, Ch.): Der Versuch einer eigenständigen Standortbestimmung der Evangelischen Kirchen in der DDR am Beispiel der „Kirche im Sozialismus“, in: Kirchen in der SED-Diktatur, Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd.2., hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995. Die Dokumente, aus denen im Folgenden zitiert wird, finden

sich im Dokumentenanhang dieser Publikation.

² Ich habe das bereits 1988 öffentlich getan: Schröder, Richard: Was kann „Kirche im Sozialismus“ sinnvoll heißen?, in: Kirche im Sozialismus (Berlin-West) 14/1988, S.135–137, wieder abgedruckt in: Schröder, Richard: Denken im Zwielicht. Vorträge und Aufsätze aus der alten DDR, Tübingen 1990, S.49ff.

³ Deutscher Bundestag: Dossier: 20. Jahrestag der freien Wahl zur Volkskammer der DDR, 2010, S.5f.

Die deutsche Einheit, die Streitkräfte und die NATO

Klaus Naumann

Als die Berliner Mauer im November 1989 fiel, dachte kaum jemand, dass binnen eines Jahres die Einheit Deutschlands erreicht werden könnte. Heute, zwanzig Jahre später, erinnert man sich allenfalls noch an die Berliner Mauer, doch nur noch wenige an die Wirklichkeit des Jahres 1989 in Deutschland.

1. Einleitung

Durch unser Land lief ein mehr als 1.200 Kilometer langer Zaun, bestückt mit Sprengfallen, und Tag und Nacht von den Grenztruppen der DDR überwacht. Dahinter lagen fünf Kilometer tiefe Sperranlagen. Auf westlicher Seite führen alliierte Truppen Patrouillen, der Bundesgrenzschutz lief Streife an der innerdeutschen und tschechoslowakischen Grenze, uniformierte Soldaten der Bundeswehr durften nicht näher als einen Kilometer an die Grenze heran und der Luftraum wurde lückenlos durch die NATO überwacht.

Im Westen standen neun Armeekorps aus sieben NATO-Staaten, darunter das I., II. und III. Korps der Bundeswehr, zur grenznahen Vorverteidigung bereit, eine zum Teil in Deutschland stationierte französische Armee war Heeresgruppenreserve, zwei alliierte Luft-

flotten waren zur Unterstützung der Abwehr bereit und die geballte Seemacht der NATO sollte im Nordatlantik die Seeverbindungen nach Nordamerika offen halten. Mehr als 10.000 Atomwaffen waren in der alten Bundesrepublik Deutschland gelagert, dazu chemische Munition der USA; in der DDR gab es ähnliche Lager, die gelagerten Mengen waren vermutlich ähnlich oder größer. Dort standen fast 500.000 Mann sowjetische Streitkräfte, die so genannte Westgruppe der Truppen (WGT) und etwa 160.000 Mann Nationale Volksarmee (NVA) mit ihren sechs aktiven und fünf binnen 48 Stunden einsatzbereiten mobil zu machenden Divisionen. In der CSSR waren zwei Armeen der CSSR zum Angriff bereit, dahinter standen sowjetische Truppen. In Polen hatten polnische Truppen den Auftrag, in einer Seelandung Schleswig-Holstein zu nehmen und an die Beachtung der Neutralität

Österreichs durch den Warschauer Pakt glaubten nur die notorischen Gutmenschen, die auch nach 1991, nach Bekanntwerden der bis 1988 bestehenden, umfangreichen atomaren Ersteinsetzung vorsehenden sowjetischen Angriffspläne, alle Angriffsabsichten des Warschauer Paktes noch immer in Abrede stellten.

Politisch gab es Anzeichen, dass das sowjetische Imperium bröckelte und dass die DDR mit ihren wirtschaftlichen Problemen kaum fertig werden könnte, aber mit den Ereignissen des November 1989 rechnete kaum jemand. Es gab deshalb auch keine Pläne für die Einheit Deutschlands. Im Verteidigungsministerium dachte selbst am Tag als die Mauer fiel niemand an die Vereinigung der beiden deutschen Staaten binnen Jahresfrist. Das Geschenk der deutschen Einheit wurde so für die Streitkräfte zu einer Herausforderung von einmaliger und wahrhaft historischer Dimension. Binnen eines Jahres waren die Streitkräfte der beiden deutschen Teilstaaten zusammenzufügen, es mussten die Lücken geschlossen werden, die der Status dieser beiden Staaten als Staaten mit eingeschränkter Souveränität geschaffen hatte und es waren die internationalen Verpflichtungen dieser beiden Staaten zu überprüfen und anzupassen.

2. Politische Weichenstellungen

Das Thema Einheit Deutschlands begann schon vor dem Fall der Mauer in vertraulichen politischen Gesprächen eine Rolle zu spielen, doch die öffentlichen Weichenstellungen in Richtung deutsche Einheit erfolgten durch den Zehn-Punkte-Plan, den Bundeskanzler

Kohl am 28. November 1989 vorstellte, und dann beim NATO-Gipfel am 4. Dezember 1989, wenige Tage nach dem Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow vor der Küste Maltas.

Der Bundeskanzler sprach zwar noch von einer Föderation der beiden deutschen Staaten, aber beim Gipfeltreffen der NATO wurde das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung durch Präsident Bush so deutlich unterstrichen, dass niemand zweifeln konnte, dass die USA die Einheit Deutschlands unterstützen würden. Der Weg, der zur Einleitung des Zwei-plus-Vier-Prozesses im Februar 1990 und dann schließlich zum Durchbruch bei der Begegnung Kohl/Gorbatschow im Juli 1990 im Kaukasus führte, war damit beschriftet. Es war klar, dass am Ende dieses Weges die Einheit stehen würde, aber wann es soweit sein würde, das war auch Ende 1989 noch keineswegs klar. Es konnten deshalb auch keinerlei Vorarbeiten für die genannten komplexen Planungsaufgaben beginnen, Aufgaben, die mit den Stichworten Gestaltung der Streitkräfte, Ausgestaltung der Souveränität und Regelung der Bündnisfragen nur in ihren Umrissen beschrieben sind.

Im Januar 1990 trafen beim Doktrinen-Seminar der KSZE in Wien erstmals der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Chef des Hauptstabes der NVA aufeinander, doch es wurde nur über Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesprochen. Die Option der Einheit Deutschlands wies die DDR-Seite als völlig unrealistisch ab. Die Bundesregierung dagegen sah diese Option, aber es gab im Februar 1990 heftigen Streit zwischen dem Verteidigungs- und dem Außenminister über den sicherheits-

politischen Status eines vereinten Deutschlands. Der Verteidigungsminister sah nur eine Lösung: eine Armee in einem Staat. Er sah angesichts des fortbestehenden Warschauer Paktes auch keine andere Möglichkeit, als für das vereinte Deutschland den Schutz der NATO zu suchen. Neutralität war für Minister Stoltenberg ebenso wie für den Bundeskanzler keine Lösung. Außenminister Genscher erschien diese Fragen nachrangig und er sah in ihnen eine Belastung, denn ihm ging es darum, zunächst die Zustimmung der Sowjetunion zur Einheit Deutschlands zu erreichen. Diesem Ziel ordnete er alles unter und war zu sehr weitgehenden Zugeständnissen bereit. Die Frage, ob es in einem Staat zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben könne oder gar Umfangszahlen der Streitkräfte, das waren für ihn Nebensächlichkeiten. Am 19. Februar 1990 musste Stoltenberg auf Wunsch des Kanzlers eine für ihn bittere Erklärung unterschreiben, die Genschers Drängen folgend sogar davon absah, deutsche Truppen im Gebiet der DDR zu stationieren, obwohl es eine derartige Forderung der Sowjetunion gar nicht gab. Stoltenberg schluckte die damit ausgesprochene Bereitschaft, weiterhin ein Staat mit beschränkter Souveränität zu sein, aber sein Ziel, die volle Souveränität zu erreichen und ganz Deutschland als Zone gleicher Sicherheit zu sehen, gab er nicht auf. Dass genau das am Ende erreicht wurde, ist auf deutscher Seite niemandem mehr zu danken als Gerhard Stoltenberg.

Für die Arbeit im Verteidigungsministerium bedeutete dieser 19. Februar erneuten Stillstand. Erst nach den Volkskammerwahlen im März 1990 und mit Beginn der Zwei-plus-Vier-Gespräche

kam etwas Bewegung auf. Sichtbarer Ausdruck war die Begegnung zwischen Minister Stoltenberg und dem neu ernannten Minister für Nationale Verteidigung und Abrüstung der DDR, Eppelmann. Sie fand am 27. April 1990 im Hotel Holiday Inn beim Flugplatz Köln/Bonn statt, da Eppelmann nicht in das Bonner Verteidigungsministerium kommen wollte. Eppelmanns Vorstellung waren zwei Armeen in einem deutschen Staat, die durchaus unterschiedlichen Bündnissen angehören könnten. Er sah für die DDR eine Art Brückenfunktion zwischen NATO und Warschauer Pakt in einer von der KSZE überwölbten Sicherheitsarchitektur. Eine gewiss kühne Vorstellung, aber ob sie Sicherheit für Deutschland bedeutet hätte, muss dahingestellt bleiben. Stoltenberg hielt davon nichts, konnte sie aber wegen der ihn bindenden Erklärung vom 19. Februar nicht zurückweisen. Eppelmann hat diese Idee dann in der Kommandeur-Tagung der NVA am 2. Mai 1990 der NVA als Richtlinie vorgegeben und damit Hoffnungen auf ein eigenständiges Fortbestehen der NVA geweckt, Hoffnungen, die wenige Monate später bitter enttäuscht werden mussten. Aber auch für das Bonner Ministerium hatte dies Folgen: Planungen für den Tag der Einheit durften weiterhin nicht aufgenommen werden, obwohl zunehmend klar wurde, dass eine Einigung in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen auch Aussagen zu den Streitkräften und zum sicherheitspolitischen Status Deutschlands enthalten müsse. Es wurde deshalb begonnen, wenigstens eine den Sicherheitsinteressen des vereinten Deutschlands entsprechende Position für die Wiener Verhandlungen über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa zu bestimmen. Dazu wurden Personal-

obergrenzen entwickelt, allerdings ohne Kenntnis der DDR-Planungsdaten. Sie standen dem Bundeskanzler nach langwierigen und vom Außenminister nicht gerade geförderten internen Verhandlungen als eine Grundlage seiner Gespräche mit Präsident Gorbatschow im Kaukasus zur Verfügung. Bundeskanzler Kohl erzielte am 16. Juli mit Gorbatschow Einvernehmen, dass das vereinte Deutschland Mitglied der NATO sein werde und seine Streitkräfte bis Ende 1994 auf die Höchstgrenze von 370.000 Mann abbauen würde, eine Höchstgrenze, die im Gegensatz zu den Wiener Verhandlungen auch die Marine einschloss. Damit und mit der Entscheidung, die WGT bis Ende 1994 aus Deutschland abzuziehen, war Anfang August 1990 endlich die Klarheit geschaffen, die wir für die Planung der Streitkräfte des vereinten Deutschlands brauchten. Nun galt es unter einem unglaublichen Zeitdruck zu planen, denn als Datum des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG schälte sich immer mehr der frühe Herbst 1990 heraus. Das Verteidigungsministerium durfte aber selbst Anfang August noch keine offizielle Verbindung zum DDR-Ministerium in Strausberg aufnehmen, obwohl es inzwischen auf Truppenebene tausende von Begegnungen gegeben hatte. Erst am 17. August 1990 trat eine kleine Verbindungsgruppe des Bonner Verteidigungsministeriums ihren Dienst in Strausberg an.

In Bonn war inzwischen klar, dass in der DDR ein Bundeswehrkommando Ost von etwa 50.000 Mann Stärke aufzustellen sein würde und damit nach Abzug von etwa 25.000 Mann Marine für die Bundeswehr West ein Zielumfang 1994 von 295.000 Mann übrig bleiben würde. Die bisherige Planungs-

größe ohne Marine war aber 470.000 Mann gewesen, es musste also eine völlig neue Streitkräfteplanung erarbeitet werden und es war nun klar, dass für jeden aus der NVA zu übernehmenden Soldaten einer aus der alten Bundeswehr zu entlassen sein würde. Es musste nicht zuletzt deshalb nun endlich Klarheit geschaffen werden, was mit der NVA geschehen solle. Eppelmann hatte der NVA noch am 21. Juli versichert, sie werde bestehen bleiben. Ende August entschied Minister Stoltenberg: Die NVA wird aufgelöst und die Soldaten der NVA, nicht aber die Angehörigen der anderen „bewaffneten Organe der DDR“, werden mit dem Tag der Einheit vorläufig Soldaten der Bundeswehr. Es wurde die Aufstellung des Bundeswehrkommando Ost beschlossen und es wurde entschieden, dass spätestens am Tag vor dem Beitritt der DDR noch durch die DDR alle Generale und Admirale der NVA, alle Politoffiziere sowie alle Soldaten, die älter als 55 Jahre sind, zu entlassen seien. Im Einheitsvertrag war festgelegt worden, dass sie Anspruch auf Pensionszahlungen haben würden. Am 3. Oktober 1990 übernahm Generalleutnant Schönbohm das dem Minister direkt unterstellte Bundeswehrkommando Ost. Die Bundeswehr erreichte damit ihre Höchststärke von rund 600.000 Mann.

3. Die Armee der Einheit entsteht

Die Aufgabe, die Schönbohm und seine Mannen zu bewältigen hatten, war und bleibt einzigartig in der deutschen Militärgeschichte. Er musste eine ihm im Detail unbekannte Armee übernehmen, sie weitgehend auflösen und gleichzeitig aus Teilen der NVA unter Führung von Offizieren der Bundes-

wehr die Truppenteile der Bundeswehr Ost aufbauen. Dazu mussten er und sein Team das Vertrauen und die Mitarbeit der Offiziere und Unteroffiziere der NVA gewinnen und ihnen glaubhaft vermitteln, dass sie im vereinten Deutschland eine faire Chance bekommen würden. Sie mussten sie umschulen auf einen Stil der Menschenführung und die Anwendung einer für sie neuen Wehrgesetzgebung, in deren Mittelpunkt die Freiheit des Einzelnen und sein Schutz vor der Macht des Staates stehen. Das musste gelingen, denn nur dann konnten die Herzen und Köpfe der Menschen in der früheren DDR gewonnen werden und nur so konnten wir dem ganzen Warschauer Pakt zeigen, dass man in der NATO auch dem Gegner von einst eine faire Chance gibt. Es gelang, besser als in jedem anderen Bereich unserer Gesellschaft. Schönbohm und seine Mannen der ersten Stunde haben Deutschland einen großen Dienst erwiesen, mehr noch, sie haben geholfen, dass Europa seine mehr als fünf Jahrzehnte dauernde Teilung rasch überwinden konnte.

Der erste Schritt war eine Bestandsaufnahme. Ihre Ergebnisse waren zum Teil überraschend. Wir hatten einen militarisierten Staat übernommen. Rechnet man alle militärischen Liegenschaften der DDR und der sowjetischen WGT einschließlich deren nur vom Militär zu nutzenden Straßennetzes von 11.000 Kilometer Länge zusammen, dann war ein Drittel der Fläche der DDR militärisch genutzt. Das Bundeswehrkommando Ost übernahm, ohne die WGT Liegenschaften einzurechnen, anfänglich 900 Standorte mit 2.285 militärischen Liegenschaften. Dazu gehörten 800 militärische Sicherheitsbereiche, neun größere Truppenübungs-

plätze und 19 Standortübungsplätze von der Größe westdeutscher Truppenübungsplätze. Der Zustand der Einrichtungen, die dem Herstellen der schnellen Einsatzbereitschaft dienten, war ordentlich, der der Kasernen dagegen erbärmlich. Nach westdeutschen Maßstäben hätte die Mehrzahl der Küchen und Sanitätseinrichtungen sofort geschlossen werden müssen. Die mit Braunkohle betriebenen Heizanlagen erwärmten die Stuben auf nicht mehr als zwölf Grad, eine Wohlfühltemperatur für abgestellte Panzer, für die Soldaten aber eine Gefahr für ihre Gesundheit. Von diesen Liegenschaften wollte die Bundeswehr anfänglich 587 nutzen und für deren Instandsetzung ab 1992 jährlich rund eine Milliarde Mark ausgeben. Mehr als 1.500 Liegenschaften sollten so rasch wie möglich der Bundesvermögensverwaltung übergeben werden, alles in allem, die sowjetischen Liegenschaften eingeschlossen, ein Buchwert von mehr als 55 Milliarden Mark.

Hinzu kam eine gewaltige Menge Material, denn die Bundeswehr hatte nicht nur das Material der NVA, sondern auch das der rund 400.000 Mann Betriebskampfguppen und der etwa 40.000 Mann Grenztruppen zu übernehmen. Es waren, in deutlicher Abweichung von den von der DDR-Regierung bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen genannten Zahlen, 8.317 Kampfpanzer bzw. gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, 3.400 Artilleriewaffen, davon 2.245 Artillerie-Geschütze, 479 Flugzeuge und Angriffshubschrauber, 71 Kriegsschiffe, 250 Boden-, 10.600 Flugabwehr- und 46.000 Panzerabwehrraketen, 70.000 Kraftfahrzeuge, 1,2 Mill. Handwaffen und 300.000 t Munition einzulagern, zu vernichten

oder zu geringen Teilen an andere Länder zu verkaufen. Durch die Bundeswehr wurde NVA-Material nur in geringem Maße weiterverwendet.

Außerdem hatte die Bundeswehr 136 km Grenzmauer in Berlin und rund 1.200 km Grenzzaun abzubauen, 818 Beobachtungstürme zu entfernen und 1,3 Millionen Minen zu räumen. Das volle Ausmaß der Militarisierung der DDR wird aber erst deutlich, wenn man den Umfang der sowjetischen, später dann der russischen Truppen mit in Betracht zieht. Es waren rund 546.200 russische Staatsbürger, davon 338.800 Soldaten in der DDR stationiert. Sie verfügten über 4.209 Kampfpanzer, 3.682 Artilleriegeschütze, 8.209 gepanzerte Fahrzeuge, 691 Flugzeuge, 683 Hubschrauber und rund 3 Millionen Tonnen Material, davon 677.032 Tonnen Munition. Es waren in rund 1.500 Liegenschaften zahlreiche Kasernen, Wohnsiedlungen, Depots, Übungsplätze enthalten, die rund 300.000 Hektar Fläche ausmachten, also etwa 1% der Fläche Deutschlands. Die Bundeswehr im Osten hatte den in der Aufstellung zusätzlich belastenden Auftrag, den Abzug der Russen zu begleiten und wo nötig zu unterstützen. Unsere Soldaten waren angewiesen alles zu tun, um einen Abzug in Würde wahr werden zu lassen. Auch diese Facette gehört zum Bild der Streitkräfte in dieser einmaligen Phase deutscher Militärgeschichte. Ich glaube sagen zu können, auch das ist gelungen.

Doch das Wichtigste bei der Auflösung der NVA war der Umgang mit den Menschen. Unsere Devise war: Wir gehen als Deutsche zu Deutschen, aber wir konnten und wollten nicht die NVA in die Bundeswehr integrieren. Das wäre

einfach nicht möglich gewesen. Die NVA war die Armee der SED, die Bundeswehr dagegen die Armee des ganzen deutschen Volkes. Doch in den Köpfen unserer Bürger hält sich das Bild, Bundeswehr und NVA seien am 3. Oktober 1990 miteinander verschmolzen worden. Das gilt allenfalls für die Stunde des Beitritts, doch mit ihr begann auch schon die Auflösung der NVA, die je nach Truppenteil zwischen drei Monaten und zwei Jahren dauerte.

Aus dem Westen waren 2.000 Soldaten und 250 Beamte/Angestellte entsandt worden. Daraus wurden 156 Kommandeurgruppen und 175 Ausbildungsgruppen sowie eine Reihe von Unterstützungsgruppen für die sofort aufzulösenden Truppenteile gebildet. Jedem Truppenteil im Osten wurde ein „Couleurtruppenteil“ im Westen zugeordnet und so wurde die Aufstellung der Armee der Einheit von der ersten Minute an, was sie bis zum formellen Abschluss im Februar 1995, der NATO-Assignierung der Bundeswehr Ost, blieb: eine Aufgabe der gesamten Bundeswehr.

Das Heer stellte in Potsdam/Geltow das Territorialkommando Ost auf, dem die Wehrbereichskommandos VII in Leipzig und VIII in Neubrandenburg, hervorgegangen aus den Militärbezirken der NVA, unterstellt waren. Sie entsprachen in ihrer Gliederung weitgehend Divisionen im Westen und führten insgesamt sechs Heimatschutzbrigaden in Dresden, Weißenfels, Erfurt, Schwerin, Eggesin und Potsdam-Eiche sowie zusätzlich insgesamt 15 Verteidigungsbezirks- und 45 -kreiskommandos.

Die Luftwaffe stellte zunächst die 5. Luftwaffendivision in Strausberg-Eg-

gersdorf auf, aus der später die 3. Luftwaffendivision in Berlin-Gatow wurde. Die Marine richtete in Rostock das Abschnittskommando Ost ein und begann mit den Vorbereitungen für die Verlegung der Schnellboot-Flottille aus Schleswig-Holstein nach Warnemünde und dem Aufbau ihrer technischen Schulen in Stralsund. Außerdem wurde in Strausberg die Wehrbereichsverwaltung VII als Kopf der 26 Kreiswehrersatzämter und der 19 Standortverwaltungen eingerichtet, ein Novum im Osten, denn eine eigenständige zivile Wehrverwaltung hatte es in der NVA nicht gegeben.

Am Tag der Vereinigung gab es 23.354 Offiziere in der NVA. Von ihnen bewarben sich 1990 insgesamt 11.500 für einen zweijährigen Dienst auf Probe in der Bundeswehr.

Anfang 1991 übernahm die Bundeswehr 6.056 Offiziere, deren Dienstgrade durch die Anpassung an die Laufbahnen im Westen zum Teil um einen, in Einzelfällen sogar um drei Dienstgrade herabgesetzt wurden. Sie hatten mit der Bewerbung eine Erklärung abzugeben, dass sie nie mit der STASI zusammengearbeitet hatten und wussten, dass sie bei einer Falschmeldung sofort entlassen werden würden. Nach Ablauf der zweijährigen Probezeit bewarben sich 5.662 ehemalige NVA-Offiziere um die Übernahme in die Bundeswehr als Berufssoldaten oder als Zeitsoldaten mit bis zu 15 Jahren Dienstzeit. Sie alle waren vorher von mindestens zwei Vorgesetzten beurteilt worden, die in 80% der Fälle die Eignung zur Übernahme bestätigten, 20% wurden als ungeeignet bewertet. Von den Geeigneten fielen etwa 20% den Ergebnissen der Anfrage bei der Gauck-

Behörde zum Opfer, da ihre Mitarbeit bei der STASI nachgewiesen werden konnte. Der zusätzlich eingerichtete zivile Ausschuss zur Überprüfung der Eignung, dem aus der früheren DDR vorwiegend Menschen angehörten, die man dem Widerstand zurechnen konnte, überprüfte alle Akten, lud 500 Bewerber zur Anhörung vor und beurteilte 40 als nicht geeignet. Sie wurden nicht übernommen. Insgesamt wurden 3.575 Offiziere der NVA übernommen, 600 wurden in die Laufbahn der Unteroffiziere überführt und etwa 1.600 ehemalige NVA-Offiziere wurden zu Beamten oder Angestellten der Bundeswehrverwaltung. Die ersten ehemaligen NVA-Offiziere nahmen 1993 am Stabsoffizierlehrgang der Bundeswehr an der Führungsakademie in Hamburg teil. Man könnte das als den formalen Abschluss der Integration bezeichnen.

Schwieriger war die Lage bei den Unteroffizieren. Die NVA kannte nach sowjetischem Muster keine Unteroffiziere, die, wie die der Bundeswehr, Führungskompetenz haben. Die Unteroffiziere der NVA waren Gehilfen, aber keine Unterführer, doch 11.500 von ihnen bewarben sich um die Übernahme. Um dem eigenen Anspruch, jedem eine faire Chance zu geben, gerecht zu werden, wurde nun in den Jahren 1991 bis 1993 so viel wie möglich umgeschult. Der Erfolg hielt sich in Grenzen und so konnte der Bedarf an Unteroffizieren im Osten erst nach 1994 halbwegs gedeckt werden, als die ersten Rekruten des Jahres 1991 ihre Ausbildung zum Unteroffizier erfolgreich abgeschlossen hatten.

Es hat in diesen Jahren des Aufbaus der Bundeswehr im Osten sicher manche Härte und gelegentlich auch Unzufrie-

denheit gegeben, aber insgesamt ist das Bild positiv. Die ehemaligen Berufsoldaten der NVA haben trotz ihres oft ungewissen Schicksals überwiegend loyal und kompetent mitgearbeitet. Ohne sie wäre der gleichzeitige Ab-, Auf- und Umbau der Armee der Einheit nicht gelungen. Das Versprechen der ersten Stunde, als Deutsche zu Deutschen gekommen zu sein, wurde erfüllt und die Soldaten der ehemaligen NVA erlebten, dass ihre neuen Vorgesetzten sich um sie kümmerten. Die Bürger in der ehemaligen DDR sahen, dass die Streitkräfte nicht mehr Machtinstrument der Partei, sondern das in die Gesellschaft integrierte, vom Parlament kontrollierte Instrument des Staates zur Wahrung der äußeren Sicherheit waren, eine offene, transparente Organisation, die sich nicht mehr hinter Mauern versteckte und die sich keine Privilegien zuschanzt.

Die Bundeswehr hat wie keine andere Gruppe unserer Gesellschaft Vereinigung gelebt und damit geholfen, die Einheit Deutschlands zu gestalten. Als die Truppenteile der Bundeswehr auf dem Gebiet der ehemaligen DDR der NATO 1995 assigniert wurden, war der Aufbau formell abgeschlossen. Als Armee der Einheit ist die Bundeswehr aber erst in den Herzen der Menschen angekommen, als Soldaten aus Ost und West Schulter an Schulter 1998 am Oderbruch und 2002 an der Elbe halfen, retteten und schützten. Doch die Aufgabe die Einheit zu vollenden ist auch heute, zwanzig Jahre später, noch immer nicht abgeschlossen. Sie zu vollenden bleibt tägliche Aufgabe aller Deutschen.

4. Die Einheit und die NATO

Vor zwanzig Jahren wurde die Landkarte Europas durch die deutsche Einheit friedlich verändert. Die Einheit Deutschlands war der Anfang vom Ende der Teilung Europas. Für die ehemalige Sowjetunion war es schwer, die Eingliederung ganz Deutschlands in die NATO hinzunehmen. In Moskau denkt man gerne, auch heute noch, in den Kategorien einer Landmacht, die sich umso sicherer fühlt, je mehr Territorium in ihrem Vorfeld sie kontrollieren kann. Das maritime Bündnis NATO und vor allem seine Führungsmacht USA denken nicht in solchen Kategorien, und darum war es leicht möglich, die NATO zur Zustimmung dazu bewegen, keine alliierten Truppen dauerhaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu stationieren. Deshalb war es auch leicht, 1998 beim Verhandeln der NATO-Russland-Vereinbarung ähnliche Zugeständnisse für die Gebiete der 1999 beitretenden Bündnismitglieder zu machen. An diese Frage aber, Erweiterung der NATO, dachte zum Zeitpunkt der deutschen Einheit niemand. Die Sowjetunion bestand, der Warschauer Pakt ebenso, Planungen, die deren Zerfall annahm, gab es nicht. Eine Festlegung der gesamten Bundesregierung auf Verzicht jeglicher NATO-Erweiterung für alle Zeit gab und gibt es nicht. Kein Minister wäre befugt gewesen, sich so festzulegen und kein NATO-Staat hätte dies im Alleingang für das Bündnis tun dürfen. Dennoch wird gerade dies heute in Moskau behauptet und daraus das Gift gebraut, das die Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland so schwer macht,

weil zu viele in Moskau behaupten, der Westen habe seine 1990 gegebenen Versprechen gebrochen. Dies ist und bleibt eine Lüge, verbreitet von denen, die noch immer nicht einsehen wollen, dass der Kommunismus 1990 seine letzte Chance verspielt hatte, die Menschen zu gewinnen und die noch immer glauben, die Sowjetunion und ihre Vorherrschaft in ihrem Vorfeld hätten gerettet werden können. Dazu bestand weder 1990 eine Chance, noch gibt es heute eine für russische Dominanz in Europa. Aber gerade wir Deutschen wissen, wie gefährlich Dolchstoßlegenden sein können. Es ist deshalb Zeit, heute zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit, noch einmal an den Geist von 1990 zu erinnern. Die Protagonisten der Einheit auf westlicher Seite, Präsident Bush und Bundeskanzler Kohl, sahen in der Einheit einen Triumph von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung und sie hofften, dass dieser Geist es möglich machen würde, den Antagonismus des Kalten Krieges zu überwinden. Die 1990 vereinbarte Charta von Paris der KSZE ist der Aus-

druck dieser Hoffnung. Es ist 2010 Zeit, sich an diesen Geist von 1990 zu erinnern und einen erneuten Versuch des Aufbruchs zur Zusammenarbeit zu machen. Gerade wir Deutschen könnten und sollten dies versuchen. Wir sind fest eingebettet in die NATO und wir müssen dies bleiben, weil Europa Sicherheit in einer unruhigen Welt nur im festen Bündnis mit den USA erreichen kann. Die Entscheidung von 1990 war deshalb eine kluge und richtige Entscheidung von strategischer Weitsicht. Sie hält gerade uns den Rücken frei, nun Russland auf seinem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Hand des Westens zur Zusammenarbeit zu bieten, weil niemand deutlicher und schmerzlicher als die Deutschen im Kalten Krieg erlebt hat, dass dauerhafte Stabilität in Europa nur zu erreichen ist, wenn Europa, untrennbar mit Nordamerika verbunden, versucht, Sicherheit nicht gegen, sondern mit Russland zu erreichen. Das vereinte Deutschland in der NATO erlaubt ganz Europa die Kooperation mit Russland ohne Angst vor Russland.

Literatur

Militär-geschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur Deutschen Einheit. Analysen und Augenzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995.

Naumann, Klaus: Frieden – der nicht erfüllte Auftrag, Bonn 2002.

Schönbohm, Jörg: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee, Berlin 1992.

Teltschik, Horst: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

Zoellick, Philip/Rice, Condoleezza: Germany Unified and Europe Transformed, Cambridge, MA 1995.

Das Zusammenwachsen Deutschlands und die Kosten der deutschen Einheit

Klaus Schroeder

In Deutschland sind auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Konturen zweier unterschiedlicher Teilgesellschaften sichtbar. Nur mühsam wächst zusammen, was historisch zusammengehört. Eine Mehrheit in beiden Landesteilen sieht mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Die unterschiedliche Vergangenheit wirkt immer noch stärker nach als ursprünglich angenommen. Obwohl die Ostdeutschen durch beträchtliche Eigenleistungen und massive Finanztransfers nach 1990 eine historisch beispiellose Wohlstandsexplosion erlebten, ist die Stimmung schlechter als die Lage.

1. Einführung

Mit dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenze in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 setzte der finale Todeskampf der wirtschaftlich, politisch, ideologisch und moralisch bankrotten DDR ein. Geradezu euphorisch und unter vielen Tränen freuten sich die Deutschen in Ost und West über das Wiedersehen nach fast 45 Jahren Teilung. Zeigten sich breite Mehrheiten in beiden Landesteilen im Frühjahr/Sommer 1990 von der Zusammengehörigkeit der Deutschen und der Notwendigkeit der Wiedervereinigung überzeugt, erodierte dieses Selbstverständnis bereits wenige Jahre später. Viele Westdeutsche sahen angesichts des desolaten Zustandes der DDR-Wirtschaft hohe Kosten auf sich zukommen, viele Ostdeutsche wiederum befürchteten Arbeitslosigkeit sowie soziale und materielle Benachteiligung gegen-

über den Westdeutschen. Der nationalen Euphorie folgte der Katzenjammer.

Die Schwierigkeiten des Vereinigungsprozesses und das Unbehagen an der Einheit können freilich nicht angemessen erklärt werden, wenn die jahrzehntelange Teilung und das Leben in diametral entgegengesetzten Gesellschaftssystemen nicht berücksichtigt werden. Im Oktober 1990 standen sich zwei deutsche Teilgesellschaften gegenüber, die sich vor allem in der Sozialstruktur und der Alltagskultur stark unterschieden. Die alte Bundesrepublik war sozial und kulturell eine mittelschichtdominierte, der SED-Staat gemäß seines Selbstverständnisses eine verproletarisierte Gesellschaft. Eine hochgradig individualisierte und pluralisierte, substanziell in den Westen integrierte Gesellschaft stieß auf ein institutionell sowjetisiertes, im mentalen Kern jedoch eher typisch deutsches Ge-

meinwesen in einem sehr herkömmlichen, eher altmodischen Sinn.

2. Befindlichkeiten und Zuschreibungen¹

Trotz nie abreißender innerdeutscher Kontakte waren sich die Menschen nach 45 Jahren Teilung fremd geworden; nach 20 Jahren gemeinsamen Lebens in einem gemeinsamen Staat sind sich viele in Ost und West immer noch nicht nähergekommen. In der Selbstbeurteilung werden erstaunliche Unterschiede deutlich. Die ehemaligen DDR-Bewohner schreiben sich und ihren „Leidensgenossen“ vor allem positive Eigenschaften zu. Sie bewerten sich als sozial eingestellt, gefühlsstark, fleißig, friedfertig und engagiert. Die West-

deutschen dagegen beurteilen sich zwar ebenfalls durchaus positiv, sind aber auch deutlich selbstkritischer und bejahen zum Teil die ihnen von Ostdeutschen zugeschriebenen negativen Eigenschaften, überheblich, machtgierig, ehrgeizig und egoistisch zu sein. Sie sehen die Ostdeutschen in einem eher milden Licht und halten sie vor allem für hilfsbereit, freundlich, ehrlich und zuverlässig, aber auch für unzufrieden, misstrauisch, ängstlich und bequem. Beide Seiten vermuten tiefgreifende Unterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West in der jeweiligen Lebensweise, der Art zu denken und zu fühlen sowie in dem, was sie im Leben für wichtig halten. Nicht einmal jeder Fünfte sagt, die Landsleute im ehemals anderen Teil Deutschlands stünden ihm nahe.

Tabelle: Wechselseitige Zuschreibungen*

	Westdeutsche: Das trifft eher auf Ostdeutsche zu			
	2002	2004	2006	2008
Die Ostdeutschen sind:				
<i>Unzufrieden</i>	49%	54%	50%	54%
<i>Misstrauisch</i>	46%	46%	43%	-
<i>Ängstlich</i>	27%	34%	29%	26%
<i>Bequem</i>	27%	32%	25%	-
	Ostdeutsche: Das trifft eher auf Westdeutsche zu			
	2002	2004	2006	2008
Die Westdeutschen sind:				
<i>Arrogant</i>	69%	77%	72%	79%
<i>Auf Geld aus</i>	61%	64%	61%	61%
<i>Selbstbewusst</i>	50%	55%	56%	46%
<i>Bürokratisch</i>	47%	49%	40%	44%
<i>Oberflächlich</i>	38%	44%	39%	-

* Frage: „Hier auf diesen Karten ist einiges aufgeschrieben. Das ist sicher nicht ganz einfach zu sagen, aber was meinen Sie, was trifft eher auf Westdeutsche zu und was eher auf Ostdeutsche?“

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

In der wechselseitigen Wahrnehmung schimmern auch alte systemspezifische Vorurteile durch. Die Ostdeutschen wähen sich den Westdeutschen moralisch deshalb überlegen, weil nach alter SED-Lesart der Sozialismus dem Kapitalismus um Lichtjahre voraus war. Deutlich wird diese Empfindung, wenn 50% sich und die anderen früheren DDR-Bewohner für ehrlich halten, aber nur 8% den Westdeutschen das Gleiche zubilligen. Die Bewohner der alten Länder wiederum gestehen ihre eigenen positiven Eigenschaften den neuen Bundesbürgern nicht zu. Es scheint so, als ob sich die Westdeutschen – mehr oder weniger bewusst – die Erfolgsgeschichte ihres Landes persönlich zuschreiben, während sie die Ostdeutschen in die Rolle der Verlierer und der wohlwollend Bemitleideten drängen und für die Misserfolge der DDR verantwortlich machen. Ein dominanter Sieger steht hiernach einem trotzigen Verlierer gegenüber.²

3. Unterschiedliche Sozialisationen in Zeiten der Teilung

Die nicht zu übersehenden alltagskulturellen und mentalen Differenzen sind vor allem auf unterschiedliche Sozialisationserfahrungen zurückzuführen. Die kollektive und autoritäre Form der Erziehung in der DDR und des Umgangs miteinander erstreckte sich nicht nur auf den politisch-ideologischen, sondern insbesondere auch auf den mentalen Bereich und prägte die Menschen unbewusst. Schon in Kindergarten und Schule, aber auch in ihrer Freizeit wurden Kinder und Jugendliche zur Unterordnung unter Kollektiv und Partei bzw. Massenorganisationen erzogen. Nahezu alles wurde vorge-

schrieben und inszeniert. Diese Form des Umgangs setzte sich bei der Organisation des Erwachsenenalltags fort.

Selbst in der privaten Lebensführung existierten systembedingte Unterschiede, obschon gerade hier zugleich viele Gemeinsamkeiten vorhanden waren. Die Kleinfamilie blieb in Ost und West trotz aller Veränderungen die bedeutendste Einheit der Gesellschaft. In beiden deutschen Teilstaaten genoss das Familienleben in der subjektiven Wertschätzung der Bevölkerung höchste Priorität. Allerdings prägte der gesellschaftliche Rahmen den Alltag einer typischen DDR-Familie vergleichsweise stärker. Die äußeren Bedingungen (Erwerbstätigkeit beider Elternteile, Wohnungsnot, Familienfördermaßnahmen etc.) erzwangen eine weitgehende Gleichförmigkeit der Lebensplanung, deren sichtbarer Ausdruck frühe Eheschließungen und Erstgeburten waren. Auch wenn das Privatverhalten in der späten DDR in den Grundeinstellungen wie Ordnungsliebe, Autoritätsgläubigkeit, Verlässlichkeit und Regelmäßigkeit an die Lebensführung in der Bundesrepublik der späten 50er- und frühen 60er-Jahre erinnerte, war die Kleinfamilie keineswegs ein abgeschotteter, durchprivatisierter Lebensbereich wie zumeist in der Bundesrepublik, sondern blieb eine in erheblichem Umfang von offiziellen Vorgaben durchdrungene und nicht selten von ihren Mitgliedern instrumentalisierte Lebenssphäre.

Stärker noch als das Alltagsleben unterschied sich das Berufsleben in beiden deutschen Staaten. Während im Westen berufliche und private Sphäre weitgehend getrennt blieben, bildeten sie im Osten zum Teil nahezu eine Einheit. Der Einzelne war im Arbeitsleben

nicht nur in Kollektive eingebunden, sondern erfuhr seinen Betrieb als über das Berufsleben hinausgehenden sozialen Raum. Für nicht wenige Werktätige war ihr Betrieb eine „Ersatzfamilie“, was die SED unterstützte, da sie sich hiervon eine bessere Beeinflussung und Kontrolle der Individuen versprach.

Im Rückblick wird deutlich, in welchem Maße die alte bundesdeutsche Gesellschaft durch schnelle Wohlstandsgewinne, sozialen Wandel, Wertveränderung und Auflösung tradierter Strukturen geprägt war. Das Erhardtische Versprechen eines „Wohlstands für alle“ wurde in den 60er-Jahren eingelöst und sicherte der Bundesrepublik eine historisch einmalige soziale und politische Stabilität. Auch die Ostdeutschen erlebten – wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau – eine positive Wohlstandsentwicklung. Gleichwohl war ihr Alltagsleben bis zuletzt von Versorgungsmängeln und Einschränkungen im Konsum geprägt. Wurde die westdeutsche Gesellschaft spätestens in den 70er-Jahren zu einer Überfluggesellschaft, blieb die DDR bis zu ihrem Ende eine Mangelgesellschaft.

Die in der alten Bundesrepublik trotz des sozialen und kulturellen Wandels fortbestehende (alltags-)kulturelle Differenz zwischen sozialen Gruppen, Schichten und Individuen war systembedingt in der DDR geringer und anders ausgeprägt. Hier überwog das Gemeinsame das Trennende, zumal Möglichkeiten zur individuellen Abgrenzung und zur Herausbildung von schichtenspezifischer Identität nur eingeschränkt gegeben waren. Vor allem im Verhalten und Selbstverständnis der Eliten und Intellektuellen bzw. der Intelligenz gab es beträchtliche Unter-

schiede. In der DDR hatten die von der obersten Machtelite rekrutierten staatstragenden Kräfte die Aufgabe, Vorgaben umzusetzen und loyal zu sein; daran maß sich Erfolg oder Misserfolg. Im Westen dagegen mussten die jeweiligen Funktionselemente der Logik des Teilsystems folgen und konnten nur dann ihre Positionen behaupten, wenn sich tatsächlich Erfolge einstellten.

Angesichts der diametralen Folgen von Überfluss und Mangelwirtschaft entwickelte sich auch das Miteinander der Menschen auseinander. Individuelles soziales Verhalten zur Kompensation alltäglichen Mangels war in der Bundesrepublik der 70er- und 80er-Jahre zumeist nicht mehr notwendig. Hier entstanden soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen über gemeinsame Interessen und Aktivitäten, aber nur selten – wie in der DDR – über informelle Tausch- und nachbarschaftliche Beziehungen sowie gemeinsame Betriebszugehörigkeit. Auch wenn sich nach der Wiedervereinigung Wertemuster und Verhaltensstrukturen angenähert haben, sind die Nachwirkungen dieser systembedingten Unterschiede zumindest bei älteren Generationen immer noch sichtbar.

4. Systembedingte Nachwirkungen

Systembedingte Nachwirkungen sehen wir – wenn auch in stark abgeschwächter Form – weiterhin in den Erziehungsstilen. Mit der „Kommandopädagogik“ der SED korrespondierte ein vergleichsweise autoritärer familiärer Erziehungsstil. Anders als in der Bundesrepublik, in der die Jugendrevolte der 60er- und 70er-Jahre – trotz ihres ra-

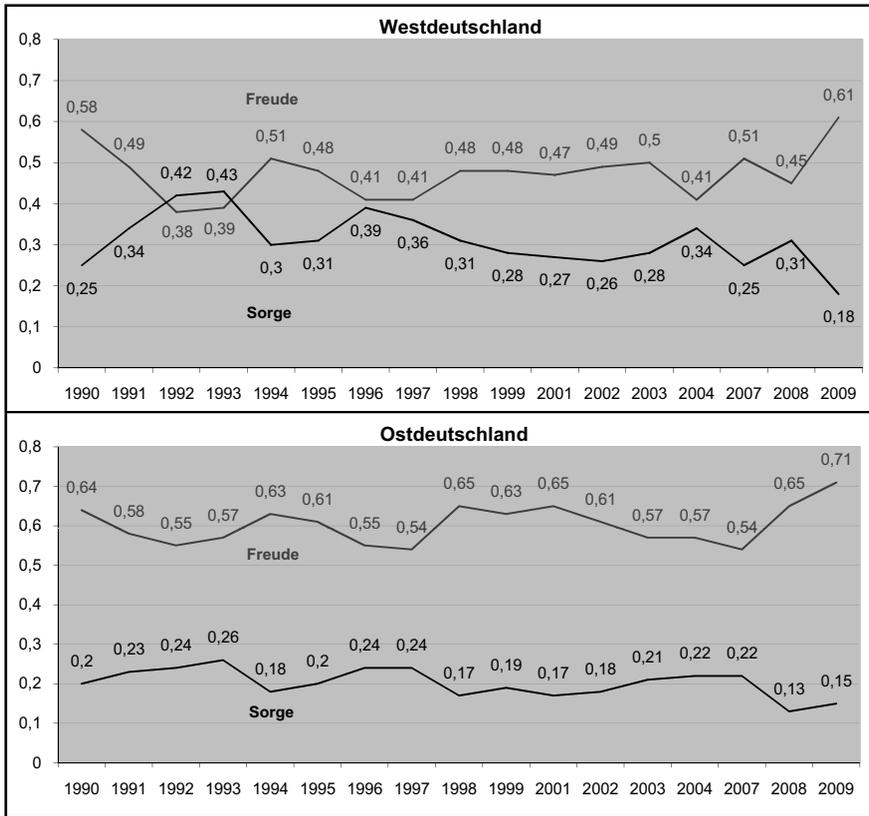
dikalen Überschwangs und entgegen der Intention mancher ihrer Protagonisten – zu einem grundlegenden Wertewandel und zu einer Orientierung der Pädagogik an mehr Liberalität und Toleranz geführt hatte, blieben in der DDR autoritäre Erziehungsmuster weitgehend ungebrochen erhalten. Selbst in Familien, in denen der totalitäre Anspruch der SED auf wenig Gegenliebe stieß und autoritäre Erziehungsstile abgelehnt wurden, waren einer „Gegenerziehung“ systembedingt Grenzen gesetzt. Der „DDR-Normalbürger“ schlüpfte in die ihm zuge dachte Rolle, sicherlich nicht ohne Schweykschen Eigensinn, aber doch mit einem öffentlich erkennbaren Ergebnis: dem Verhalten eines sozialistischen Untertans, der möglichst keine Verantwortung übernimmt und durch unauffälliges Verweigern gekennzeichnet ist.

Die Nachwirkungen unterschiedlicher Sozialisationen vermengen sich besonders bei den mittleren und älteren Generationen seit 20 Jahren mit den Erfahrungen im Vereinigungsprozess, so dass sich alte Vorurteile reproduzieren und nostalgische Stimmungen auftretten. In der Beurteilung der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung stimmt eine sehr breite Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung eher mit der anderer ost-mitteleuropäischer Transformationsländer überein als mit der westdeutschen. Im Kern ist die ostdeutsche Gesellschaft auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch vor allem eine postsozialistische.

Die Unterschiede in Wertauffassungen, Einstellungen und Mentalität lassen sich zum Teil aber auch aus der fortbestehenden unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Teilsellschaften erklären. In Ostdeutschland gibt es – im Vergleich zum Westen – als Erbe der verproletarisierten und ländlicheren DDR sozial und kulturell mehr Angehörige der Arbeiterschicht als der Mittel- und Oberschicht, was sich auch in der subjektiven Schichteinordnung widerspiegelt. Während sich in den alten Ländern weiterhin eine breite Mehrheit der Mittelschicht zuordnet, dominiert 20 Jahre nach der Wiedervereinigung in den neuen Ländern nach wie vor eine Selbsteinstufung in die Unter- und Arbeiterschicht.

Die Schwierigkeiten des Zusammenwachsens resultieren aber auch aus der Ausgangssituation. Die Vereinigung erfolgte nicht auf Augenhöhe, von gleich zu gleich, sondern als Beitritt eines kollabierenden Staates zu einem größeren deutschen Kernstaat. Fast alle DDR-Bewohner erstrebten die Einheit, um so schnell wie möglich so leben zu können wie die Westdeutschen. Diese wiederum wollten in ihrer weit überwiegenden Mehrheit weder den Lebensstil ihrer „Brüder und Schwestern“ noch die „sozialistischen Errungenschaften der DDR“ übernehmen. Diese Ausgangslage erklärt die identitätstiftende ostdeutsche Trotzreaktion ebenso wie westdeutsche Überlegenheitsgefühle.

Schaubild 1: Freude und Sorge über die Wiedervereinigung in West- und Ostdeutschland*



* Frage: „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlass zur Freude oder eher zur Sorge?“

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Eine sehr breite Mehrheit der Ostdeutschen sieht ebenso wie eine absolute Mehrheit der Westdeutschen die Vereinigung dennoch eher mit Freude als mit Sorge. Die Sehnsucht nach alten Zeiten, die weniger real als konstruiert scheinen, ist in Ost und West gleichermaßen verbreitet, wobei entgegen der öffentlichen Wahrnehmung eine Westalgie derzeit mehr Menschen umtreibt als die Ostalgie. So sagt bei einer Al-

lensbach-Umfrage vom letzten Jahr eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Westdeutschen, Deutschland sei es am besten in der Zeit zwischen 1945 und 1989 gegangen. Dieser Auffassung schließen sich nur 28% der Ostdeutschen an. Sie halten mit knapp 60% die Zeit im wiedervereinigten Deutschland für die beste.³ Dennoch neigen viele Ostdeutsche – in der älteren Generation vermutlich sogar eine Mehrheit – zu einer

Verklärung der DDR. Sie blenden die negativen Seiten dieser sozialistischen Diktatur aus und erinnern sich vor allem an die positiven, vornehmlich alltagsbedingten. Ihr überwiegend positives DDR-Bild überträgt sich auch auf junge Generationen.⁴

In die reale DDR zurück möchte allerdings – nicht zuletzt aufgrund der Wohlstandsentwicklung nach der Wiedervereinigung und der neu gewonnenen Freiheit – nur eine kleine Minderheit der Ostdeutschen, die sich nach einer im Nachhinein konstruierten sozialen DDR sehnt, die ihren Diktaturcharakter abgestreift hat. Insofern ist die Nostalgie also eher Fiktion als Ausdruck realer Sehnsüchte. Diese Art der Verklärung der DDR geht bei vielen Ostdeutschen einher mit einer fundamentalen Kritik des Wiedervereinigungsprozesses. Die Kritik an den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik und die Verklärung der DDR als soziale Idylle sind also zwei Seiten einer Medaille.⁵

Trotz der generellen Freude ist ein Unbehagen an der Einheit gleichermaßen unter Ost- und Westdeutschen vorhanden, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Viele Ostdeutsche halten das durch gewaltige Finanztransfers aus dem Westen in ihren Landstrichen und Haushalten Geschaffene für selbstverständlich und sehen weitergehende Ansprüche als nicht erfüllt an. Unter Westdeutschen entwickelten sich angesichts der hohen Vereinigungskosten, die für sie nachhaltige Wohlstandseinbußen bedeuten, ebenfalls Zweifel an der Einheit und vor allem an dem von der Politik eingeschlagenen Vereinigungspfad.

5. Vereinigungskosten als Zankapfel zwischen Ost und West

Niemand hätte sich 1990 vorstellen können, welches Ausmaß die Vereinigungskosten in den nachfolgenden 20 Jahren annehmen würden. Bereits in dem Angebot zur Währungsunion findet sich die illusionäre Vorstellung, die Einheit könne ohne zusätzliche Einnahmen und Verschuldung gleichsam aus der Portokasse finanziert werden. Kurz vor den ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen kündigte der Bundeskanzler nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen an, kleinere Sparguthaben, Löhne, Gehälter und Renten im Verhältnis 1:1 umtauschen zu wollen. Zu diesem für die DDR-Bevölkerung günstigen Umtauschkurs kam es nicht zuletzt auch deshalb, weil auf einer Vielzahl von Demonstrationen massiv bis aggressiv eine paritätische Währungsumstellung gefordert wurde. Damit war freilich das bis heute andauernde Dilemma der ostdeutschen Wirtschaft vorprogrammiert: der Wettbewerbsnachteil ostdeutscher Wirtschaftsunternehmen. Das Spannungsverhältnis zwischen der niedrigen Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft, die anfangs pro Arbeitsstunde bei etwa 20% des westdeutschen Niveaus lag,⁶ und raschen Lohnsteigerungen konnte zumindest im ersten Jahrzehnt der Wiedervereinigung nicht aufgelöst werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde auf Druck der DDR und der westdeutschen Gewerkschaften, aber auch der SPD, um die Sozialunion ergänzt. Sie beeinträchtigte wegen der hierdurch notwendigen Anhebung der Sozialbeiträge die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft nachhaltig und führte zu einer lang andauernden Stagnation der Wirtschaftsentwicklung.

Diese Weichenstellungen führten zwangsläufig zu hohen materiellen Vereinigungskosten und zu einer Finanzierungsstruktur, die nachhaltig die Sozialversicherungen belastete. Schon 1990 überwies die Bundesrepublik insgesamt etwa 33 Mrd. Euro in die DDR und die neuen Länder, damit diese ausstehende Löhne und Renten bezahlen konnten. Bis zum Ende des Jahres 2009 dürften sich die Vereinigungskosten, die nur bis 1998 von der Bundesregierung detailliert ausgewiesen wurden, geschätzt auf brutto knapp zwei Billionen Euro (netto: ca. 1,6 Billionen Euro) belaufen haben.⁷ Die West-Ost-Transfers umfassen neben den verfassungsrechtlich vorgesehenen Umverteilungs- und Ausgleichszahlungen im Bereich der Länderfinanzen und der Sozialleistungen auch befristete Sonderzahlungen, die nur den neuen Ländern zugute kommen. Die im Solidarpakt I und II vereinbarten Transfers sollen mit dem Jahr 2019 enden. Ob die neuen Länder bis dahin finanziell auf eigenen Füßen stehen, kann derzeit eher bezweifelt als angenommen werden.

Der überwiegende Teil der West-Ost-Transfers floss und fließt in die soziale Absicherung des Transformationsprozesses, dient also der Herstellung der „Sozialunion“. Von den insgesamt knapp eine Billion Euro sozialpolitisch motivierten Transferleistungen seit 1990 wird ein großer Teil zum Ausgleich der ostdeutschen Sozialversicherung verwendet, die ihre Ausgaben bei weitem nicht durch Einnahmen decken kann und dies auf absehbare Zeit wohl auch nicht erreichen wird. Die ostdeutschen Renten zum Beispiel werden in den letzten 20 Jahren nur zu etwas mehr als der Hälfte aus Einnahmen finanziert, während der Rest über

Transfers westdeutscher Rentenbeitragszahler und Bundeszuweisungen bestritten wird.

Die seit 2004 weder von der Bundesregierung noch vom Statistischen Bundesamt errechnete Sozialleistungsquote dürfte als Folge der Transfers in Ostdeutschland wie in den Jahren bis 2003 bei etwa 50% gegenüber knapp 30% im Westen liegen. Angesichts der Finanzierungsstruktur tragen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer die Hauptlast der Vereinigung, da sie sowohl über ihre Sozialbeiträge als auch über die Steuern an der Finanzierung beteiligt sind. Die Beiträge von Beamten, Selbstständigen und Rentnern zu den Vereinigungskosten fallen dagegen deutlich niedriger aus.

6. Historisch beispiellose Wohlstandsexplosion in Ostdeutschland

Der konsumorientierte Transformationspfad brachte den meisten ostdeutschen Haushalten binnen kürzester Zeit eine Wohlstandsexplosion. Bis Mitte der 90er-Jahre wuchsen die realen Haushaltsnettoeinkommen auf fast 90% des westdeutschen Niveaus. Dieser schnelle Angleichungsprozess verdankt sich insbesondere den sozialen Transfereinkommen. Im Jahre 2003 erreichten sie die gleiche Höhe wie die Nettolohnsumme der Arbeitnehmer, d.h. jeder zweite Euro, der ostdeutschen Haushalten zur Verfügung stand, resultierte aus Transfers.

Die Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament ermöglichte den Haushalten eine schnelle Angleichung der Wohlstandsattribute bezo-

gen auf die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Konsumgütern. Der bereits nach zehn Jahren Vereinigung erreichte annähernd gleiche Ausstattungsgrad kann als sichtbarer Ausdruck des schnellen und geradezu atemberaubenden Angleichungsprozesses zwischen Ost und West angesehen werden. In einigen Bereichen haben die ostdeutschen Haushalte die westdeutschen ein-, in anderen – 40 Jahre nach der Prophezeiung Walter Ulbrichts – gar überholt. Ein gleicher Ausstattungsgrad mit Telefonen und Pkws wurde zum Beispiel innerhalb von fünf Jahren erreicht, während ein vergleichbarer Entwicklungssprung in Westdeutschland 13 bis 15 Jahre gedauert hatte.

Materielle Gewinner der Vereinigung sind vor allem die Rentner in den neuen Ländern. Durch die Übertragung des bundesdeutschen Rentensystems auf die Bevölkerung des Beitrittsgebietes entstanden hier als Folge der Sozialunion gleichsam über Nacht, aufgrund der (fiktiv) auf Westniveau umgerechneten Beiträge und längerer Lebensarbeitszeiten, kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung in beträchtlicher Höhe. Die tatsächlich ausgezahlten gesetzlichen Renten liegen bei den Männern und vor allem bei den Frauen seit der Frühphase der Wiedervereinigung deutlich über den durchschnittlichen westdeutschen Renten. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass über Betriebsrenten und Pensionen der durchschnittliche Wohlstand der westdeutschen Senioren immer noch etwas höher liegt.

Zu den materiellen Gewinnern der Einheit zählen auch ehemalige Systemträger der DDR. Sie beklagen zwar

lautstark und Leserbriefspalten füllend den Verlust ihres Status und das Ende ihrer Träume auf ein besseres Leben im Sozialismus, erhalten jedoch eine überwiegend vom ehemaligen Klassenfeind finanzierte, mitunter üppige Rente. Abgesehen von ehemaligen MfS-Mitarbeitern und einigen wenigen besonders hohen Staatsfunktionären kommen inzwischen alle schon in der DDR privilegierten Personen in den Genuss vergleichsweise hoher Renten.

Die Folgekosten der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme, die vom Bund und den neuen Ländern aufgebracht werden müssen, beliefen sich zwischen 2002 und 2009 auf über 30 Mrd. Euro. Im Gegensatz hierzu fallen die Renten ehemaliger Opfer und Benachteiligter der SED-Diktatur deutlich geringer aus. Als Rentner profitieren sie zwar auch von der schnellen Übertragung des westdeutschen Sozialsystems, so dass sie ihren Lebensabend nicht wie in der DDR in ärmlichen Verhältnissen verbringen müssen, doch ihre Renten liegen aufgrund ihrer schlechteren beruflichen Chancen im SED-Staat deutlich unter den Bezügen derjenigen, die für die Diktatur in höheren Positionen verantwortlich zeichneten. Die Bundesregierung entschloss sich erst vor wenigen Jahren, den Opfern eine spezielle Opferrente zu zahlen. Allerdings erhalten nur diejenigen Opfer der SED-Diktatur diese Rente, die ansonsten keine höheren Einkommen beziehen. Die Kosten hierfür betragen im Jahre 2008 etwa 155 Mio. Euro. In Anbetracht der Kosten für die Rentenerhöhung der ehemaligen Verantwortungsträger der sozialistischen Diktatur sind dies – um mit den Worten eines Bankers zu reden – Peanuts.

Der materielle Unterschied zwischen Ost und West betrifft seit mehreren Jahren nur noch kleine Teile der Bevölkerung, die „oberen Zehntausend“. Dass diese sich auf Westdeutschland konzentrieren, kann angesichts der Vorgeschichte nicht überraschen. So gesehen, ist die „innere Einheit“ materiell inzwischen weitgehend erreicht, wenngleich dies noch nicht ins öffentliche Bewusstsein vor allem bei der ostdeutschen Bevölkerung gedrungen ist.

Ein besonderes, wenn nicht das zentrale Problem stellt zweifellos die im Vergleich zum Westen deutlich höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland dar, die auch Ergebnis einer höheren Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen ist, die zudem erheblich weniger als ihre westdeutschen Geschlechtsgenossinnen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Während die staatliche Arbeitsmarktpolitik in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung den Prozess des Arbeitsplatzwandels und –abbaus, der sich zwangsläufig durch den Wechsel von der staatlichen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft einstellte, mit dreistelligen Milliardenbeträgen sozial abfederte, beobachten wir seit Mitte der 90er-Jahre und – noch einmal beschleunigt seit der Jahrtausendwende – eine stärkere Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Ländern. Dieser Prozess resultiert einerseits aus der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung, andererseits aber auch aus demographischen und wanderungsbedingten Faktoren. Da vor allem die im Osten anteilig stärker vertretenen Älteren überdurchschnittlich häufig von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und weniger mobil sind, dürfte sich die Schere auch in den nächsten Jahren

weiter öffnen, obschon seit 2006 sowohl im Westen als auch im Osten die Zahl der Arbeitslosen und selbst die Zahl der Langzeitarbeitslosen deutlich abgenommen hat.

7. Die Gräben werden wieder tiefer

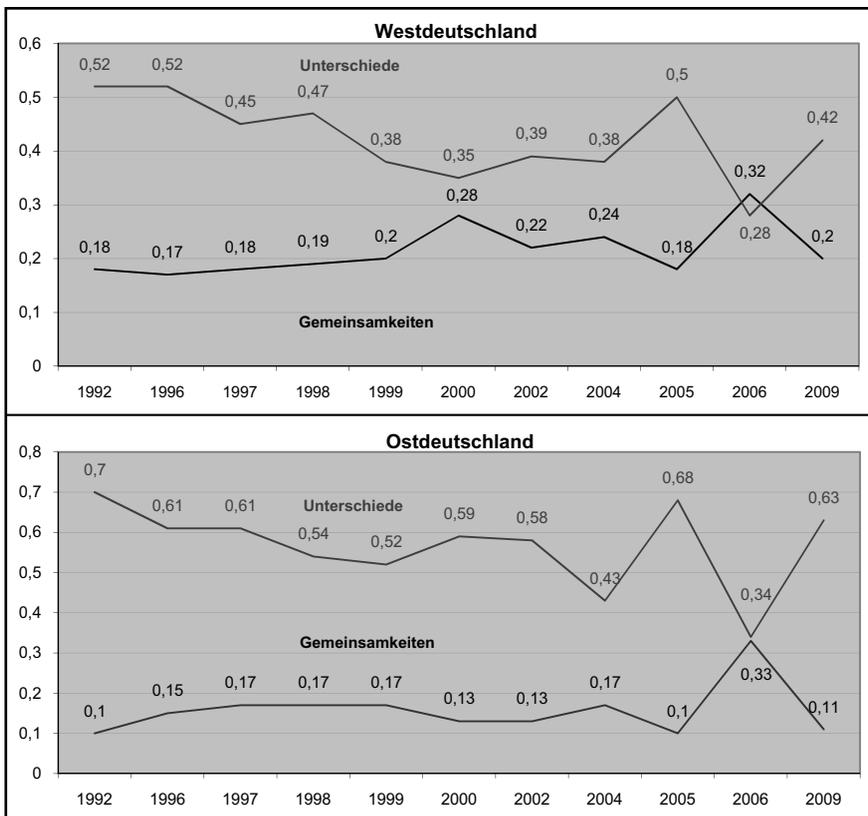
Zwar sehen wir auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ausgeprägte Ost-West-Unterschiede im Wohlstand, die sich aber unter Berücksichtigung der in der Bundesrepublik immer schon vorhandenen regionalen Disparitäten relativieren. So beträgt zum Beispiel die maximale Einkommensdifferenz zwischen den Kreisen in Bayern knapp 80%, während der durchschnittliche Unterschied zwischen Ost und West nur bei etwa 30% liegt.⁸ Eine nahezu vollständige Angleichung zwischen Ost und West besteht 20 Jahre nach dem Mauerfall bei der Lebenserwartung, den Umweltbedingungen, der Infrastruktur und selbst bei der Geburtenrate, deren Rückgang von Kritikern der Wiedervereinigung als Beleg für die tiefe Unzufriedenheit ostdeutscher Frauen angeführt wurde. Tatsächlich gründete der massive Rückgang auf der Tatsache, dass mehrere Jahrgänge 1990 – aufgrund des in der DDR niedrigeren Erstgeburtensalters – schon Kinder hatten und einem Geburtenaufschub durch kinderlose jüngere Frauen, die nun wie im Westen erst in höherem Alter Kinder bekommen wollten.

Wenngleich die Verfassung den Bund verpflichtet, einheitliche bzw. seit 1994 gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen, blieb und bleibt offen, was unter „einheitlich“

bzw. „gleichwertig“ verstanden wird. Durch den Finanzausgleich und diverse Bundeszuschüsse hat der Bund die Voraussetzungen für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ auf Länderebene geschaffen. Dabei geht es aber nicht – wie oft angenommen wird – um gleiche

Einkommen oder individuelle Lebensverhältnisse, die ohnehin von zusätzlichen Faktoren abhängen, sondern um Infrastruktur, Bildung und Verkehr sowie weitere staatliche Garantien, die gleiche Lebenschancen ermöglichen sollen.

Schaubild 2: Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen*



* Frage: „Wenn Sie jetzt einmal die Deutschen im Osten des Landes mit den Deutschen im Westen verglichen: Überwiegen da die Unterschiede, oder überwiegen da die Gemeinsamkeiten?“

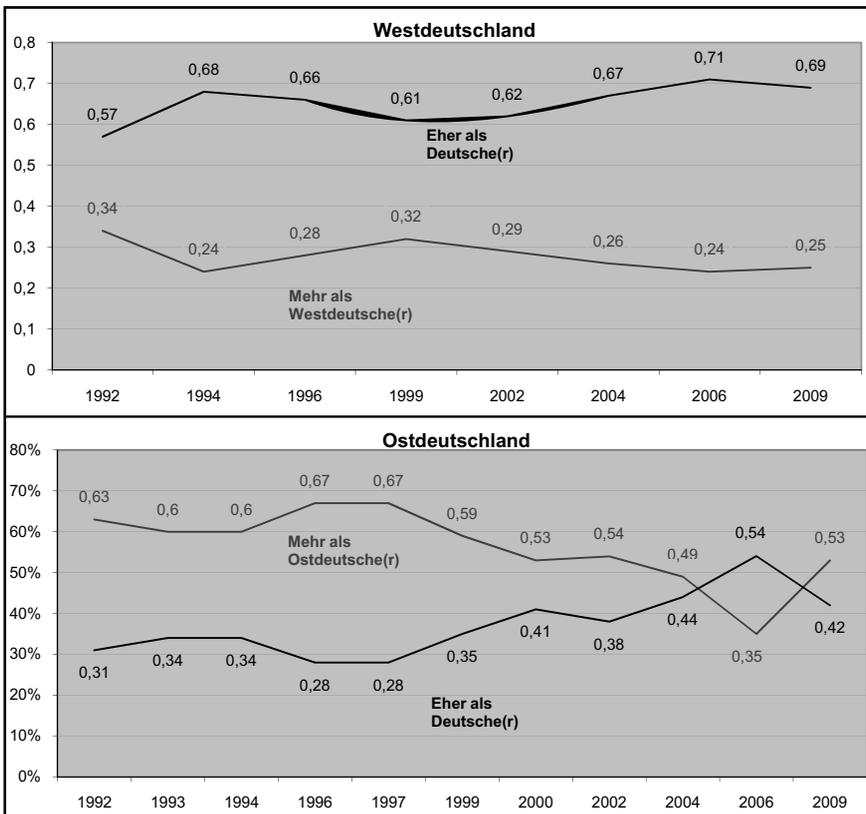
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Im Jahre 2006 schien es so, als ob die Deutschen in ihrer subjektiven Wahrnehmung endlich zusammengewachsen seien. Die Zahl derjenigen, die mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten sahen, war in beiden Landesteilen deutlich geschrumpft, während der Anteil, der die Gemeinsamkeiten hervorhob, deutlich angestiegen war. Leider hat sich dieses Bild in den letzten

Jahren wieder eingetrübt, so dass 2009 die Zahl derjenigen, die vor allem mehr Unterschiede und weniger Gemeinsamkeiten sehen, sowohl in Ost als auch in West deutlich zugenommen hat.

Ein analoges Bild zeigt sich auch bei der Frage nach einer gemeinsamen Identität als Deutsche(r).

Schaubild 3: Identitätsgefühl in West- und Ostdeutschland*



* Frage: „Fühlen Sie sich im allgemeinen eher als Deutsche(r) oder mehr als Ost- bzw. Westdeutsche(r)?“

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Im Jahre 2006 bekundeten erstmals mehr Ostdeutsche, sie fühlten sich eher als Deutsche denn als Ostdeutsche. Zwar lag die Quote immer noch unter der im Westen, aber immerhin fühlte sich zu diesem Zeitpunkt eine absolute Mehrheit als Deutsche und sah sich nicht mehr in einem Ost-West-Verhältnis. Im letzten Jahr stieg jedoch die Zahl derjenigen, die sich als Ostdeutsche fühlten, wieder deutlich an und umfasste eine absolute Mehrheit, so dass sich das Befragungsergebnis von 2006 höchstwahrscheinlich einer nationalen Euphorie angesichts der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land verdankte. Der unbefangene, gleichsam spielerische Umgang mit der eigenen Nation zeigte sich vor allem bei jungen Generationen.

Insgesamt hat sich die politische und mentale Spaltung zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften im Laufe der vergangenen 20 Jahre eher verfestigt als verflüchtigt. Die neuen Institutionen sind vielen Ostdeutschen äußerlich fremd geblieben; sie entsprochen nicht ihren idealisierten Vorstellungen. Die Ernüchterung über die Realität führte nicht nur bei ewig Gestrigen zu einer Renaissance sozialistischen Gedankenguts, wonach die kapitalistische Bundesrepublik von sozialer Kälte und Klassengegensätzen beherrscht wird, auch ostdeutsche Normalbürger sahen sich als vom Westen bzw. vom Kapitalismus unterdrückt und ausgebeutet. Von diesem sich nach 2006 erneut verstärkenden Einstellungswandel profitierte vor allem die in PDS umbenannte SED, die bei Wahlen ihren relativen Stimmenanteil in Ostdeutschland verdoppeln konnte. Nach ihrem Zusammenschluss mit der WASG und ihrer erneuten Umbenennung in „Die

Linke“ breitete sich die ehemalige Staatspartei der DDR auch auf den Westen aus.

Mit der praktizierten Demokratie zufrieden äußerte sich im Jahre 2008 nicht einmal jeder dritte Ostdeutsche; eine gute Meinung über das Wirtschaftssystem hatte nicht einmal jeder fünfte. Doch auch unter Westdeutschen bröckelt die Zustimmung. Während zu Beginn der Vereinigung etwa 80% bzw. 60% mit der Demokratie und dem Wirtschaftssystem einverstanden waren, waren es 2008 nur noch 62% bzw. 39%. Diesen Ergebnissen entspricht der geringe Anteil derjenigen, die davon ausgehen, dass die Demokratie prinzipiell die Probleme, die wir in Deutschland haben, lösen kann. Diese Annahme teilt nur knapp jeder Zweite in den alten und etwa jeder Vierte in den neuen Ländern. Es besteht also weiterhin eine Differenz in der positiven Beurteilung der politischen Ordnung und des Wirtschaftssystems; die schwindende Zustimmung in beiden Landesteilen lässt sich jedoch nicht mehr übersehen.⁹

8. Fazit

In den letzten Jahren haben sich sowohl der mentale Graben zwischen Ost und West als auch die Kritik von Ostdeutschen an der Gesellschaftsordnung in Deutschland vertieft bzw. verstärkt. Aber auch unter Westdeutschen ist die Distanz zum politischen und gesellschaftlichen System größer geworden. Die seit der Wiedervereinigung erlebte Wohlstandsstagnation hinterlässt offenbar Spuren, wenngleich weiterhin eine Mehrheit dem in der alten Bundesrepublik erprobten System vertraut.

Für die ehemalige DDR-Bevölkerung hat sich durch den Systemwechsel das Leben in vielerlei Hinsicht geändert. Sie verlor die gewohnte Alltäglichkeit, aber auch die diktatorischen Rahmenbedingungen und gewann Freiheit und Demokratie, verbunden mit höheren Anforderungen an individuelle Verantwortung. Der institutionelle Wandel vollzog sich dabei schneller als der mentale. Die Schwerkraft menschlicher Einstellungen und Verhaltensweisen kam hier ebenso zum Tragen wie der durch die Globalisierung bewirkte permanente Wandel nach dem Systemwechsel. Die Wiedervereinigung hat Deutschland insgesamt und damit die alte bundesrepublikanische Gesellschaft stärker verändert, als den meisten bewusst ist. Die Folgen zeigen sich in der Politik ebenso wie im alltäglichen Leben und den Einstellungen. Dabei ist das vereinte Deutschland nicht westlicher, sondern eher östlicher, eher linker als rechter, eher sozialdemokratischer als liberal-konservativer sowie eher staats- als marktbezogener geworden. Zwar existieren zwischen alten und neuen Bundesbürgern weiterhin deutliche Unterschiede in Einstellungen, Werteordnung und politischer Auffassung, aber der Veränderungsprozess läuft schon lange nicht mehr ausschließlich von Ost nach West, sondern in mancher Hinsicht in umgekehrter Richtung. Die „innere Einheit“ – gleichermaßen materiell wie wertemäßig – wird sich in den nächsten Jahren nicht auf dem alten bundesdeutschen Niveau einpendeln, sondern irgendwo zwischen Ost und West.

Trotz des konstatierten widersprüchlichen Bildes besteht derzeit kein Anlass zur Panik. Die „neue“ Bundesrepublik ist nicht in Gefahr, steht aber aufgrund

der veränderten Bedingungen vor ernstesten Bewährungsproben, die ein „weiter so“ in Politik und Gesellschaft nicht ratsam erscheinen lassen. Jenseits ihrer fortbestehenden Institutionen ist in der größer gewordenen Republik vieles in Bewegung geraten, was die bisherige politische und soziale Stabilität in Frage stellen könnte. Wie die anhaltenden und leider zunehmenden Differenzen zwischen Ost und West zeigen, lässt sich mit Geld zwar vieles, aber nicht alles bewerkstelligen. Finanzielle Solidarität ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für das Zusammenwachsen.

Zugleich aber können die Deutschen in Ost und West auf das nach der Vereinigung Geschaffene mit einigem Recht durchaus stolz sein, denn schließlich ist erreicht worden, was kaum noch für möglich gehalten wurde: Deutschland hat sich friedlich und in Freiheit vereint und bisher keine Großmachtallüren gezeigt. Positiv gesehen ist das vereinte Deutschland eine normale Gesellschaft geworden, deren Sonderbedingungen (Wohlstand, Sozialstaat, außenpolitische Abstinenz etc.) entfallen sind, und die nun mit den gleichen Problemen wie andere Länder zu kämpfen hat. Negativ gesehen steht Deutschland durch die Veränderungen vor der Herausforderung, ob die in Zeiten des Wohlstandes entstandene Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen und pluralen Ordnung stärker bedroht ist als in Ländern mit längerer bzw. ungebrochener demokratischer Tradition. Nüchtern betrachtet mangelt es Deutschland vor allem an einem Konsens über Grundüberzeugungen, einem Zusammengehörigkeitsgefühl und Leitlinien, wie die Zukunft aussehen soll. Immer noch wissen wir Deut-

sche nur unzureichend, wer wir sind und was wir wollen – darin liegt das eigentliche Defizit: nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschen.

Anmerkungen

- ¹ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 1998 und 2000, S.596ff.
- ² Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S.397ff.
- ³ Schroeder, Klaus: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – eine Wohlbilanz. Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Berlin 2009, S.246f.
- ⁴ Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München/Stamsried 2008. Ausgewählte Reaktionen auf die Ergebnisse dieser Studie sind abgedruckt in: Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Oh, wie schön ist die DDR. Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie, Schwalbach/Ts. 2009.
- ⁵ Schroeder, Klaus: DemokratieverDRuss, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.2010, S.6.
- ⁶ Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experimentes (1945–1989), Stuttgart 1999, S.166ff.
- ⁷ Schroeder: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall, S.188ff.
- ⁸ Ebd., S.129.
- ⁹ Ebd., S.241ff.

Autorenverzeichnis



Aretz, Jürgen, Dr.
Staatssekretär a.D., Generalbevollmächtigter Repräsentanz Thüringen Aufbaubank/Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH, Brüssel



Haarmann, Lutz, M.A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lehrstuhl Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte, Universität Bonn, Leiter des Büro Bonn der Gesellschaft für Deutschlandforschung



Kohl, Helmut, Dr.
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1982–1998, Bundesvorsitzender der CDU 1973–1998, Ludwigshafen/Berlin



Mayer, Tilman, Prof. Dr.
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lehrstuhl Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte, Universität Bonn, Vorsitzender der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin



Naumann, Klaus, Dr. h.c.
General a.D., bis 1999 Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, Otterfing



Schroeder, Klaus, Prof. Dr.
Leiter des Forschungsvverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin



Schröder, Richard, Prof. Dr. Dr. h.c.
Humboldt-Universität Berlin, Mitglied des nationalen Ethikrates, ehemaliger Präsident der deutschen Nationalstiftung und Vorsitzender des Fördervereins Berliner Stadtschloss, Berlin



Seehofer, Horst
Bayerischer Ministerpräsident, Vorsitzender der Christlich Sozialen Union, München



Teltschik, Horst, Prof. Dr. h.c.
Internationaler Wirtschafts- und Politikberater, Präsident der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung in München und Vizepräsident der Israelisch-Deutschen Handelskammer in Tel Aviv, Rottach-Egern



Waigel, Theo, Dr.
Bundesminister a.D., Rechtsanwalt, Anti-Korruptions-Beauftragter (Compliance Monitor) beim Technologiekonzern Siemens, München/Seeg im Allgäu



Zehetmair, Hans, Dr. h.c. mult.
Staatsminister a.D., Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München

